

PROTOKOLL

über die 26. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 5. Oktober 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-
Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

-

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG

- 1)Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
 - 2)Beantwortung von allfälligen Anfragen
 - 3)Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 4)Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
 - 5)Verhandlungsgegenstände
 - 6)Aktuelle Stunde
-

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) Fin-165/00 Aktivitäten der Stadt Steyr in Bethlehem anlässlich des Heiligen Jahres.
- 2) Pers-405/00 AR Buchner Kurt; Beschädigung des Privat-PKWs; Antrag auf Schadenersatz.
- 3) BauH-73/00 Fassadennetz mit der Abbildung des Steyrer Rathauses.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) GemGet-5/98 Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr bezüglich Berücksichtigung von Bedienungsgeld bei Festlohnsystemen.
- 2) BauH-108/00 Auswahlverfahren Bezirkssporthalle Steyr.
- 3) Ha-12/93 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in

Österreich (VPTÖ) - Profactor; Finanzierung der 2. Ausbaustufe (Profactor II - 09/2000 bis 12/2005).

4) Agrar-62/00 Bezirksgrundverkehrskommission Steyr; Neubestellung eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes für die Amtsperiode vom 1. 12. 2000 bis 30. 11. 2006.

5) Fin-4/98 SK Vorwärts Steyr (Masseverwalter); Gewährung einer Subvention als Weiterleitung einer Landesförderung für Tribünenüberdachung.

6) Präs-467/00 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Konsulent Max Bernegger.

7) Präs-468/00 Posthume Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Franz Josef Hartlauer.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

8) Präs-438/00 Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (GSBG-Resolution).

9) K-60/00 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2000.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

10) Präs-404/99 Verkehrsstudie im Bereich des innerstädtischen Verkehrsrings zwischen Eyblknoten und Schwimmschulstraße.

11) VerkR-8365/92 Änderung der Parkgebühren und Einbau von Chipkartenlesern; Firmenvergabe.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

12) FW-20/00 Ankauf einer Alarmierungsanlage für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

13) ÖAG-3/00 Abschluss eines Baurechts- und Mietvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH über die Räumlichkeiten im ehemaligen Hotel Nagl.

14) Präs-522/00 Verkauf der Wohnungen der GWG der Steyr-Daimler-Puch AG; Resolution.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

15) Umw-19/98 Mülldeponie der Stadt Steyr; Weiterführung der Deponieentgasung; BA 02; Anhebung von Gasbrunnen.

16) Sport-8/00 Sportehrenzeichenverleihung 2000.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 17) Stw-72/00 Versöhnungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge.
- 18) Stw-77/00 Städt. Verkehrsbetrieb; Beschaffung neuer Fahrscheinausgabegeräte; Auftragsvergabe.
- 19) Stw-84/00 Wertanpassung der Eintrittspreise Kunsteisbahn an die geänderten Wertverhältnisse ab Oktober 2000.
- 20) Stw-83/00 Erdgasversorgung; Anhebung der Erdgasabgabepreise aus dem Versorgungsnetz Gaswerk Steyr ab 6. 10. 1. J.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 21) BauStr-9/00 Belagsarbeiten auf der B 122 (Haratzmüllerstraße) zwischen km 30.172 und km 30.490; Vergabe der Arbeiten.
- 22) BauT-48/00 Errichtung eines Kinderspielplatzes am Wieserfeldplatz; Vergabe der Arbeiten.
- 23) BauT-4/99 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Vorplatzgestaltung Christkindlkirche.
- 24) BauStr-12/99 Abschluss eines Übereinkommens mit der Republik Österreich, Bundesstraßenverwaltung, über die Errichtung, Erhaltung, den Winterdienst und die Kostentragung an der Kreisverkehrsanlage Gusswerkstraße.
- 25) Ges-30/98 Stiegenbenennung nach Friedrich Uprimny.
- 26) BauGru-7/00 Bebauungsplanänderung Nr. 39 „Stadlmayrgründe“; Änderung Nr. 3.
- 27) BauGru-15/00 Neuplanungsgebiet Nr. 2 „Stelzhamerstraße“.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

- 28) Fin-132/00 TV-Film „Wir bleiben zusammen“; Änderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 6. 7. 2000.
- 29) Fin-134/00 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2000.
- 30) Fin-14/97 Museum Industrielle Arbeitswelt; Projektförderung 2000.
- 31) Fin-129/00 Pfarre Steyr-Resthof; Ansuchen um Subventionierung des Kirchenkeubaues am Resthof.
- 32) Fin-5/95 Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 18 und 19.
- 33) Präs-115/00 Änderung der Zusammensetzung der OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzkommission.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich begrüße sie sehr herzlich und eröffne die heutige Sitzung. Ich begrüße auch herzlich die anwesenden Damen und Herren aus der Steyrer Bürgerschaft und die Vertreter der Presse. Ich darf mitteilen, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und als Protokollprüfer die Gemeinderätin Helga Feller-Höller gemeldet wurde, welche heute ihren vierzigsten Geburtstag, glaube ich, feiert und ich sehr herzlich gratulieren möchte.

Gelächter

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite, ihr zur Seite stehende Protokollprüfer ist Herr Dr. Wilfrid Wetzl. Nach meinen Unterlagen müssten wir heute vollzählig antreten, das heißt, es hat sich niemand entschuldigt.

Zu Punkt 2) der Tagesordnung, **Beantwortung von allfälligen Anfragen**, darf ich Folgendes mitteilen:

Herr Gemeinderat Hans Payrleithner richtete mit Schreiben vom 20. September 2000 eine Anfrage an mich, mit der Bitte um Weiterleitung an Herrn Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter. Ich ersuche nun Herrn Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter, die Anfrage zu verlesen und zu beantworten:

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates. Ich darf zuerst die Anfrage verlesen:

„Gem. § 12 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr richte ich folgende schriftlich Anfrage an sie:“ So Herr Payrleithner an den Bürgermeister.

„Nachdem auch die letzten städtischen Einrichtungen aus dem alten Wirtschaftshof in das Kommunalzentrum an der Ennser Straße übersiedelt sind, ist diese zentral gelegene große Liegenschaft seit nunmehr einem Jahr großteils ungenützt.

Daher erhebt sich die Frage:

Wird diese Immobilie einer anderen Verwendung zugeführt (seitens der Stadt) oder ist geplant, sie zu veräußern, wenn ja, gibt es bereits ein Schätzgutachten und potenzielle Käufer?

Nachdem es sich bei dieser Liegenschaft um ein wertvolles Areal in bester Lage handelt, sollte eine baldige Lösung im Interesse der Stadt und auch der umliegenden Bevölkerung sein.

Mit der Bitte um Beantwortung bei der nächsten Gemeinderatssitzung verbleibe ich mit freundlichen Grüßen“ ...

Dazu kann ich Folgendes berichten:

Verwendung:

Das Areal soll für die Verbauung von Reihenhäusern bzw. Geschosswohnbauten mit zwei Geschossen und einem Dachgeschoss, wobei die Bebauungsdichte mit einer Mindestgeschossflächenanzahl von 0,6 und einer Maximalgeschossflächenanzahl von 0,8 festgelegt wurde, genutzt werden.

2) Veräußerung:

Seitens der FA für Liegenschaftsverwaltung wurde, entsprechend dem Auftrag der MD vom 3. 7. 1998, also so lange liegt es schon zurück, die Liegenschaft im Amtsblatt der Stadt Steyr in den Ausgaben Juli, August und September 1998 und in der Steyrer Rundschau vom 10. 9. 1998 zum Verkauf mit Angebotsabgabenfrist 30. 9. 1998 ausgeschrieben.

Aufgrund dieser Ausschreibung langten drei Angebote in der FA für Liegenschaftsverwaltung ein, wobei sich ein Angebot eines Anrainers lediglich auf den Kauf einer Teilfläche als Grundstückserweiterung bezog.

Die beiden anderen Bewerber bekundeten zwar ihr grundsätzliches Interesse am Erwerb, gaben jedoch keine Kaufsumme bekannt, zumal sie hinsichtlich des unter Denkmalschutz stehenden „Vierkanters“ noch Detailfragen zu klären haben und ersuchten deshalb um Fristerstreckung.

Ein Schätzgutachten für diese Liegenschaft liegt noch nicht vor, weiters wird mitgeteilt, dass zwischenzeitlich ein Bewerber sein Kaufangebot zurückgezogen hat.

In der Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung am 7. 9. 1999 wurde von den zwei Interessenten, der RAIKA Region Steyr und der Er-Sie-Es-Bauträger GesmbH, deren Bebauungsvorschläge präsentiert.

Nach einer spontanen, fachlichen Beurteilung dieser Vorschläge durch Prof. DI. Dr. Peter Breitling ergab sich bei allen Ausschussmitgliedern eine eindeutige Präferenz für eine weitere Zusammenarbeit mit der RAIKA Region Steyr.

Seither habe ich mehrere Gespräche mit Vertretern der Geschäftsführung der RAIKA Region Steyr über die einzelnen Vertragsbedingungen geführt, wobei noch einige offene Punkte, u. a. die Wohnbauförderung dieser Wohnhausanlage, offen sind.

Das zu dieser Anfrage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zusatzfrage? Herr Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Gibt es schon eine Lösung für den dort tätigen Magistratssportverein? Denn sonst wird eine Veräußerung, meiner Meinung nach, sehr schwierig sein.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Eine Lösung? Ja, natürlich ist sie sozusagen erst im Entstehen und im Übersiedeln. Wenn es soweit ist, wird das keine Schwierigkeiten mehr machen, also das wird nicht das Hindernis sein, kostet aber natürlich der Gewerkschaft, der gesamten Personalvertretung und auch der Gemeinde doch Geld, davon können wir ausgehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann das so ergänzen, dass schon mehrere Varianten überlegt wurden und dass der Magistratssportverein aus Kostengründen von der einen Variante, von der ich geglaubt habe sie könnte realisiert werden, eher zurückgetreten ist. Das wäre in dem Bereich Rottenbrunner, wo bereits Tennisplätze, die der Magistratssportverein gemietet hat, vorhanden sind und ein Grundstück hinter der Tennisanlage Grün-Weiß möglicherweise zu akzeptablen Preisen hätte erworben werden können. Eine Ersatzüberlegung wird zur Zeit angestrebt. Das Problem ist, dass man natürlich, wenn man das Grundstück verkauft, in absehbarer Zeit auch ein Ersatzgrundstück, eine Ersatzlösung für diese Sportflächen finden muss, die wir natürlich auch unterstützen müssen. Das ist also in dem Spiel mit ein Problem. Das zweite Problem ist, wie gesagt, die Wohnbauförderungsmittel zu erhalten, die natürlich vom Käufer auch angestrebt werden. Im Hinblick auf die Bundesdiskussion über Wohnbauförderung ist das zur Zeit ein etwas unsicheres Terrain.

Es gibt eine weitere Anfrage; Frau Gemeinderätin Claudia Durchschlag und Frau Gemeinderätin Maria Koppensteiner richteten mit Schreiben vom 21. September eine Anfrage an mich mit der Bitte um Weiterleitung an Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich ersuche nun Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil um Verlesung und Beantwortung der Anfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe hier und heute eine Anfrage zu beantworten gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Stadt Steyr.

Anfrage an den Bürgermeister, die Bürgermeisterin und die Mitglieder des Stadtsenates:

Diese Anfrage ist mit 21. September 2000 datiert, bei mir am 2. Oktober 2000 eingelangt. Also, war hier der Postbote eine relativ lange Zeit unterwegs.

Gemäß § 12 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr richten wir folgende schriftliche Anfrage an Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister!

Seit Monaten schon ist der voraussichtliche Termin der Eröffnung der Steyrer Nordspange sowohl den zuständigen Politikern als auch der Bevölkerung bekannt.

Im Zuge der Sperre der Ennser Straße, deren Umleitung durch Gleink - Steinerstraße - geführt hat, ist vielen Menschen die Möglichkeit der Umgehung des Taborknotens über Gleink bewusst geworden, was zu einer extremen Zunahme des Verkehrs in Gleink (Steinerstraße - Feldstraße)

geführt hat.

In diesem Zusammenhang richten wir an sie, als den für die Verkehrsplanung der Stadt Steyr zuständigen Verantwortlichen, im Interesse der betroffenen Bürger folgende Anfragen:

- 1) Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, was haben sie als zuständiger Verkehrsreferent bisher unternommen?
- 2) Welche Schritte werden sie nach der Eröffnung der Nordspange setzen, um den Stadtteil Gleink und seine Bürger vor der sich ankündigenden Verkehrslawine zu schützen und somit den dörflichen Charakter und die hohe Wohnqualität in Gleink zu erhalten?

Wir bitten um Beantwortung der Fragen im nächsten Gemeinderat. Herzlichen Dank, mit freundlichen Grüßen Claudia Durchschlag und Maria Koppensteiner.“

Meine sehr verehrten Damen!

1) Der Termin für die Eröffnung der Nordspange ist exakt seit Mitte Juli bekannt und zwar ist es der 4. November. Sie schreiben in ihren diversen Aussendungen einmal Mitte Oktober, einmal voraussichtlich Anfang November. Also, allen politisch Interessierten ist der exakte Termin bekannt. Zusätzlich wurde dieser Termin, wie auch alle anderen notwendigen Begleitmaßnahmen, zum zweiten Mal im letzten Verkehrsausschuss vom 14. September unter anderem bekannt gegeben. Deshalb ist es mir völlig unverständlich, dass nun die ÖVP in ihrer Zeitung „Wir Oberösterreicher“ im September noch schreiben, die Eröffnung findet voraussichtlich Ende Oktober statt und in der Anfragestellung der beiden ÖVP-Gemeinderätinnen ein unverbindlicher Termin genannt wird. Aber ihre Behauptung, dass die Ennser Straße während der Bauzeit gesperrt worden wäre, ist schlichtweg falsch. Es wurde lediglich für den PKW-Verkehr eine Umleitung über Gleink - Steinerstraße, teilweise Klosterstraße und Feldstraße, aber insbesondere Steinerstraße, angeboten. Durch den verstärkten Umgehungsverkehr ist es selbstverständlich, wie in allen anderen Baustellenbereichen, zu Problemen gekommen. Hier mangelt es tatsächlich an der Koordinierung der Steyrer Baustellen, besonders in den Sommermonaten bis in den Herbst hinein. Natürlich hat der Ortsteil Steyr-Gleink, insbesondere die Anrainer in dem Bereich Steinerstraße, besonders in den Gebieten zwischen der Hausnummer Steinerstraße 45 bis 61, im Sommer ein Problem gehabt.

Ich zitiere auch wörtlich aus einem Schreiben der Bewohner vom 21. August 2000: „Außerdem besteht für Fußgänger im Bereich Steinerstraße 51 Lebensgefahr, da die Straße nach der Kanalisation falsch ausgeführt wurde. Für den Fußgänger besteht keine Möglichkeit auszuweichen, da dort kein Gehweg vorhanden ist. Dies ist besonders in der Schulzeit kritisch, da dort auch Volksschüler die Straße als Schulweg benützen.“

Bei einem von mir anberaumten Lokalaugenschein im Beisein der Bundespolizei, Bezirksverwaltung, Stadtwerke, weil auch der städtische Bus in diesem Bereich betroffen war, aber auch vom hiesigen Bauamt, konnte mit der Bevölkerung im weitesten in diesem Bereich Abhilfe geschaffen werden. Um den ungewünschten, und jetzt kommt es, Durchzugsverkehr Steinerstraße - Klosterstraße und auch Feldstraße hinten zu halten, wurde bereits am 21. Juli 1997 eine diesbezügliche Verordnung erlassen. Hier heißt es, ein allgemeines Fahrverbot für Lkws über 3,5 t, ausgenommen Lieferanten, und erlassen einer 30-km-Geschwindigkeitsbeschränkung um den nicht gewünschten Durchzugsverkehr, wenn möglich, zu unterbinden. Die Verkehrsmaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Eröffnung der Nordspange notwendig sind, wurden bereits, wie ich anfangs zitiert habe, mehrfach im Verkehrsausschuss besprochen und diskutiert, zuletzt am 14. September 2000, und auch hier wurden alle Maßnahmen von allen Sitzungsteilnehmern zustimmend zur Kenntnis genommen. Auf meine Veranlassung hin wurden am 22. 8. 2000 alle betroffenen Umlandgemeinden und Behörden, die im Zusammenhang mit der Eröffnung der Nordspange betroffen sind, zu einem gemeinsamen Gespräch, zu einer Sitzung in unsere

Bezirksverwaltungsbehörde eingeladen, um insbesondere Lenkungsmaßnahmen für den Schwerverkehr zu besprechen und auch hier gemeinsam Lösungen zu suchen, die dann auch gefunden wurden. Hier gibt es auch ein niederschriftliches Protokoll, das auch allen interessierten Teilnehmern des Verkehrsausschusses selbstverständlich zur Verfügung stand. Dieses Protokoll ist selbstverständlich auch den Gemeinderäten der ÖVP zugänglich und es ist daher für mich nicht nachvollziehbar, warum in der bereits zitierten ÖVP-Zeitung sachlich falsche Behauptungen aufgestellt werden, um die Bevölkerung zu verunsichern. So wurde z. B. völlig falsch die geplante Tonnagenbeschränkung auf dem Blümelhuberberg mit 22 t angegeben, während in dieser gemeinsamen Sitzung und auch im Verkehrsausschuss gemeinsam diskutiert und akzeptiert 26 t angegeben wurden. Das ist ein wichtiger Punkt, um insbesondere den überregionalen Schwerverkehr, der im Zentrum nichts zu suchen hat, auf größere, leistungsstarke Verkehrsträger verlagern zu können. Das Hauptproblem ist aber die zuletzt aufgeflamnte und auch hier angesprochene Diskussion um die Verkehrsbelastung, die nach der Nordspange im Bereich Dornach - Gleink stattfinden wird. Meine Damen und Herren von der ÖVP, auch hier halte ich es nicht für richtig und sinnvoll, dass sie in ihren Aussendungen und Zeitungen, auch im gestrigen Bürgergespräch, die Bevölkerung verunsichern. Ich sage dies einmal ganz dezidiert, mit falschen Angaben wider besseren Wissens. Niemand geringerer als unser Prof. Dr. Stickler, stellt im Verkehrskonzept eindeutig die Berechnung des noch notwendigen Restverkehrs in diesen Bereichen dar. Ich zitiere wörtlich: „Nach dem vom Gemeinderat beschlossenen Gesamtverkehrskonzept für die Stadt Steyr ist durch die Umfahrung Dornach eine Verkehrsentslastung des Ortsteiles Dornach um 80 % zu erwarten. Durch die Nordspange wäre bei freier Routenwahl eine Entlastung der Ennser Straße von der Abzweigung der Nordspange bis zum Ennserknoten von 28,5 % wahrscheinlich. Durch die bereits verhandelte Schwerverkehrslenkung zur Steyrer Industrie wird eine weitere, zahlenmäßig jedoch noch nicht fixierbare Reduzierung des Verkehrs eintreten.“

Durch die Anlageverhältnisse der neuen Bundesstraßen wird der Hauptverkehr vom Ortsgebiet Gleink deutlich abgerückt.“ Das ist keine Aussage von mir, das ist ein Fachgutachten.

„Aus der Entlastung Ennser Straße resultiert eine wesentliche Reduzierung der Staubbildung, wodurch es zunehmend uninteressant werden wird, die Ennser Straße auf irgendwelchen Schleichwegen zu umfahren. Mit der Verkehrsfreigabe einsetzende Sofortmaßnahmen sind daher in diesem Bereich nicht erforderlich. Sollte jedoch wider Erwarten ein Bedarf an derzeit nicht vorhersehbaren Verbesserungsmaßnahmen bestehen, ist eine kurzfristige Reaktion leicht möglich. Beispielsweise sei hier darauf hingewiesen, dass nach bekannt werden von Unzulänglichkeiten im Bereich der Steinerstraße zwischen den Kreuzungen mit der Klosterstraße und dem Mayrgutweg umgehend Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowohl baulicher als auch verkehrsorganisatorischer Art im Einvernehmen mit der Bevölkerung bereits getroffen wurden.“

Ich rate ihnen meine Damen, lesen sie sich den Maßnahmenkatalog des Verkehrskonzeptes von Prof. Dr. Stickler von 1994 durch, hier werden sie die gleichen Aussagen wieder finden. Bestätigt worden ist diese Aussage auch in der Überprüfung dieser notwendigen Verkehrsmaßnahmen von der BMW finanzierten Studie „Schönharting und Partner“, auch hier wird dieser Bereich angesprochen. Es ist mehr als sonderbar, wenn nun die ÖVP, wie auch im gestrigen Gespräch, wieder hinausgeht und sagt, hier kommt die Verkehrslawine auf uns zu und man macht nichts.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, hier steht es ganz groß.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Gestern?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, auch gestern, so haben es mir Bürger heute erzählt.

So kann es nicht sein, und ich sage es ganz offen, sie setzen sich hier außerhalb unserer Gemeinschaft.

Im Zusammenhang mit der Nordspange passt eine weitere Vorgangsweise im Verkehrsbereich ganz genau. Es gab einen Antrag im letzten Verkehrsausschuss am 14. September zur Schließung des Linksabbiegers in die Resselstraße. Einen Tag vorher, am 13. September, war eine Bürgerdelegation bei mir und hat mir unter anderem ein Schreiben gebracht.

Briefkopf - Herr Gemeinderat Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Der Briefkopf war bitte anders!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Moment, ich zeige es ihnen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Beilage zum Begehren Taborgruppe Nord.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie können ruhig dann weiterreden, jetzt bin ich am Wort. Ich habe es gleich, ich habe schon so viele Zetteln, ein kleines Momenterl, Herr Direktor.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Darf man das nicht mit der Anfrage in Zusammenhang bringen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nachher! Zusatzfragen sind möglich.

Jetzt beantwortet er ja. Sie haben gefragt, nachher können sie die Zusatzfragen stellen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Damit es keine Schwierigkeiten gibt, lese ich den Briefkopf wörtlich vor: „Interessensgemeinschaft der Wohnungseigentümer Steyr-Tabor, GR OSR - Oberschulrat, nehme ich an - Dir. Lengauer Engelbert, Puchstraße 4.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich kann doch nicht einfach einen Brief nehmen und etwas herauslesen, wenn ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warten sie, regen sie sich nicht auf. Ich lese ja eh alles vor. Die Adresse brauche ich nicht vorlesen, ist ja eh bekannt. „Betrifft - Begleitschreiben zum Begehren der Bürgerinitiative Tabor-Nord. „Sehr geehrte Herren! Die Interessengemeinschaft der Wohnungseigentümer Steyr-Tabor nimmt die Wünsche und Bedenken der Bürgerinitiative Steyr-Tabor-Nord sehr ernst. Im Interesse unseres Siedlungsgebietes, unserer Mitbewohner und Mitglieder, ersuchen wir um Beachtung folgender Punkte:

- 1) Überprüfung einer möglichen Verkürzung der Schleife in die Puchstraße.
- 2) Überprüfung aller Lärmschutzmaßnahmen aller betroffenen Objekte.
- 3) Die Interessensgemeinschaft legt sehr großen Wert darauf, dass die Zufahrt Resselstraße geschlossen wird.

Es wird um laufende Information des Planungsstandes ersucht.

Mit freundlichen Grüßen

GR ENGELBERT LENGAUER

Da sage ich nur: “Wunderbar, ihr lauft bei mir offene Türen ein.“ Wir haben am nächsten Tag genau dieses Thema, Antrag der Stadtwerke, Schließung der Resselstraße - Linksabbiegeverkehr. Was war, die ÖVP hat dagegen gestimmt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Richtig!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So weit, so gut. Das kennen wir auch schon von der ÖVP, dass sie im Nachhinein irgendetwas sagen, warum sie das jetzt gesagt haben. Sie sagen es halt einfach. Aber nur, jetzt geht es auch an das Eingemachte. Ich habe versucht mit dem Herrn Dir. Lengauer ein Gespräch zu führen, um auch etwas zu klären, weil jetzt ist gesagt worden, das ist aus dem Zusammenhang gerissen, ich sehe das nur als ein Paket. Im Verkehrsausschuss, wo ich auch über das diskutiert habe, ist von einem Paket ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Doktor!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin gleich fertig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja schon, aber ein bisschen auf die Anfragen konzentrieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist aber untrennbar verbunden.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es wird eh noch interessanter.

In diesem Verkehrsausschuss ist von diesem Paket keine Rede gewesen. Dann, und das ist dabei jetzt das Interessante, eine Woche nach unserem Gespräch will die Frau GR Durchschlag, dass das Protokoll geändert wird. Dass hinzugefügt wird, dass das nur im Zusammenhang gesehen werden kann. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist wohl bisher im Gemeinderat einmalig, dass auf das Protokoll Einfluss geübt wird, das ist neu, das haben wir bisher noch nicht gehabt. Das ist die ÖVP Steyr. Danke.

Sie werden in der Bevölkerung einmal von dem Wahlergebnis, das habe ich auch dem Herrn Holub einmal gesagt und jetzt sage ich es ihnen Herr Mayrhofer, die 6 Mandate, die werden für sie einmal ein Traumziel gewesen sein. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, ich muss schon sagen, dass auf das Protokoll schon oft Einfluss genommen worden ist, weil natürlich jeder das Recht hat, seine eigene Darstellung noch einmal einzubringen, und wenn es im Protokoll anders drinnen steht, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber es hat ja noch gar kein Protokoll gegeben, sondern es wurde etwas nicht Gesagtes hineinreklamiert, das ist dabei das Schlimme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das werden wir wahrscheinlich überleben.

Noch Zusatzfragen? Ausführlich beantwortet?

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Das ist über ganz Steyr hinweg beantwortet worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, die Damen sind mit ihrer Beantwortung unzufrieden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da kann ich ihnen auch nicht helfen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, eine weitere Anfrage richtete Herr Gemeinderat Wilfrid Wetzl mit Schreiben vom 27. 9. 2000 an mich.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der u. a. „Presse“ vom 23. 9. 2000 veröffentlichten beiliegenden Studie der „Forschungsgemeinschaft für Bauen und Wohnen“ wurden die öffentlichen Abgaben bzw. Gebühren für Müll, Trinkwasser und Abwasser in allen 69 österreichischen Städten und Gemeinden über 10.000 Einwohner untersucht. Dieser Studie zufolge zahlt ein durchschnittlicher Haushalt rund S 900,-- monatlich für Müll, Trinkwasser und Abwasser, wobei die Müllentsorgung dabei rund 20 %, Trink- und Abwasser je rund 40 % der öffentlichen Abgaben ausmachen.

Die Stadt Steyr scheint in der Gesamtwertung auf dem wenig erfreulichen 63. Platz auf. Exorbitant hoch im Vergleich zu den anderen Städten sind aber insbesondere die Kanalgebühren, die laut der Studie mit monatlich S 800,-- pro Steyrer Haushalt beziffert werden. Im Vergleich dazu werden diese Kosten für einen Haushalt in Traun mit S 100,--, in Spital an der Drau mit S 80,--, in Leonding mit S 60,--, in Linz mit S 230,-- und in Wels mit S 250,-- errechnet.

An das zuständige Mitglied des Stadtsenates gehen in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Gibt es für die Kanalbenutzungsgebühren in Steyr eine Kostenrechnung, mit welcher die tatsächlichen Kosten eruiert werden?
2. Entsprechen die vorgeschriebenen Kanalbenutzungsgebühren den tatsächlichen Kosten oder werden unter dem Titel der Kanalbenutzungsgebühren Einnahmen erzielt, die über den tatsächlichen Kosten für die Kanalbenutzung liegen?
3. Wie ist zu erklären, dass die Kanalbenutzungsgebühren in Steyr monatlich für einen Haushalt S 800,-- betragen, während sich hingegen diese Gebühren in Leonding auf S 60,--, in Spital an der Drau auf S 80,--, in Traun auf S 100,--, in Linz auf S 230,-- und in Wels auf S 250,-- monatlich belaufen?

Ich ersuche höflich um Beantwortung meiner Anfrage durch das zuständige Mitglied des Stadtsenates.“

Bevor ich versuche diese Fragen zu beantworten, möchte ich darauf hinweisen, dass mittlerweile von dem Institut, das dieses Ranking gemacht und veröffentlicht hat, bereits selbst ein Rückzieher gemacht und mitgeteilt wurde, dass von falschen Zahlen ausgegangen worden ist. Zwar deswegen, weil sie auf Wasserverbräuche abgestellt haben, die nicht tatsächlich entsprechen. Sie weisen darauf hin, dass z. B. nicht alle während eines Jahres neuzugezogenen Haushalte in einer Gemeinde erfasst werden, weil es dort noch keine Wasserverbrauchsablesung gibt. Das heißt also, die Zahlen, die dort als Basis verwendet wurden, stimmen nicht. Die Kosten werden also auf einen geringeren Verbrauch umgelegt und daher ergeben sich schon rein grundsätzlich höhere Werte, als die tatsächlichen Werte sind. Ich habe das natürlich auch gelesen und nehme solche Rankings durchaus ernst, weil wir den Ehrgeiz haben müssen, in so einem Vergleich in einer guten Position zu liegen, und der 63. Platz ist wirklich nicht schmeichelhaft. Ich habe mir daher naheliegenderweise gleich meine Abrechnung vorgenommen und die betrifft bei unserem Haus zwei Haushalte. Da kommt ich natürlich gleich darauf, dass das nicht stimmen kann. Wir zahlen z. B. pro Haushalt S 690,-- und nicht S 1.340,-- wie das in diesem Ranking gezeigt wurde. Eine kurze Umfrage bei einigen anderen Abnehmern und Bürgern unserer Stadt, die ebenfalls solche Gebühren vorgeschrieben bekommen, hat ein ähnliches Ergebnis gebracht. Also hat dieses Papier der Plausibilitätsprüfung schon einmal nicht standgehalten. Bestätigt wird das, dass die Herrschaften selber, allerdings in einem sehr verklausulierten Brief, schreiben, dass das nicht stimmt und dass eine neue Bewertung vorgenommen wird, dass aber die Zahlen nicht früher zur Verfügung stehen. Es ist also, schlicht und ergreifend in Deutsch übersetzt, dass es der Bürger versteht, von falschen Verbrauchszahlen ausgegangen worden. Zu den einzelnen Fragen, die sie stellen, möchte ich Folgendes sagen:

- 1) Gibt es für die Kanalbenutzungsgebühren in Steyr eine Kostenrechnung, mit welcher die tatsächlichen Kosten eruiert werden?

Ja selbstverständlich! Es gibt diese Kostenrechnung, mit der die tatsächlichen Kosten ermittelt werden.

2. Entsprechen die vorgeschriebenen Kanalbenutzungsgebühren den tatsächlichen Kosten oder werden unter dem Titel der Kanalbenutzungsgebühren Einnahmen erzielt, die über den tatsächlichen Kosten für die Kanalbenutzung liegen?

Ich darf mitteilen, dass sich der Kostendeckungsgrad folgendermaßen belaufen hat. Im Jahr 1996 auf 111 %, im Jahr 1997 auf 98 %, im Jahr 1998 auf 97 % und im Jahr 1999 auf 109 %.

Schwankungen im Kostendeckungsgrad werden unter anderem durch das jährliche Investitionsvolumen sowie durch Schwankungen im Wasserverbrauch hervorgerufen.

Unsere grundsätzliche Zielsetzung, und darüber hat im GR eigentlich immer Einigung bestanden, war eine kostendeckende Abwasserversorgung in Steyr darzustellen. An dieser Position hat sich auch nichts geändert.

Die unterschiedlichen Preise, die hier in dem Ranking ausgewiesen sind, sind auch deswegen nicht nachzuvollziehen, weil wir nicht wissen, ob es dort eine Kalkulation gibt und wie diese aussieht. Wir wissen auch nicht, ob der Kostenerlass der OÖ Landesregierung in diesen Gemeinden eingehalten wird, soweit es sich überhaupt um OÖ Gemeinden handelt. In den anderen Bundesländern wissen wir auch nicht, wie einschlägige Empfehlungen laufen. Weiters ist hier festzustellen, dass natürlich ein beträchtlicher Unterschied allein darin sein kann, wie flächendeckend eine Kanalisierung in einer Gemeinde vorhanden ist, dass das natürlich auf das Gesamtinvestitionsvolumen einen beträchtlichen Einfluss hat, wir also, mit einem Kanalanschluss, mit einer Kanalanschlussdichte, wenn ich jetzt noch Christkindl dazuzähle, wahrscheinlich bei 99 %, ich habe es schon öfter gesagt, bei der Kanalisierung auf der Bestenliste in Österreich sind und wir fahren sozusagen in der Mercedesklasse in dem Gebiet. Natürlich ist es in der Investition teuer. Die Investitionskosten werden ja umgelegt auf Kanalbenutzungsgebühren, als wenn man hier nur eine partielle Kanalisation hat. Also, viele Städte und Gemeinden sind hier deutlich noch nicht auf dem Niveau. Ich bin stolz und glücklich, dass wir auf dem Niveau sind. Der Beweis ist ja die Güteklasse z. B. unserer Wässer Enns und Steyr mitten in der Stadt. Es ist außerdem ein entscheidender Unterschied, welche Topographie eine Gemeinde hat. Am billigsten ist der Kanalbau auf einen leicht geneigten Lehmboden. Da brauchen nämlich nur parallel zur Oberfläche die Rohre in einem leicht zu bearbeitenden Material verlegt werden und das Wasser fließt durch die natürliche Neigung weg. Wir wissen natürlich alle sehr genau und haben das auch von den Fachleuten oft genug gehört, dass wir in Steyr eine geradezu dramatische Topographie haben. Zu dem kommt, dass natürlich diese Terrassen entlang der tief eingeschnittenen Flüsse aus Konglomeratgestein besteht und die Bearbeitung dieser Böden bei uns und die Überwindung dieser Niveauunterschiede, zu dem die vielen Gewässer die unterdrückt werden müssen, verlangen natürlich höhere Aufwendungen für die Herstellung eines Kanalnetzes. Zu dem kommt natürlich auch noch, wie alt ein Kanalnetz ist und welche Erhaltungsaufwendungen zusätzlich gemacht werden müssen. Daraus können sehr wohl deutliche Unterschiede resultieren. Es ist uns aber bei dieser Studie, die einigermaßen oberflächlich scheint, aus unserer Sicht, und wo Kalkulationen nicht vorliegen und bei der es zu dem auch klargestellt wurde, von dem Herstellerbüro, dass sie deutlich verkürzt in den Medien veröffentlicht wurde und offensichtlich Erläuterungen nicht mitgeschrieben und berichtet wurden, ist also der Wert dieser Studie, wollen wir einmal sagen ein eher marginaler Wert. Wir brauchen uns also hier nicht vor diesem Vergleich zu fürchten, nur weil diese Studie veröffentlicht wurde.

Ein weiterer Vergleich z. B. bei der Trinkwasserversorgung, bei den Kosten pro Kubikmeter Trinkwasser, zeigt uns, dass wir im Mittelfeld liegen. Mit derzeit S 15,18 pro Kubikmeter Wasser liegen wir ziemlich exakt im Mittelfeld. Teurer als wir ist z. B. Linz mit S 16,90, Graz mit 17,60, Wien mit S 18,00, Salzburg mit S 18,70 und Innsbruck mit S 19,53. Unter uns und billiger, wenig billiger, mit S 14,96 ist Klagenfurt, Bregenz mit S 13,03, St. Pölten mit S 12,10 und Eisenstadt mit S

11,77. Von da her müssten wir also jedenfalls schon günstiger sein, bei gleichem Verbrauch selbstverständlich pro Haushalt, als Wels und Linz, mit denen wir uns gerne vergleichen in dieser räumlichen Nähe.

Wir sind bei der Müllentsorgung am billigsten mit diesen vergleichbaren Städten, Wels und Linz. Wir sehen, dass wir im Kanalbereich eigentlich auch vergleichsweise günstig liegen, wenn wir uns mit diesen Städten vergleichen.

Ich gehe also einmal davon aus, dass dieses Unternehmen, es ist übrigens eine Interessensvertretung der Makler, die diese Studie gemacht, und eine Zweigstelle der Wirtschaftskammer, mit dieser Studie nicht glücklich wird, weil es wird auch andere Städte geben, die sich das nicht so gerne gefallen lassen wenn sie falsch zitiert werden. Ich nehme einmal an, die Herrschaften dort werden in sich gehen und die Studie überarbeiten und sie auch für uns, oder die, die da drinnen veröffentlicht werden, nachvollziehbar machen. Ich würde mir das sehr wünschen. So wie das hingeschrieben worden ist, lassen wir das nicht gelten. Ich bin aber froh, dass wir Gelegenheit haben, diese Diskussion auch einmal in unserem Kreis zu führen.

Das waren die Anfragebeantwortungen. Zu den **Mitteilungen des Bürgermeisters** möchte ich versuchen es kurz zu machen, weil wir schon so viel Zeit verbraucht haben.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Eine Zusatzfrage habe ich noch!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wenn ich sie richtig verstanden habe, ist in den letzten Jahren die Festsetzung der Vorschreibung der Kanalbenützungsgebühren im Prinzip kostendeckend gewahrt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Es ist zu Beginn 1999, glaube ich, in einer GR-Sitzung beschlossen worden, im Übrigen gegen unsere Stimmen, dass die Kanalbenützungsgebühr bis 2003 ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

2004.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

... 2004, danke, neu festgesetzt worden sind, wo ja auch erhebliche Steigerungen drinnen sind, rund 40, 50 %. Ist in den nächsten Jahren zu erwarten, dass die Kosten für die Kanalbenützung steigen oder entfernt man sich durch diese neue Vorschreibung von den sogenannten Erhöhungen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, ich gehe nicht davon aus, dass exorbitante Steigerungen stattfinden, aber die Investitionsaufwendungen der Jahre werden natürlich hier auftreten und werden eingerechnet in die Kalkulation. Wir machen ja auch eine Nachkalkulation, wie sich das gehört, und wir wissen also ständig, haben wir dort in dem Bereich eine Kostendeckung oder haben wir sie nicht. Man könnte natürlich auch eine grundsätzliche Diskussion führen und könnte sagen, die Stadt Steyr subventioniert Abwasserbeseitigung, Trinkwasserversorgung, Müllbeseitigung. Das könnte man theoretisch tun, da haben wir aber in der Vergangenheit gemeint, wir müssen das kostendeckend machen, weil andere Bereiche, wie z. B. Kultur, Sport oder besonders Soziales, einer Förderung durch die Stadt aus den allgemeinen Steuer- und Deckungsmitteln benötigen. Ich glaube, dass wir an sich richtig liegen um kostendeckend zu sein und uns aber ständig bemühen müssen natürlich nicht nur kostendeckend zu sein, sondern auch im Vergleich mit der Effizienz der Herstellung dieser Dienstleistung natürlich auch in einer guten Position zu sein.

Steyr hat sich in Bethlehem vorgestellt. Im Rahmen des Ivents Bethlehem 2000, der vom Advent 1999 bis nach Ostern 2001 reicht. Unser Tourismusverband, unterstützt durch Mitarbeiterinnen des Magistrates, hat dort einen Stand direkt vor der Geburtskirche betrieben. Wir haben im Rahmen dieser Woche auch das Buch „Bethlehem/Steyr“, unter großer Beachtung, vorgestellt. Die Menschen in Bethlehem nehmen das ungeheuer ernst. Es war wirklich überraschend, dass hier die absolute Führungsschicht der Gesellschaft, der Politik und Wirtschaft dort bei dieser Präsentation teilgenommen hat. Es war sogar der Generaldirektor der PLO dort und hat eine große Rede gehalten. Es war der Gouverneur dort, es waren die Dekane der Universitäten und die Patriarchen von Bethlehem anwesend. Alles was Rang und Namen hatte war dort. Sie haben also hier ausdrücklich in ihren Reden zum Ausdruck gebracht, wie hoch sie diese Partnerschaft einschätzen. Leider muss man sagen, hat dieser kleine Beitrag zum Frieden, den wir darunter auch verstehen, nicht sehr anhaltend gewirkt, weil wir hören alle aus den Nachrichten, was sich momentan an diesem Platz wieder abspielt. Insgesamt betrachtet war diese Präsentation in Bethlehem ein großer Erfolg. Es war auch die Buchpräsentation in Steyr, glaube ich, eine sehr würdige Veranstaltung und hat hier auch in Gegenwart der Landeshauptleute stattgefunden und hat einen sehr guten Anklang gefunden.

Wir haben, was auch erfreulich ist, sehr gute Noten, durch ein Gutachten, für unsere Spielplätze bekommen. Das möchte ich dem Gemeinderat nicht vorenthalten. Und zwar hat dieses Gutachten einen positiven Gesamteindruck zum Ausdruck gebracht, sowohl vom sicherheitstechnischen als auch vom pfleglichen Zustand her. Wartung und Reinigung werden in kurzen Abständen - einmal wöchentlich mindestens - durchgeführt, heißt es weiter in dem Gutachten. Der Zivilingenieur hat vor kurzem 20 öffentliche Spielplätze der Stadt Steyr nach den einschlägigen europäischen und österreichischen Normen untersucht.

Wir haben, glaube ich, in der letzten oder vorletzten Sitzung des Gemeinderates, über die Frage

Stausee Staning und Motorbootraserei diskutiert. Ich habe auch auftragsgemäß an die Herrn Bezirkshauptleute Steyr/Land und aber auch Amstetten einen Brief abgefasst und auf diese Problematik, die in unserem Gemeinderat diskutiert wurde, hingewiesen.

Die Bundespolizeidirektion und auch die Bezirkshauptmannschaften waren ersucht, Überprüfungen vorzunehmen. Die Bundespolizeidirektion Steyr teilt mir mit Schreiben vom 29. August 2000 mit, dass im August 2000 anlässlich mehrerer Streiffahrten die mit Verbrennungsmotoren ausgestatteten Wasserfahrzeuge aufgenommen und gezählt wurden. Im August verkehrten vorwiegend Ruder-, Paddel- und Segelboote auf der Enns. Der Verkehr mit wenigen Sportbooten mit Verbrennungsmotoren beschränkte sich hauptsächlich auf die Wochenenden, wobei die Überwindung längerer Distanzen überwiegend in der Fahrbahnmitte, Flussmitte müsste das heißen, mit einem eher geringen Wellenschlag für die Ufer- und Inselbereiche erfolgte.

Zusammenfassend - so schreibt die Polizei - kann daher derzeit nicht von einer „Motorbootraserei“, auf dem Enns-Stausee Staning gesprochen werden.

Angemerkt wurde allerdings noch, dass aus Personalgründen und vordringlicheren Aufgabenstellungen der Bundespolizeidirektion Steyr es unmöglich ist, eine stärkere Präsenz und Überwachung auf der Enns auszuüben.

Hinzufassend möchte ich erläutern, dass ein Sprecher der Polizei mir gestern mitgeteilt hat, dass das Bundesministerium beabsichtigt, möglicherweise ein oder gar zwei Wachzimmer in Steyr zu schließen, was natürlich von unserer Seite her unerwünscht ist, weil ich glaube, dass hier mit der Präsenz der Polizei natürlich schon die öffentliche Sicherheit in einem direkten Zusammenhang zu sehen ist. Aber es herrschen diese Befürchtungen vor, weil die Behörde melden muss, auf welche dieser Wachzimmer man möglicherweise verzichten könnte. Das könnte also auch eine Auswirkung des Personalsparens auf Bundesebene sein. Ich hoffe, dass darüber noch geredet wird.

Es hat eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Stadt Steyr betreffend die Ausschreibung von Schulmöbeln gegeben.

Und zwar ist das ein langes Elaborat. Jedenfalls hat die Firma Kledu-Möbelwerke das Ausscheiden ihres Angebotes durch die Stadt Steyr mit einer Aufsichtsbeschwerde, beim Amt der OÖ. Landesregierung, bedacht. Es wurde allerdings dort in einer ausführlichen Begründung festgestellt, dass die Stadt korrekt nach der Vergabeordnung vorgegangen ist und dieser entsprochen hat und keineswegs eine rechtswidrige Vorgangsweise im vorliegenden Vergabeverfahren festgestellt werden konnte. Also, die Aufsichtsbehörde hat uns bescheinigt, dass die Vorgangsweise in Ordnung gewesen ist.

Zum Schluss noch etwas Erfreuliches. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, war schon lange nicht mehr so gut. Es zeigt sich in den Zahlen, dass die Arbeitslosenquote im September 2000 4,4 % betragen hat und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozentpunkte geringer. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,9 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im September 2000 1.820 und verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 1,6 % und gegenüber dem Vorjahr um 16,7%.

Also glaube ich, dass wir uns in diesem Bereich auf einem guten Kurs befinden und dass wir aber trotzdem alle Anstrengungen übernehmen müssen, weil wenn die Konjunktur wieder ein bisschen zurückgeht werden wir wieder größere Sorgen haben, daher ist der Wirtschaftspark im Norden der Stadt ein vordringliches Ziel, das wir verfolgen werden.

Unter Pkt. 4), meine Damen und Herren, ersuche ich um **Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates**, die mit der Tagesordnung des Gemeinderates übermittelt wurden.

Unter Pkt. 5), **Behandlung unserer Verhandlungsgegenstände**, möchte ich den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr bezüglich der Berücksichtigung von Bedienungsgeld bei Festlohnsystemen.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) GemGET-5/98

Novellierung der Gemeinde Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr bezüglich Berücksichtigung von Bedienungsgeld bei Festlohnsystemen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 29. Juni 2000 wird die in der Anlage beigeschlossene novellierte Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung wird durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht und hat bereits erstmals Rechtswirksamkeit für das Kalenderjahr 2000. (Beilage)

Ich bitte hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, meine Wortmeldung ist kurz, hat nichts zu tun mit dem Inhalt der Verordnung sehr wohl aber etwas mit der Vorgehensweise. Generell, beschäftigt es uns zwar nicht im Gemeinderat, aber wir machen auch Verordnungen dazu und insofern beschäftigt es uns dann doch wieder, halte ich wenig davon, dass jedes Bundesland seine eigene Getränkesteuergesetzgebung hat und wir es uns in Österreich noch immer leisten, neun verschiedene Getränkesteuergesetze zu haben und das in Zeiten der EU. Zu diesem Antrag, wie gesagt inhaltlich keine Wortmeldung, allerdings halte ich es generell für bedenklich, egal ob es eine Besserstellung der Betroffenen ist, wie in diesem Fall, oder sei es eine

Schlechterstellung, dass ich Verordnungen oder Gesetze rückwirkend beschließe. Wir haben heute den 5. Oktober und diese Verordnung tritt rückwirkend mit 1. 1. 2000 in Kraft und das ist für mich der Grund dieser Verordnung nicht die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht? Auch nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL) Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich mit der Finanzierung eines Auswahlverfahrens für den Standort der Bezirksporthalle Steyr.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) BauH-108/00

Auswahlverfahren Bezirksporthalle Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 5. Juli 2000 wird zur Durchführung eines Auswahlverfahrens zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau einer Bezirksporthalle ein Betrag von S 748.100,-- exkl. USt. bei VASt. 5/263000/0001000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 748.100,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Dieses hat der Stadtsenat beschlossen und ich bitte diesen Beschluss auch heute im Gemeinderat nachzuvollziehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es liegt bereits eine Wortmeldung vor. Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil hat sich gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Stadt Steyr beschäftigt sich schon seit mehreren Jahren mit der Aufgabe, eine Dreifachturnhalle für den Bedarf der Steyrer Bevölkerung zu errichten. So steht es auch in unserem Stadtentwicklungskonzept drinnen. So weit, so gut. Ich habe kein Problem mit einer Dreifachturnhalle, das fehlt im Bezirk, in der Stadt auf alle Fälle und soll auch geschehen. Nur die Vorgangsweise, wie und wo, gibt Anlass zu wirklich ernster und heftiger Kritik. Erstens habe ich kein Verständnis und es ist ein Missbrauch der Möglichkeit, dringliche Anträge zu beantragen. Hier, wie ich gesagt habe, es sind schon seit Jahren diese Pläne und Absichten bekannt, dass man dann immer solche Dinge mit Dringlichkeit beschließt. Ich habe kein Verständnis dafür.

Zweitens: Wir haben ein Stadtentwicklungskonzept, das ist von Prof. Breitling gemacht worden, und da steht eben auch eine Sporthalle drinnen. Wir haben einen Flächenwidmungsplan, auch von Prof. Breitling, wir haben eine Studie über die Standortuntersuchung, auch von Prof. Breitling, wir haben ein Auswahlverfahren, wo die Vorprüfung auch von Prof. Breitling ist, und wir haben einen Vorsitzenden, eine Jury, sie dürfen jetzt raten wer das ist, auch Prof. Breitling. Ich denke, dass sich so ein Projekt, das für unsere Kinder gedacht ist, und da bin ich ganz besonders froh, dass heute betroffene Schüler vom Michaelerplatzgymnasium da sind, dass sie hier auch live miterleben, wie etwas gemacht wird, wie Projekte, die für sie und für euch gemacht werden, in einen Bezirk kommen, der meines Erachtens nicht dafür geeignet ist. Der Verfasser dieser Studie entbindet sich einer möglichen eventuellen Kritik, weil sowieso alles eine Person in der Hand hatte und hat. Wenn man das seriös angeht, dann muss zumindest über den eigenen Tellerrand hinausgeschaut werden und mögliche andere Standort mit in Erwägung gezogen werden. Wenn nämlich gesagt wird, so wörtlich, und da sind auch die Architekten in eine Zwangssituation gedrängt worden, weil niemand von den Architekten möchte im Vorverfahren ausgeschieden werden, weil er den falschen Standort geplant hat. Es steht nämlich genau drauf, dass für die Planung in erster Linie das Areal des Steyrermarktgeländes in Frage kommt. D. h., auch wenn manche Architekten unter 4 Augen zugeben, dass das nicht der Ideale Platz ist, aber es steht in den Ausschreibungen drinnen und ich möchte natürlich da dabei bleiben und ich möchte den Auftrag bekommen. Natürlich haben alle 5 eingeladenen Architekten hier diesen Standort mit Planungen belegt. Außerdem sind die Kosten so marginal unterschiedlich zu einer notwendigen EU-weiten Ausschreibung wo man sich schon überlegen sollte, gerade bei so einem Großbau, ob man nicht die Ausschreibung erweitern sollte und nicht nur auf 5 Architekten beschränken sollte. Das ist gegessen, ich habe kein Problem mit der Zustimmung zur Auszahlung des Architektenhonorars. Die Arbeit ist geleistet, das Auswahlverfahren ist da. Es wurde durch ein wirklich dummes Missgeschick die erste Jurysitzung gleichzeitig an einem Tag wo Stadtsenatssitzung war angesetzt. Wir werden uns noch einmal, am 13. Oktober, damit auseinandersetzen. Ich glaube der 13. ist es. Hier wäre auch vonseiten der Stadt eine bessere Planung notwendig.

Ich betonen noch einmal. Mein Hauptkritikpunkt ist nicht gegen das Projekt, aber es hätte ein breiterer Konsens, auch mit einer Kritik von außen, mit durchaus jemand Dritten, mit jemand Fremden, der das Projekt vielleicht aus anderen Augen sieht, bewerkstelligt werden sollen und insbesondere ist dieses Projekt auf diesem Standort gegen unser gemeinsam beschlossenes Verkehrskonzept, wo überregionale Verkehrserreger nicht in einen Ortsteil, in ein Quartier, wie es Prof. Stickler immer gesagt hat, hereingelassen werden sollen. Das gehört an verkehrsgünstigen Ortsstellen errichtet. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es liegt noch eine Wortmeldung vor. Nächster ist Herr Gemeinderat Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich halte es für keine gute Idee, mitten im Auswahlverfahren, wo wir letzte Woche die Jury gehabt haben und nächste Woche die zweite Jurysitzung haben, jetzt eine Standortdiskussion zu beginnen. Ich denke mir, für diese Standortdiskussion haben wir ein Jahr lang Zeit gehabt. Es hat eine Standortstudie gegeben. Zu dieser Standortstudie kann man stehen wie man will. Es hat eine Reihung gegeben und es hat auch Gründe für diese Reihung gegeben. Wir haben uns in den einzelnen Ausschüssen, Stadtentwicklungsausschuss, Bauausschuss, auch zu diesen Themen unterhalten, oft unterhalten. Ich war auch zu Beginn mit diesem Baugrundstück nicht ganz zufrieden. Ich möchte das aber auch noch inhaltlich begründen, warum ich glaube, dass es jetzt trotzdem der beste Standort ist. Aber wie gesagt, wir haben ein Jahr Zeit gehabt darüber zu diskutieren und jetzt, wo wir einen Beschluss im Gemeinderat fällen sollen, über den Standort zu diskutieren und sagen, das ist der schlechteste Standort, das halte ich nicht für sehr seriös. Noch dazu wo es meines Wissens einen Beschluss des StS vom 13. Juli gibt, der laut Protokoll einstimmig, also auch mit den Stimmen der FPÖ, gefällt worden ist, dieses Auswahlverfahren so durchzuführen. Über das Auswahlverfahren kann man auch diskutieren, haben wir auch im ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat nichts mit dem Standort zu tun gehabt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja, aber das Auswahlverfahren wurde auch kritisiert und das wurde einstimmig beschlossen. Ich kann ja auch nur das sagen, was im Protokoll steht. Dass auch wir uns eine breitere Einladung gewünscht hätten, ist auch Schnee von gestern. Es ist halt so durchgeführt worden und ich denke mir man sollte zumindest jetzt den Steyrer Architekten die Chance geben ihre Projekte auch in diesem Auswahlverfahren bewerten zu lassen.

Ich möchte aber schon auch zur Kritik an den Stadtentwickler Breitling etwas sagen. Ich halte es nicht für eine schlechte Idee, den Architekten Breitling damit zu beauftragen, denn der Architekt Breitling ist immerhin derjenige, der sich mit der Stadtentwicklung am intensivsten auseinandergesetzt hat. Warum nicht gerade jenen Mann auch für die Jury und für das Auswahlverfahren einzusetzen, der ja auch die Stadtentwicklung am besten kennt.

Für diesen Standort sprechen mehrere Gründe. Ich möchte das auch ganz kurz sagen, weil sie es ja auch in den Medien in den letzten Tagen präsentiert haben, dass es für sie nicht so ist. Ich glaube sehr wohl, dass eine nahe Beziehung zu den Schulen wichtig ist, ich glaube, dass es wichtig ist, dass diese Sporthalle in der Nähe vom Stadtzentrum ist, um sie auch fußläufig zu erreichen und ich glaube, dass es für diesen Standort einen noch viel wichtigeren Grund, als diese zwei Gründe die ich genannt habe, gibt, ich glaube, dass diese Halle an diesem Standort auch ein ganz wichtiges Zeichen der Stadt ist für die Stadtentwicklung im Stadtgebiet Tabor, mit einem Projekt, dass die Stadt dort ausrichtet. Verbunden mit hoffentlich der Aufstiegshilfe und den Projekten, die uns ja auch vor einigen Tagen vorgestellt worden sind, kann das eine Impulswirkung haben, die für die Stadtentwicklung in diesem Bereich ganz wichtig ist. Würden wir die Sporthalle dort nicht bauen, würden wir als Stadt dort keinen Akzent setzen, dann würde die Entwicklung, die Stadtplanung in diesem Gebiet in den nächsten Jahren sicher nicht so gut funktionieren oder kein Leaderprojekt haben, wie es eben jetzt hoffentlich passieren wird.

Es gibt aber schon auch ein paar Dinge, die wir von der Stadtplanung her beachten müssen und da haben sie ganz richtig gesagt, die Verkehrsanbindung. Das ist sicher ein ungelöstes Problem, wie wir die Sporthalle vom Taborknoten, vom Norden her, anbinden. Es ist auch wichtig, den ruhenden Verkehr dort zu berücksichtigen, wo ich hoffe, dass wir den Großteil wirklich unter der Erde haben. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass der Vorplatz dieser Halle auch wirklich ein Stadtplatz für das Quartier Tabor wird und nicht ein Parkplatz. Das sind die drei Dinge, die mir dann auch für die Stadt nach dem Auswahlverfahren ganz wichtig sind, dass wir diese Dinge berücksichtigen. Da denke ich mir, dass die Vorgangsweise jetzt die richtige Vorgangsweise ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Hauser. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Zuerst ist gerade gesagt worden, dass eine Standortdiskussion jetzt zu beginnen nicht sehr geschickt ist, auf der anderen Seite möchte ich aber doch dazu sagen, noch dazu wo ich selbst am Tabor wohne, dass der Standort dort durchaus Sinn macht. Denn eines sei schon einmal dazu gesagt. Ein wesentliches Element ist, dass der Grund der Stadt gehört, der letztendlich auch nicht gekauft werden muss. Zweitens muss man das Projekt im Zusammenhang mit der Trollmannkaserne sehen, die ja letztendlich als Kasernenstandort aufgelöst ist und im nächsten Jahr zum Verkauf angeboten wird und daher auch hier sich viele Möglichkeiten ergeben, es in diese Entwicklung mit einzubeziehen. Das Dritte ist, dass wir letztendlich ja nicht so tun brauchen, als ob wir dort über keine Verkehrslösungen diskutieren würden. Ich denke mir, dass der Ausbau des Posthofsknotens uns schon seit mehr als einen halben Jahr in Atem hält, würde ich fast sagen, weil sich fast alle Stunde eine neue Bürgerinitiative gründet, weil dem einen das jetzt passt und dem anderen dafür das andere nicht. Aber letztendlich ist es ja doch so, dass hier vor allen Dingen auch die Verkehrslösungen auch in Diskussion um den Fluss sind und wir nicht so tun dürfen, wie wenn man sich dazu eh nichts überlegt hätte. Gerade weil sie gesagt haben, Herr Vzbm. Dr. Pfeil, dass es für die Herrschaften, die heute hier aus dem Bundesrealgymnasium vom Michaelerplatz sind, sehr wichtig ist, na, dann möchte ich ihnen sagen, dass die gerade am nächsten zu dieser Bezirkssporthalle sind und dass das wahrscheinlich ein schlechtes Beispiel war, das sie gerade gewählt haben, weil genau die werde unter anderem die sein, die von diesem Bau dort oben profitieren werden, indem sie fußläufig, und wenn es mit der Aufstiegshilfe geht, also dann verbunden wird, letztendlich mit einem Aufzug fast bis zur Sporthalle fahren können. Daher glaube ich, dass das Beispiel nicht sehr gelungen ist. Ich glaube daher auch, dass wir nicht nur darüber diskutieren dürfen, dass es in der Nähe der Schule ist, sondern dass man letztendlich auch wissen muss, dass diese Nähe zur Schule uns Förderungsgelder bringt und dass es daher ein sehr wesentlicher Punkt ist, sich genau zu überlegen, wo diese Standorte sind. Wenn sie auf der anderen Seite dann meinen, dass es nicht sehr geschickt ist den Architekten Vorgaben zu geben, sozusagen wo dieser Standort ist, dann frage ich mich ganz einfach, wie ein Architekt denn handeln soll, wenn er nicht weiß welches Grundstück zur Verfügung steht, bzw. wie sozusagen die Weitläufigkeit der Planung sein kann. Daher glaube ich, dass wir schon darüber auf der einen Seite zuerst diskutiert haben und eine Reihung durchgeführt haben wo der Standort sein soll und, dass es für meine Begriffe nicht sehr sinnvoll ist, jetzt dagegen zu opponieren. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Einiges ist schon zu dem Thema gesagt worden. Manchem kann ich mich anschließen, manchem nicht so ganz. Was sicherlich ein Punkt ist, da gebe ich Herrn Dr. Pfeil Recht, es ist wirklich ein bisschen ein Missbrauch dieser Dringlichkeit, wenn wir heute Dringlichkeit beschließen, bei Dingen, die im Stadtentwicklungskonzept drinnen stehen, wo man bei guter Vorbereitung also wirklich Zeit hätte, alles zeitgerecht in die Gremien zu bringen. Dringlichkeit ist wirklich dann anzunehmen, wenn ich tatsächlich wirklich nicht vorher etwas erledigen kann. In diesem Fall ist die Dringlichkeit also wirklich nicht unbedingt notwendig gewesen.

Ein anderer Punkt, wie gesagt, ich wundere mich nur, irgendwann werden wir eines Tages hier herinnen sitzen und bei Dringlichkeit, möglicherweise Ehrenringverleihungen oder Sportverleihungen beschließen, ich warte ja nur mehr darauf, weil wir schon sehr, sehr viele Sachen über Dringlichkeit herinnen gehabt haben, unter anderem den Bau eines Spielplatzes, von dem wir ein Jahr lang Bescheid gewusst haben usw.

Aber zurück zur Sporthalle. Die Geschichte mit der Standortdiskussion, der Kollege Hauser hat es angesprochen. Ich denke mir, ein Aspekt für diese Standortentscheidung war unter anderem die Nähe zur Schule, um damit eben auch zusätzliche Förderungen zu lukrieren. Inwieweit das gerechtfertigt ist oder nicht, möchte ich da gar nicht beantworten.

Zur Vorgehensweise jetzt, was die Ausschreibung der Sporthalle anbelangt, was mir persönlich Leid tut ist, dass es nicht möglich war, den Architekten im Vorfeld genaue Vorgaben zu geben, was wir uns von dieser Sporthalle tatsächlich erwarten. Diese Kriterien sind eigentlich erst dann in der Jursitzung festgelegt worden, wo bereits die fertigen Projekte da waren. Da sind wir eigentlich erst einmal darauf gekommen, was müsste man alles an Kriterien entwickeln, welche technischen Voraussetzungen braucht diese Sporthalle. Ich möchte sie persönlich bitten von dem Begriff Sporthalle wieder ein bisschen weg zu kommen, weil es soll ja letztlich ein Veranstaltungszentrum sein, das sowohl dem Sport dient, aber auch kulturellen Veranstaltungen. Ich denke jetzt z. B. an Konzerte usw., dass man selbstverständlich auch darauf achtet, dass es möglich ist, solche Konzerte auch durchzuführen.

Was das Thema Ideenreichtum anbelangt, so denke ich mir auch, dass es vielleicht nicht schlecht gewesen wäre, eine breitere Ausschreibung vorzunehmen, um wirklich möglichst viele Ideen einzufangen, weil immerhin handelt es sich bei diesem Projekt, denke ich mir, gerade in dem exponierten Stadtteil Tabor, noch dazu um ein Millionenprojekt, das sicherlich Auswirkungen in die Zukunft hat und dass man es sich deshalb, denke ich mir, sehr, sehr genau ansehen muss.

Die Verkehrssituation wird uns dazu sicherlich noch beschäftigen und ich hoffe, dass wir da wirklich den Schritt gehen werden, eine sehr ganzheitliche Planung anzulegen, damit es also wirklich eine Anbindung an den öffentlichen Verkehr gibt, dass dort nicht ein Verkehrschaos ausbricht.

Ich glaube auch, dass dieses Veranstaltungszentrum, wie ich diese Sporthalle nennen möchte, eine Gelegenheit ist, gewesen wäre, aber noch immer ist, tatsächlich jene Nutzer verstärkt einzubinden, die das Objekt eben nutzen, und vor allem die Bürger der Stadt, die Jugendlichen, die Veranstalter

im Vorfeld schon einzubinden, weil das soll ja ihre Bezirkssporthalle bzw. ihr Veranstaltungszentrum werden.

Wie gesagt, grundsätzlich bin ich dafür, dass man klarerweise ein Auswahlverfahren macht, nur die Vorgehensweise war nicht ganz in Ordnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Vorerst begrüße ich eigentlich den Einstieg des Dr. Pfeil, dass er gesagt hat, es sind heute betroffene Schüler in unserem Kreise. Betroffene Schüler können es nur dann sein, wenn sie schon in den Genuss der neuen Bezirkssporthalle kommen und ich hoffe doch, dass das wirklich so realisiert wird, weil wenn ich mir das so ansehe müssen wir sehr schnell drangehen, weil sonst läuft uns die Zeit davon. Also, hier haben wir sicherlich eine Gemeinsamkeit und wenn wir diese Gemeinsamkeit auch verfolgen, dann kann es nicht sein, dass wir in den Grundsätzen einer Sporthalle zu diskutieren beginnen. Ich glaube, dass das nicht sinnvoll ist und wenn man das ernstlich tun will, dann muss man ein bisschen hinterfragen, was kann denn die Absicht damit sein, wenn eigentlich wirklich die Fachleute auch der Meinung sind, dass dieser Standort ein sehr günstiger Standort ist und alle Fakten die für das ca. 100 Millionenprojekt, so in der Größenordnung wird sich das bewegen, eigentlich alle Fakten dafür sprechen. Es ist einmal, dass wir den Grund dort eventuell nicht bezahlen müssen, weil wenn wir die Halle dort bauen, gehört der Grund uns, und da werden wir uns einmal ein Menge Kosten sparen. Wir sind im Nahbereich einer Bundesschule, das eine Bedingung ist, dass eine Bundesschule diese Sporthalle benützen kann, dass der Bund auch mitfinanziert. Wir haben ja da einige Vorgespräche mit Vertretern geführt und es ist hier auch ganz klar von den Bundesschulen, von den Verantwortlichen der Bundesschulen zum Ausdruck gebracht worden, dass ein Standort z. B. der ja auch des Öfteren diskutiert worden ist, vis-à-vis vom Leiner oder Taborland, für eine Bundesschule nicht in einer Entfernung ist, dass sie die annehmen, sondern dass das dort für die Benützung einer Bundesschule nicht möglich ist. Die HAK hat das abgelehnt und auch für das Gymnasium wäre die Entfernung zu weit. Auch dieser Punkt, der ja für die Finanzierung eine wesentliche Rolle spielt, spricht auch für diesen Standort. Ich glaube, man sollte das überhaupt nicht jetzt, oder ich verstehe das nicht, wenn man jetzt den Standort auf einmal so infrage stellt. Seit Mitte der 60iger Jahre haben wir auf diesem Platz eine Sporthalle und dort wird dem Sport täglich nachgegangen. Das ist ja nicht irgendetwas Unmögliches was man dort macht, dass dort die Umgebung dementsprechend beeinträchtigt wird. Sie wird etwas größer werden, das wünschen wir, das ist die Vorgabe, sie wird schöner werden und sie wird auch anderen Veranstaltungen zugänglich gemacht werden, für Kulturelle. Ich möchte das schon auch in diesem Kreise sehr stark als Sportreferent zum Ausdruck bringen. In erster Linie und vordergründig muss es ein Ersatz für die alte, heute nicht mehr wirklich den Funktionen zumutbare, Sporthalle sein. Also das muss überwiegend dem Sport zur Verfügung stehen. Das zum Standort. Ich glaube, dass halt wirklich diese Diskussion nicht in die Richtung geführt werden soll, weil sonst bringen wir nur eine Verzögerung zustanden.

Zur Vorgabe an die Architekten möchte ich sagen, Frau Kollegin Frech, sie waren bei der Jurysitzung ja entschuldigt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich war aber dort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sie waren dort? Da sind sie mir eigentlich gar nicht aufgefallen. Entschuldigung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

„Sie“ waren nicht da.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich war schon dort, bis zum Schluss.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Michaela, du bist später gekommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, ich bin später gekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie wir schon weg waren?

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wie sie nicht mehr da waren, war ich dort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das war ja nicht mehr die Jurysitzung, da sind ja nur mehr die Fachleute beieinandergesessen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Danke, dass sie mich zum Experten ernennen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Wenn sie zu spät kommen, das straft natürlich das Leben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt auch Leute die berufstätig sind.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das müssen sie sich überlegen, es waren der Kollege Kupfer und andere Kollegen auch dort, die berufstätig sind. Aber jetzt zu den Vorgaben, weil sie einfach eine Behauptung in den Raum stellen, dass bei der Jurysitzung erst die Vorgaben an die Architekten gegeben worden sind. Das ist wirklich an den Haaren herbeigezogen, das ist unwahrscheinlich, was sie da für eine Fantasie entwickeln. Es ist klipp und klar im Vorfeld, bevor der Auftrag an die Architekten geht, gesagt worden, welche Kriterien dort notwendig sind, welche Ausmaße, welche Funktion, welche Hauptfunktion diese Halle haben muss. Es war nämlich auch ein Grund, wenn sie sich erinnern an die Diskussion wo wir gesagt haben wir wollen fünf Steyrer Architekten beauftragen, also das auf fünf Architekten, mit der Außengestaltung, weil nämlich die Innengestaltung der Halle ja in einem hohen Ausmaß vorgegeben ist, weil für Sportfunktionen gibt es ja genaue Richtlinien und Kriterien, wie die Halle aussehen muss. Also, hier hat es wirklich keine Dinge gegeben.

Wegen der Dringlichkeit muss ich auch noch etwas sagen. Diese Halle wird ja auch noch vom Sportstättenbaubeirat, ein bisschen ein kompliziertes Wort, abgeklopft werden, weil wenn wir eine Förderung von der öffentlichen Hand bekommen wollen, dann werden die dort auch noch, im Besonderen für den sportlichen Zweck, abklopfen und begutachten. Es ist natürlich daran gedacht, dieses Projekt auch mit den Steyrer Vereinen zu diskutieren, mit den Dachverbänden, die Dachverbände einzuladen, wenn einmal das Projekt da ist und mit denen zu diskutieren und ihre Wünsche und Anliegen auch zu kennen und denen auch Rechnung zu tragen. Das wollte ich dazu gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich wollte eigentlich nichts zu dem Thema sagen, aber man kann das nicht ganz unwidersprochen lassen, was da jetzt alles von sich gegeben wurde, lieber Kollege Bremm, vom Auswahlverfahren zur Standortdiskussion. Also, in Steyr gehen offensichtlich die Uhren wieder einmal ganz anders. Nicht nur dass wir am Beginn dieser ganzen Angelegenheit offensichtlich schon wieder mit Schulden arbeiten müssen, weil nicht einmal im Budget ist dieser Betrag vorgesehen, was mich auch ein bisschen wundert, wenn diese Diskussion schon so lange im Gange ist.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Hast du dir das Budget nicht angesehen?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Nur in Steyr baut man so etwas wieder mitten in die Stadt hinein. Ich bin auch verwundert, dass die Grünen da auf einmal dafür sind, dass der Individualverkehr mitten in das Wohngebiet hineingeleitet wird. Niemand, der heute in Österreich so etwas errichtet, käme auf die Idee, das in derartiger Lage zu positionieren, sondern so etwas gehört an den Stadtrand hinaus, das gehört an die Peripherie der Stadt. Was auch bei dieser ganzen Angelegenheit vergessen wird, man könnte ja auch, wenn man über den genügenden Platz, den man ja nur am Stadtrand hat, verfügen würde, natürlich auch den Eislaufplatz positionieren, wo er ja auch schon längst hingehört. Wir haben auch seinerzeit zu Recht, und da wird uns damit eigentlich bei dieser Diskussion nur Recht gegeben, die Investitionen am Rennbahnplatz kritisiert. Zu Recht wie ich meine, weil auch das gehört zusammengelegt zu einer Bezirkssporthalle, wie in anderen Städten, die kleiner als Steyr sind, die nicht über die finanziellen Ressourcen verfügen wie Steyr, und auch von der Größenordnung anders strukturiert sind, längst an den Stadtrand hinaus derartige Dinge verlagern. Nur in Steyr baut man das wieder mitten in den Tabor hinein. Ich wünsche uns schon alles Gute, was dann dort los sein wird, wie die Bevölkerung darauf reagieren wird, wenn wir den ganzen Verkehr dort hineinleiten. Ich halte das einfach für eine Politik von vorgestern, das gehört dort hin, wo man heute so etwas errichtet. Kollege Bremm, du brauchst nur nach Amstetten fahren oder an andere Orte, wie man dort derartige Probleme gelöst hat, nicht so hinterwäldlerisch wie in Steyr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, jeder sieht hinterwäldlerisch anders.

Herr Vizebürgermeister zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben uns ausgemacht, das ist richtig, dass wir nicht über Inhalte der letzten Jurysitzung und woanders sprechen, aber man wird sehr wohl über die Auswahlkriterien und der Ausschreibungsbedingungen reden dürfen und auch müssen. In diesem Zusammenhang, ich verstärke es noch einmal, ich finde es nicht für richtig, wenn an einem Platz, der verkehrsmäßig sehr sensibel ist, als Kriterien für die Erreichbarkeit und Verkehrsanbindung an die 5 eingeladenen Architekten nur zwei Punkte zur Diskussion stehen. Für Fußgänger, insbesondere BRG Michaelerplatz, erstens und zweitens, zusätzliche Fuß- und Radwegeverbindungen. Aus. Es ist eine Veranstaltungshalle für 3.500 Leute. Auch hier gebe ich der Kritik Recht, auch hier sind die Ausschreibungskriterien zu wenig genau formuliert worden, weil die bis jetzt vorgelegten Kriterien bzw. die bis jetzt vorgelegten Projekte doch sehr, sehr unterschiedlich sind und ich kann mir eine Freiluft-Popkonzertveranstaltung in diesem Bereich nicht vorstellen. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Mayrhofer hat sich auch zu Wort gemeldet.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe jetzt wirklich mit Interesse diese Ausführungen verfolgt. Es ist schon etwas komisch und macht das Arbeiten wirklich schwierig, wenn Dinge, die beschlossen wurden, die einstimmig beschlossen wurden, im Nachhinein infrage gestellt werden und man versucht wieder alles von vorne zu beginnen. Der Vorgang bei dieser Planung war absolut richtig. Es hat zuerst ein Auswahlverfahren über den Standort gegeben. Der ist nicht von unseren eigenen Ideen gekommen, sondern ist ermittelt worden, nach einem Kriterienkatalog der nachvollziehbar war und der also mehrheitlich wirklich unsere Zustimmung gefunden hat. Darüber gibt es einen Beschluss, der Standort wurde fixiert. Ebenfalls heuer, im Juni, hat es den Beschluss gegeben, die Ausschreibung beschränkt an fünf Architekten zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

An Steyrer Architekten!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Auch einstimmig. Jetzt, im Nachhinein, als sich die Architekten, denen genau die Auflage gegeben wurde wo das sein soll, allerdings mit der Variablen, sie können eventuell auch ein größeres Grundstück verwenden, also auch Fremdgrund in Betracht ziehen, jetzt auf einmal heißt es, halt, wir sind bitte mit dem Standort nicht einverstanden. D. h., alles retour, das Geld umsonst ausgegeben, weil jetzt im Nachhinein kommen wir zur Überzeugung es passt nicht. Das in voller Kenntnis bitte sehr, dass es sehr wohl verkehrstechnische Maßnahmen gibt, hier ist ein Plan von der Landesregierung vorliegend, der dieses Gebiet wunderbar aufschließt. Nicht nur das, auch die Architekten haben selbstverständlich davon Kenntnis gehabt. Schauen sie sich bitte einmal die Pläne an, da ist sogar dieser Knoten, der Posthofknoten, schon berücksichtigt. D. h., ich finde die Vorgangsweise hier einfach bedenklich und nicht seriös. Ich ersuche sie auch zur Kenntnis zu nehmen, Herr Dr. Pfeil, dass es eine andere Meinung gibt als ihre eigene persönliche Meinung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Bei einem 100-Millionen-Schilling-Projekt ist es normal, dass unterschiedliche Meinungen auftauchen, daran sollte kein Zweifel herrschen und das ist auch nicht das Problem. Was mich ein bisschen irritiert ist, dass zumindest zweimal von Missbrauch gesprochen wurde. Das ist eigentlich ein böses Wort. Das ist in dem Zusammenhang nämlich nicht notwendig, weil es ist ja auch von Dringlichkeit gesprochen worden, dass das ein Missbrauch sei. Jetzt frage ich den Gemeinderat, ob die Dreifachturnhalle, Veranstaltungshalle, wie immer man sie nennt, mit multifunktionalem Charakter, in Steyr dringlich ist oder nicht? Die Frage wird man doch wohl noch stellen dürfen. Wir sind einer der wenigen Bezirke, die so etwas nicht haben. Im Jahr 1992 habe ich den Bedarf bei der OÖ Landesregierung angemeldet. Wir haben uns bemüht systematisch da heranzukommen. Wir haben eine Standortauswahl finanziert, es ist empirisch ermittelt worden. Die Kriterien sind x-mal hin- und hergedreht worden. Es ist nicht gleichgültig, ob das Grundstück uns gehört oder nicht, da ist der Unterschied halt 10 Millionen oder so in dieser Art. Es ist nicht gleichgültig, ob sich diese Schule in der Nähe des Bundesschulzentrums befindet oder nicht, da ist der Unterschied 30 Millionen. Wir sprechen also alleine von den zwei Kriterien her schon von 40 % der Kosten dieses Projektes. Wenn wir bei Kosten sind, ist das auch noch ein wichtiges Kriterium, ob wir es uns leisten können und wann und ob es entsprechend gefördert wird von der OÖ Landesregierung, aber natürlich auch von der Bundesregierung, von den zuständigen Ministerien. Die reden ein entscheidendes Wort mit. Das waren Auswahlkriterien. Natürlich spielt der Verkehr eine Rolle. Wir wissen das, aber es wird hier eigentlich sehr stark vermischt. Verschiedene Anforderungen, die in dieser Halle natürlich gewährleistet sein müssen, die natürlich genau determiniert wurden. Es geht um den täglichen Betrieb. Dreifachturnhalle, täglicher Betrieb. Am Tag die Schüler, wir haben ja dann die alte Sporthalle nicht mehr, die einmal eine Reithalle war, sondern die Sporthauptschule wird diese Halle nutzen und es werden die Bundesschulen diese Halle nutzen, vor allen Dingen das Gymnasium. D. h., es werden auf drei Turnsälen drei Klassen möglicherweise gleichzeitig Turnbetrieb haben. Das kann man sich ungefähr ausrechnen, wie viel das ist, das sind ungefähr 90 Kinder mit Betreuung. Also, das wird uns vom Verkehr her nicht umbringen. Das Nächste werden am Abend die Sportvereine sein. Pro Turnsaal sagen wir einmal 20 Sportler. Das ist auch eine ähnliche Größenordnung. Am Wochenende eine Sportveranstaltung, vielleicht 1000 Besucher, maximal 1.500 Besucher, das muss aber schon eine Großveranstaltung sein. Eine beherrschbare Größenordnung. Dann kommt die Optimalnutzung mit 3.500, wenn ein Künstler auftritt, der überregionale Zukunft hat, etwas was wir heute in Steyr nicht darstellen könnten, nicht in einer Halle. Dann haben wir uns überlegt, dass die Parkplätze Leiner, Taborland, Interspar usw., in erreichbarer Nähe sind. Wir sehen auch diesen Platz, im Zusammenhang mit einer Aufstiegshilfe auf den Tabor, die auch im Stadtentwicklungskonzept drinnen steht, wo wir jetzt auch ein Auswahlverfahren gerade praktizieren. Wenn man das alles in dieser Gemeinsamkeit sieht, kommt man eigentlich dann, wenn er nicht ausgesprochen übelwollend ist, schon zu dem Eindruck, dass man sich einiges dabei gedacht hat, wie die Dinge zueinander passen. Also, die Verkehrsbelastung während des Normalbetriebes unter der Woche, die Schule, die Vereine, ist überhaupt kein Thema. Für den Großbetrieb, im Zusammenhang mit Kulturveranstaltungen, wird es also sicher Notwendigkeiten geben, die umliegenden Parkplätze zu verwenden, das können wir fast nirgendwo so gut, es sei denn, wir machen sie dort, wovon sie in letzter Zeit wieder reden, Herr Dr. Pfeil, und wo sie auch einmal geglaubt haben, und zwar gegenüber vom Leiner. Aber das scheidet

aus, weil uns da die Bundesschulbehörde die rote Karte zeigt und uns die 30 Millionen nicht gibt und auch nicht nutzt. Es geht auch um die Folgekosten, weil wir wollen natürlich auch in der Kostenbelastung, nachher im Betrieb, möglichst günstig operieren können und da brauchen wir die Deckungsbeiträge, die uns die Bundesschulen zahlen. Vor dem Hintergrund ist der Standort ausgesucht worden, jetzt geht es um die Verkehrserschließung. Der Posthofknoten ist auf einmal nicht mehr wichtig, das ist eine neue Erkenntnis. Früher haben wir ausgemacht, es ist die Vorleistung für den Kreisverkehr, sagt die Landesbaudirektion und die muss das schließlich bauen. Das ist eine Bundesstraße. Wir können natürlich irgendwo hineinräumen. Ich möchte da nicht dabei sein, weil ich möchte nämlich, dass die Träume Realität werden. Also werden wir das brauchen. Wir haben jetzt ein Problem, da gebe ich ihnen Recht Herr Dr. Pfeil. Als wir das mit der Landesbaudirektion vereinbart haben Unterführung Posthofstraße usw., da war auch die Landesbaudirektion noch der Meinung, dass sich die öffentlichen Hände gegenseitig helfen werden. Kasernengrund auf der einen Seite und Bundesgrund auf der anderen Seite, weil wir ja einen Grund für diese Straße brauchen. Das hat sich allerdings neuerdings verändert. Da gibt es jetzt die BIG und da gibt es jetzt das Heer und beide wollen uns jetzt den Grund verkaufen, wenn es geht zu Bestpreisen, weil die Bundesregierung kassieren möchte. Also müssen wir wesentlich mehr Geld, als nur für das Straßenbauen in die Hand nehmen, auch den Grund kaufen. Das ist neu und ist eine Hürde am Weg zur Realisierung dieser guten Verkehrsverbindung. Das muss ich schon sagen. Es ist natürlich schon spannend und interessant und direkt ein bisschen lustig, dass gleichzeitig die hohe Bundesregierung, in dem Fall wieder ein anderes Ministerium, das Wissenschafts- und Bildungsministerium, natürlich glaubt, dass die Stadt Steyr das Grundstück gratis für den Erweiterungsbau der HAK und der HBLA zur Verfügung stellt, weil wir sind ja, ich weiß nicht wie sie uns ansehen, nicht ganz. Auf der einen Seite kaufen wir zum Bestpreis auf der anderen Seiten schenken wir. Das wird ja so nicht gehen, da kann es ja bestenfalls einen Tausch geben, das wäre ja auch vernünftig.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Vielleicht haben sie den Budgetüberschuss gesehen, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das sind die Probleme. Schau, ich weiß dass dir das unangenehm ist.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da müsstest du ja normal mit dem Scheibner reden, wenn du ein Strasserl willst und nicht mit mir.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es geht also darum, eine städtebaulich, zukunftsorientierte Lösung darzustellen. Um das geht es in Wirklichkeit. Jetzt sagen uns die Städteplaner, es ist das Gebiet, wo sich die meiste und die bedeutendste Entwicklungsmöglichkeit in nächster Zeit ergibt. Wenn man also den Kasernenplatz

nimmt, diese neue Halle nimmt, die Multifunktionalität hat, wenn man die Aufstiegshilfe nimmt, wenn man sich überlegt, dass die Stadt im Norden noch wächst und sich ausdehnt und dass dort Parkmöglichkeiten bestehen müssen, mindestens in der Größenordnung von 700 - 800, und dass mit Hilfe der Aufstiegshilfe die Leute auf den Stadtplatz hereinschweben sollen und den Stadtplatz beleben sollen, weil er stirbt ja sonst, da reden eh immer alle davon, dann hat das Ding schon einen Sinn. Natürlich brauchen wir dann die Posthofstraße in einer Qualität, dass sie dieser Aufschließung und Revitalisierung dieses dem zentrumsnahen Viertel entspricht. Also, jeder Nutzer des Kasernengeländes wird auch diese Aufschließungsstraßen benötigen. Daher werden wir die wohl besorgen müssen, gerade oder krumm, weil das ist wirklich eine Priorität im Sinne einer vernünftigen Weiterentwicklung unserer Stadt. Das wollte ich also sagen. Ich glaube, dass alles eigentlich sehr logisch, sehr folgerichtig abläuft.

Eines möchte ich auch noch sagen, wenn sie das so abtun als wäre es eine Marginalie, der Unterschied zwischen einem Auswahlverfahren mit den Steyrer Architekten und einer EU-Ausschreibung, dann widerspreche ich dem heftig. Nicht nur, dass sich hier die Preise für einen internationalen Architektenwettbewerb in Höhe mehrerer Millionen bewegen müssten, im Vergleich zu diesen S 750.000,--, sondern auch das Auswahlverfahren dann, nämlich die Jury, und die Auswahl aus den eingereichten Projekten ist eine zeitaufwendige und kostenaufwendige Geschichte. Es geht uns um Zeit, meine Damen und Herren, und deswegen dringlich, weil wir in Konkurrenz sind mit vielen anderen öö Projekten und weil wir geredet haben, das trifft auf die Musikschule, auf die Volksschule, auf das Altersheim und auf die Sporthalle zu, schauen müssen, dass wir die fertigen Pläne einreichfähig machen, bitte sehr, dass der Landeshauptmann sie überhaupt entgegennimmt und angreift, wenn sie einreichfähig sind, also baufähig sind. Also müssen wir schauen, dass wir dort in die Wertung kommen, sonst sind wir beim Budget 2004 im Land OÖ wieder einmal nicht dabei, weil die anderen bemühen sich nämlich auch ihre Projekte umzusetzen. Daher ist es dringlich. Alle zuständigen Ausschüsse wurden befasst und keiner will einen Drüberfahrer machen. Also, viel mehr möchte ich eigentlich nicht sagen. Ich glaube, wenn wir das alles rundherum betrachten, wir brauchen sie, es ist das Auswahlverfahren getroffen, wir wollen sie alle für die Jugend, für den Sport, für die Kultur haben. Also werden wir bemüht sein müssen, rasch zu diesen Entscheidungen zu kommen. Ich bitte daher um eure Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL). Danke. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Vorsitzende, darf ich fortfahren?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer sehr zukunftsorientierten, verhältnismäßig jungen, 5 Jahre alten, Einrichtung in unserer Stadt, nämlich der Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich, Kurzname VPTÖ, operativer Arm Profactor, damit wir einmal wissen, von was wir reden, das ist gar nicht so einfach, das ist ein bisschen ins Englische übersetzt. Es geht also um die 2. Ausbaustufe von Profactor. Die erste Ausbaustufe, die wir jetzt in 5 Jahren dargestellt haben, hat sich überraschend gut entwickelt. Wir wissen, es ist ein international besetztes Forschungsinstitut, das sich mit Grundlagenforschung zum einen aber auch mit auftragsbezogenen Entwicklungsaufträgen für die Betriebe der Region beschäftigt. Es sind in fünf Jahren hierfür 178 Millionen Schilling in etwa geflossen, jedenfalls sind das die Planzahlen. Nehmt mich nicht ganz genau bei dem, was dann wirklich passiert ist. Jedenfalls ist diese Einrichtung mittlerweile so akzeptiert, auf Landes-, auf Bundesebene, bis hin zur europäischen Union, dass eine Bewerbungsbemühung dieser Veranstalter, also Professor Zeichen und seine Mitarbeiter, ungeheuer rasch und auch zu unserer Freude überraschend schnell hier Zustimmung gefunden hat. Ein 450-Millionen-Schilling-Budget für die nächsten 5 Jahre darzustellen, die Forschungskapazitäten, was das Personal anbelangt, zu verdoppeln und die Förderungen von Bund, Land und der EU werden fließen. Wobei allerdings für uns auch ein Beitrag übrig bleibt, der sich aber wirklich akzeptabel ausnimmt. Ich will nicht sagen, dass rund 9 Millionen nichts sind, aber in fünf Jahren und im Vergleich zu dem Gesamtbudget, ein vergleichsweise kleiner Beitrag, auch im Verhältnis zu unserem Finanzierungsbeitrag in der ersten Etappe, ist. Ich glaube, dass das also besonders erfreulich ist, weil gerade diese Entwicklungen an die Stadt über andere Städte vielleicht hinausheben. Ich verrate kein Geheimnis, wenn z. B. jetzt der Bürgermeister und der Vizebürgermeister und Fachleute aus Villach kommen, eine Stadt, die gleich groß ist und auch sehr stark im Aufwind ist, im österreichischen Vergleich, um unsere Produktionstechnologie zu studieren, dann ist das schon ein Kompliment für uns. Das könnte man ja fortsetzen, das passt zwar nicht dazu, aber es kommen ja auch die Salzburger Stadtbildpfleger demnächst zu uns, um von uns zu lernen, wie wir mit unserem Stadtbild umgehen und wie wir Sanierung betreiben. Also, das sind schon einmal ein paar erfreuliche Dinge auch, weil wenn man uns nur so zuhört, der unbefangene Bürger könnte ja glaube, bei uns ist alles nichts. So ist es ja auch nicht.

Ich trage jetzt den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vor.

3) Ha-12/93

Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ) - Profactor; Finanzierung der 2. Ausbaustufe (Profactor II - 09/2000 bis 12/2005).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 17. Juli 2000 wird der Übernahme eines Finanzierungsanteiles in der Höhe von

insgesamt S 8,950.000,--

(in Worten: Schilling achtmillionenneunhundertfünfzigtausend)

für das Projekt PROFACTOR II für den Finanzierungszeitraum September 2000 bis Dezember 2005 zugestimmt.

Der Auszahlung dieser Förderungsmittel in den Jahre 2001 bis einschließlich 2005 wird entsprechend dem im zitierten Amtsbericht näher dargestellten Finanzierungsplan grundsätzlich zugestimmt. Die Auszahlung der Förderungsbeträge der Stadt hat jeweils in zwei gleichen Halbjahresraten im Jänner und Juli eines jeden Finanzjahres zu erfolgen. Die Auszahlung des für das Jahr 2000 vorgesehenen Betrages von S 600.000,-- hat zugleich mit der ersten Halbjahresrate für das Jahr 2001 ebenfalls im Jänner des Jahres 2001 zu erfolgen.

Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke, der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Neubestellung eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes für die Bezirksgrundverkehrskommission Steyr für die Amtsperiode vom 1.12.2000 bis 30.11.2006.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) Agrar-62/00

Bezirksgrundverkehrskommission Steyr; Neubestellung eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes für die Amtsperiode vom 1.12.2000 bis 30.11.2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 7. August 2000 wird Herr OMR Dr. Gerald Schmoll als Mitglied und Herr OMR Mag. Augustin Zineder als Ersatzmitglied der Bezirksgrundverkehrskommission aufgrund der Bestimmung des § 26 Abs. 1 (5) OÖ.GVG 1994 für die Funktionsperiode vom 1.12.2000 bis 31.11.2006 bestellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Verein Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention als Weiterleitung einer Landesförderung für Tribünenüberdachung.

In diesem Zusammenhang ergeht folgender Antrag.

5) Fin-4/98

SK Vorwärts Steyr (Masseverwalter); Gewährung einer Subvention als Weiterleitung einer Landesförderung für Tribünenüberdachung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 11. September 2000 wird dem SK Vorwärts Steyr (Masseverwalter) eine Subvention als Weiterleitung einer vom Land OÖ bewilligten zweckgebundenen Bedarfszuweisung für die Tribünenüberdachung gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

ATS 300.000,--

(iW Schilling dreihunderttausend)

bei der VSt. 5/262400/777000 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen vom Land OÖ zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier wurde im Stadtsenat mit Dringlichkeit beschlossen. Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Herr Bürgermeister, es passt ganz genau, sie haben gesagt es läuft bei uns alles so super und alle sind stolz darauf, aber die Flops, die veritablen Flops, mehren sich. Vorwärts ist ein Beispiel dafür, wie ein Supergau in diesem Bereich auch stattfinden kann. Supergau deswegen, weil wir alles verloren haben, was in diesem Bereich zu verlieren ist. Wir haben viel Geld verloren, wir haben keinen Spielplatz, wir haben keine Spieler. So schaut es aus. Wenn wir jetzt eine zweckgewidmete, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, Subvention des Landes, ausdrückliche Zweckwidmung, dann weitergeben an ein Zwangsausgleichsverfahren mit SK Vorwärts, da muss sich der Steuerzahler aber wirklich etwas dabei denken. Der Steuerzahler hat sich auch schon was denken müssen, dass er 6 Millionen in die Finanzierung des Zwangsausgleiches bezahlen durfte. Mit dem Ziel, dass natürlich dann im Gegenzug einige Klagen nicht stattfinden, die stattfinden hätten müssen, damit man die Verantwortlichkeiten klärt und aber auch, dass man auf dem Platz, der ja der Stadt Steyr gehört, auch wiederum das Baurecht zurückbekommt. Wir haben ein Baurecht im Gegenzug verloren, das immerhin einen Wert von ca. 16 Millionen Schilling, das muss man oft genug sagen, präsentiert. Ich habe bis heute, obwohl es damals bei der Sondersitzung angekündigt worden ist, ich denke es war am 12. April, dass der nunmehrige Baurechtsinhaber die Bedingungen alsbald bekannt geben wird, unter welchen Bedingungen Vorwärts Neu dort spielen kann. Nur, das erste ist, eine Kampfmannschaft in irgendeiner Liga haben wir nicht, wir haben lediglich Jugendgruppierungen, die sehr gut spielen, aber bis heute ist mir nicht bekannt, zu welchen Bedingungen dieser Platz zur Verfügung gestellt werden soll. Also, ich denke schon, hier sind sehr,

sehr viel, ich muss mich vorsichtig ausdrücken, weil mir liegt etwas anderes auf der Zunge, aber hier haben die Verantwortlichen der Stadt und sie, Herr Bürgermeister, wirklich sehr viel Missgeschick bewiesen. Vorwärts Steyr ist tatsächlich der veritable Beweis, dass eben eine zu große Einmischung der Politik, in solchen Dingen, vor allen Dingen wenn man es parteipolitisch sieht, schlecht ausgeht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da warst ja du genau so mit eingebunden.

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich kann mich erinnern, es ist noch gar nicht so lange her, da bin ich alleine heraußen gestanden und habe als Einzige dagegen gestimmt, dass es zu dieser Garantieerklärung kommt, im Gegensatz zur FPÖ-Fraktion, die das auch mitgetragen hat. Ich bin damals von ihnen allen herinnen verbal ziemlich geprügelt worden, als Sportfeind hingestellt worden, als jemand, der ja eigentlich nicht weiß, dass eine Garantieerklärung ja nur heißt, es ist eine Bürgschaft und die wird nie schlagend, es ist ja nur eine Pro-forma-Geschichte usw. Ich muss ihnen ehrlich sagen, ich genieße es nicht, Recht behalten zu haben. Es tut mir irrsinnig Leid, dass alle diese Dinge passiert sind und in dem Punkt muss ich ihnen leider Recht geben, Herr Dr. Pfeil, im Endeffekt sind wir dort, wo wir geglaubt haben, dass wir nie hinkommen, nämlich ursprünglich haben wir nur befürchtet, der Verein steigt ab, inzwischen sind wir dort, dass es den Verein, bis auf die Jugendmannschaft, eigentlich de facto derzeit nicht gibt. Zig Millionen sind hineingeflossen und werden auch noch hineinfließen um dieses Debakel überhaupt zu verhindern. Aber Herr Dr. Pfeil, auch ihre Fraktion hat das hier herinnen mitgetragen und darum denke ich mir, sollte man das auch der Vollständigkeit halber dazu sagen.

Viel mehr gibt es eigentlich dazu eh nicht zu sagen. Im konkreten Fall, nachdem ich bei Vorwärts nie dafür war diese Dinge laufen zu lassen, weder bei der Garantieerklärung noch hier habe ich sehr viel Verständnis für die Gewährung dieser Subvention, auch wenn es nur eine Weiterleitung ist, werde ich mich also auch hier der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Ich kann mich, ungefähr 2, 2 ½ Jahre, oder ist es schon 3 Jahre aus, zurückerinnern, da haben sie sich, Herr Dr. Pfeil, mit einigen anderen, als Retter der Vorwärts am Vorwärtsplatz feiern lassen. Ich war auch dabei ich habe es selbst gesehen, ich bin auch auf den Platz gegangen und der Herr Baumeister Müllner war zu uns allen sehr herzlich, da haben wir alle einen Fehler gemacht. Vielleicht hätten wir die Vorwärts damals schon zugrunde gehen lassen sollen, wir haben es halt nicht wahrhaben wollen. Ich kann mich noch zurückerinnern, Willi hilf mir, ich glaube es ist 4 oder 5 Wochen aus, da haben

es einige Idealisten am Vorwärtsplatz möglich gemacht, dass der Schüler- und Jugendbetrieb wieder voll aufgenommen wurde. 4 Mannschaften spielen Meisterschaftsbetrieb, spielen ausgezeichneten Fußball. Es war wirklich ein sehr schönes Nachmittagserlebnis und ich würde allen empfehlen, dem nachzukommen. Die Verantwortlichen haben für die Eltern dieser Schüler und Jugendlichen ein wunderschönes Fest organisiert, haben Sponsoren aufgetrieben, damit ein bisschen bewirtet werden konnte. Warum wir keine Kampfmannschaft haben war, weil die neue Führung sich nicht sofort wieder kopfüber in Schulden, in Unmögliches versenken wollte, dass sie von vornherein wieder unter einem Unstern steht. Wünschen wir uns, dass die Vorwärts wieder kommt, aber sie kann nur mit kleinen Schritten wieder kommen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube, dass es hier kaum einen geben wird, dem diese Entwicklung, die im Bereich der Vorwärts stattgefunden hat, nicht Leid tut. Ich glaube, da gibt es niemanden, der sagt, das ist mir egal. Das hat auch die Haltung in der Vergangenheit bewiesen, dass hier wirklich die größten Anstrengungen gemacht wurden. Wie es so schön heißt, der Abend ist immer klüger als der Morgen. Wenn wir früher gewusst hätten, dass all die Kraftanstrengungen, die wir gemacht haben, nicht helfen, na net, dann hätten wir es nicht gemacht, ganz logisch. Ich glaube aber, wir können uns hier, als Vertreter der Stadt, keine Vorwürfe machen, dass wir nicht alles unternommen haben, um ein Überleben für die Vorwärts in diesen Regionen, wo wir uns jetzt vorgestellt haben, getan hätten. Aber es ist schon eine Zumutung Herr Dr. Pfeil, das muss ich schon sagen und das muss ich wirklich auf das Schärfste zurückweisen, sich herzustellen und hier den Bürgermeister ein äußerstes Missgeschick nachzusagen, in der Frage Vorwärts. Ich meine, das ist wirklich ohne jede Geschmacklosigkeit, weil die Bemühungen, die hier vorgenommen wurden und für jene, die nicht immer hier sind, gerade die Beschlüsse in der Vorwärts überwiegend, bis auf eine Stimme der Frau Frech, mehrheitlich gefasst wurden und sich dann, weil es sich dann halt anders entwickelt hat als wir uns das vorgestellt haben, hinstellen und sagen, ja, das habe ich eh so kommen sehen und das ist alles vergeudetes Geld. Das ist so, wie man heute so schön tut, dass man in Wien eine soziale Schieflage beschließt und von Kärnten kommt dann der Schrei, hier ist eine soziale Schieflage. Ich meine, das ist Populismus, der wirklich abzulehnen ist. Ich glaube, gerade in der Vorwärts sind wir sehr sorgfältig mit den Steuergeldern umgegangen. Wir haben nicht eine Feuerpolitik betrieben, sondern es war zu jedem Zeitpunkt, wo wir die Beschlüsse gefasst haben, keine andere Entscheidung möglich. Das wissen sie ganz genau. Wie es der Kollege Gabath richtigerweise gesagt hat, sie waren auch jener, und wir waren ja gemeinsam bei den Gesprächen und bei den Verhandlungen mit Vorwärts dabei, der hier auch positiv dazu beigetragen hat und gesagt hat, das müssen wir tun und das müssen wir tun. Ich glaube, dass wir heute sagen müssen, wir alle haben die Verantwortung zu tragen, wir haben es nach bestem Wissen und Gewissen zum jeweiligen Zeitpunkt gemacht und hier kann wirklich nicht von Missgeschick die Rede sein, sondern es waren die größtmöglichen Anstrengungen. Leider Gottes, noch einmal zum Schluss, hat es halt nicht geholfen. Ich glaube der Ausstieg aus diesem Dilemma ist noch einmal durch das Verhandlungsgeschick unseres Bürgermeisters so zustande gekommen, dass der finanzielle Schaden für die Stadt, indem wir in den Ausgleich gehen, sich in Grenzen hält. Es macht uns trotzdem keine Freude, sondern uns würde es lieber sein, dass die Anstrengungen erfolgreich gewesen wären und die Vorwärts heute in der Nationalliga oder in der Bundesliga spielen würde. Leider Gottes ist aber

diese Rechnung nicht aufgegangen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist vieles richtig was gesagt wurde, aber natürlich, jeder hat hier eine etwas verzerrte Sicht auf die Dinge, die sich so darstellen. Es ist richtig, dass die Stadt in zwei großen Obligationen, bezüglich Vorwärts, verpflichtet war, die ich auch mitgetragen habe. Das war das 1., ich denke es war 1994, die Garantieerklärung, Besicherung Kredit für 9 Millionen Schilling. Ein Jahr später haben wir diese Garantieerklärung mit dem Baurecht besichert. Soweit ist es klar.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Umgekehrt war es. Zuerst haben wir ihnen das Baurecht gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben Recht, so war es. Dann haben wir den Kredit auch noch besichert. Es sind damals auch zwei Dinge bei Vorwärts passiert. Die Besprechung war drüben im Funktionärszimmer, wo uns vorgelogen worden ist, was die Spieler alles wert sind, 13 ½ Millionen Schilling. Es hat sich nachher herausgestellt, dass die denen gar nicht gehören. Ich bin immer dafür eingetreten, dass die Leute, die uns das gesagt haben, auch zur Verantwortung gezogen werden. Das muss man auch dazu sagen, das ist leider nicht geschehen, weil es sich größtenteils auch um politisch Verantwortliche gehandelt hat.

Verschiedene Zwischenrufe: Politisch? Wer?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie wissen ganz genau wen ich meine, wer damals im Vorstand von Vorwärts war. Zum 2. habe ich auch damals immer gesagt, und sie erinnern sich, wenn der Kredit aus irgendeinem Grund schlagend werden sollte, müssen wir gemeinsam alles daran tun, dass die Stadt das Baurecht nicht verliert. Mir war das Baurecht auf diesem sehr sensiblen Platz immer sehr wichtig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt, da pflichte ich ihnen bei.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sind wir uns einig? Danke. Die zweite Geschichte war 1998, im Juni, wo wir vom Städtetag zurückgekommen sind, wo ich dringend gebeten haben, reden wir miteinander, die Lizenz ist sonst verloren. Sie sind damals auf Urlaub gegangen. Ich habe da ein paar Wochen, das ist richtig, die Verhandlungen mitgeführt, und ich habe nach dieser Zeit, nachdem diese Garantieerklärung abgeschlossen worden ist, ihnen auch persönlich Vorschläge präsentiert, wie man Vorwärts helfen kann. Ich habe gedacht, dass es nur mit einem professionellen Management gehen kann und dass es auch nur unter der Bedingung gehen kann, dass auch hier einmal ein Schlusstrich der Vergangenheit von einem auswärtigen Kenner der Materie gemacht wird. Den haben sie abgelehnt, sie haben gesagt, das machen wir alles selbst, das macht der Herr Lemmerer im Hause. Das Desaster, im Sommer 1998, hat sich ja abgezeichnet, wo wir dann an einem Tag einmal drei Trainer haben durften. Es wurden dann die Situationen immer Schwieriger, immer undurchsichtiger, bis dahin, dass dann auch von unserem Hause Aussagen und Zusicherungen getroffen worden sind, die nicht in meinem Einflussbereich waren, die dann der Hauptgrund waren, dass zwei eben vor einer Klage standen und das war ja dann der Auslöser, so sehe ich das, dass man dann mit 6 Millionen Schilling das Weite gesucht hat. Der Steuerzahler darf dieses Jahr schon 6 Millionen Schilling zahlen, um den Zwangsausgleich zu finanzieren um nur ja keine Klage zuzulassen.

Aber noch einmal, wir haben keine Vorwärts mehr, das war immer Voraussetzung dafür. Es war sogar im ersten Amtsbericht, es muss eine Zusicherung sein, dass der Klub Vorwärts zumindest in der Regionalliga spielen soll, es wurde dann auf Landesliga ausgebessert und dann wurde dieser Passus gänzlich herausgestrichen und das haben wir, dass heute überhaupt nichts mehr ist. Ich denke, Herr Gabath, ein Neuaufbau ist sicher möglich, aber unter welchen Bedingungen. Wir müssen nächstes Jahr in irgendeiner Unterklasse, zweite Klasse Ost, wieder anfangen. Sie haben es ja noch nicht erwähnt, vielleicht wissen sie es, ich weiß es nicht, zu welchen Bedingungen wird die Raiffeisenbank Sierning diesen Platz, was sie ja angekündigt hat, vermieten? Ob überhaupt auf diesem Platz, aus finanziellen Gründen, ein Spielen möglich ist. Ich bin schon gespannt, zu wem Vorwärts-Neu um eine Subvention gehen wird, dass sie sich das Spielen am eigenen Platz leisten kann. Das sind schon die Dinge hier beim Namen zu nennen und nicht einfach sagen, ja, sie haben eh alles mitgetragen. Natürlich haben wir uns bemüht, aber irgendwann einmal muss man schon sagen, die Leute, die Verantwortung auf sich nehmen, die müssen sie auch tragen und da müssen sie auch gerade stehen und das ist hier nicht passiert. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Da gibt es aber welche, die Verantwortung tragen und sich nicht in ein Himmelfahrtskommando stürzen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler. Bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Ich möchte vielleicht zur Klarstellung noch einmal auf den ursprünglichen Antrag zurückkehren. Nachdem wir ja schon einige Ergüsse über Schuld und Sühne über uns ergehen lassen haben müssen, das nimmt ja fast schon Ausmaße wie bei der Diskussion des Kommunalzentrums an. Nachdem aber alle handelnden Personen ständig dabei gewesen sind, ist es halt immer seltsam, dass gerade bei so einem Punkt, wo es im Prinzip darum geht, dass die Vorarbeit eine Tribüne erbaut hat und dann über Land und Stadt angesucht hat, damit sie das überhaupt darf und kann und das Land hat ja gesagt und schickt jetzt einen Betrag von S 300.000,-- an die Stadt, und jetzt kommt die Frau Kollegin Frech daher und unter Umständen auch die blaue Fraktion und sagen: „Nein, nein, nein, dieses Geld dürfen wir nicht hergeben, weil wir wollten ja schon immer die Vorwärts retten, es ist uns aber nicht gelungen!“

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Bitte, ich verstehe das nicht. Noch einmal zurückzukommen auf diesen Antrag. Es geht darum, dass das Land S 300.000,-- für die Tribüne hergibt, dass über Mittel der Stadt Steyr und der Gemeinderat beschließt, diese Summe weiterzugeben. Wollen sie sich das Stück Tribünenüberdachung herunterschneiden und dem Land zurückgeben? Oder was wollen sie damit? Ich verstehe das nicht.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Wieso spricht er eigentlich uns an?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Gemeinderat ist halt eine Bühne, wo man Verschiedenes sagen kann, was man manches Mal skandalös und empörend findet.

Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zunächst, meine Damen und Herren, möchte ich dem Kollegen Apfelthaler danken. Es geht nämlich genau um den Punkt, dass wir entweder das Geld, dass das Land OÖ uns schickt, nach Prüfung, weil das dort gemacht und zugesichert wurde, diese Rate zur Finanzierung der Tribüne, an die Vorwärts weiterschicken oder an das Land OÖ zurückgeht. Um das geht es. Dass das in die Masse hineinfließt, ist bedauerlich, wird aber immerhin dazu führen, dass einige Herstellerfirmen, die ihr Geld noch von der Vorwärts nicht bekommen haben, zumindest Teilbeträge bekommen. Was an und für sich nichts Unanständiges ist, weil was man bestellt sollte man eh bezahlen. Also, um das ist es eigentlich bei dem Antrag gegangen. Dann wurde vieles behauptet, muss ich sagen. Es ist eh von Einigen schon ein bisschen klargestellt worden. Wissen sie Herr Dr. Pfeil, ich habe z. B. der

Vorwärts niemals eine Versammlung zu ihrer Errettung gemacht. Sie schon.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Versammlung mit ihnen haben sie gemacht, zu ihrer Errettung. Aber das ist auch nichts geworden.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Präzisieren sie sich!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich war nicht dabei, das ist mir ja erzählt worden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber das möchte ich auch wissen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit dem Fanklub haben sie sich getroffen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Waren sie immer dabei?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit dem Fanklub haben sie sich getroffen, haben sie die Vorwärts auch ein paar Mal gerettet. Außerdem gibt es schriftliche Dokumente, wo sie ihre Hilfe der Vorwärts angeboten haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist das unanständig?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, sie waren auch in bester Gesellschaft, sogar der Holub war dabei.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na, das ist ehrenrührig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann müssen sie mich klagen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Werfen sie mich da nicht in einen Topf!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage ihnen ganz ehrlich, der Karl Holub ist jetzt außer Konkurrenz, ich werde kein böses Wort über ihn sagen, das ist nicht meine Art.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber er war da nicht mehr dabei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber er hat auch einen Brief geschrieben, saß damals im Stadtsenat. Da ist es um den Bürgschaftsvertrag gegangen, da habt ihr eure Rednerbriefe abgeschickt, ich nicht. Aber wir haben sie uns vorlesen lassen, als die Präsidenten am Tisch saßen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich finde es wirklich bedauerlich, dass das nicht wirklich von jemanden Unabhängigen geprüft wird, und dass sie diese Verfahren alle zusammentun.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, was wollen sie denn. Da war ein Masseverwalter, Steuerfachleute, Richter, alles war da dabei und hat monatelang versucht, diese desaströse Situation aufzuarbeiten. Nicht? Muss man sagen, wir haben eigentlich diese zwei Obligationen, wie sie zu Recht sagen, einen Bürgschaftsvertrag und eine Garantieerklärung hier mit großer Mehrheit beschlossen. Die Frau Frech war wirklich die Einzige, die nicht mitgestimmt hat. Was sie heute da gemacht haben, Herr Dr. Pfeil, ist Kindesweglegung. Leider ist es nicht eingetroffen. Dann haben sie vom Baurecht gesprochen. Ich pflichte ihnen bei, das Baurecht ist sehr wichtig, das ist auch heute noch meine Position. Ich muss nur sagen, das Baurecht war als 1., bevor wir diesen Bürgschaftsvertrag über die 9 Millionen, abgeschlossen haben, weil die Vorwärtsfunktionäre zu diesem Zeitpunkt meinten, hätten sie das Baurecht, das hat uns ja nichts gekostet, dann würden sie ihre Kredite besichern können und aus den Schwierigkeiten herauskommen. Ich habe nicht daran geglaubt, dass das so ist, habe es denen auch gesagt. Nach einem Jahr sind sie wieder erschienen, damals haben sie schon die Briefe von euch beiden gehabt, von ihnen und vom Holub, und das Wasser ist ihnen wieder bei den Ohren herausgeronnen. Das war die Situation. Dann haben wir Krisensitzungen gemacht und dann haben wir mit Bauchweh, mit Wenn und Aber, gesagt, na ja bitte, die sportliche Leistung war da, die haben in der ersten Division gespielt, das ist ein Werbeträger, wir wollen sie unterstützen. In der Meinung, dass die, das war ja nur eine Bürgschaft für ein Darlehen, das sie sonst nicht bekommen hätten, und wir haben darauf vertraut, weil ein Finanzplan auf dem Tisch lag, dieses Darlehen zurückzahlen und zurückzahlen können. Dass sie es nicht zurückbezahlt haben, war falsch von den handelnden Personen dort. Von mir aus kann man das in jeder Weise beurteilen. Uns kann man unterstellen, wir waren naiv oder wir hätten zu leichtgläubig das gemacht, aber wir haben helfen wollen und haben daran geglaubt, dass diese Rechnung aufgehen könnte.

Die zweite Geschichte haben sie eh genau geschildert, genau so war es.

Die dritte Geschichte, das ist das Letzte, das ist leider noch nicht ausgestanden, da haben wir einen Part erledigt, aber die anderen, die diesen Part hätten auch zur Hälfte spielen müssen, haben den Part nicht erledigt. Ich erinnere daran, dass die Finanzierung des Zwangsausgleiches, nämlich 6 Millionen Schilling, zu zahlen, damit der Zwangsausgleich stattfindet, hat auch die Bedingung beinhaltet, und das war ja ein Vorschlag der Hauptgläubigerbank, dass es einen Trainer und eine Mannschaft gibt, dass die spielen werden, dass wir diese 9 Millionen aus dem Bürgschaftsvertrag nicht zahlen müssen und, dass sie sich diese Außenstände im Laufe einer verhältnismäßig langen Zeit aus einem Mietverhältnis von dem neuen, in einer hohen Klasse spielenden Verein, holen werden. Wir haben unseren Part gemacht; Sondersitzung, 6 Millionen, Zwangsausgleichsfinanzierung beschlossen. Sie haben ihren Part nicht gemacht, sie haben die

Mannschaft nicht auf die Welt gebracht. Das ist Stand der Dinge.

Der Baurechtsvertrag, bitte sehr, der geht erst in Wirklichkeit auf die Bank über, von der Vorwärts, wenn wir zustimmen. Das haben wir aber noch nicht getan. Wir haben auch noch keine Millionen bezahlt, von denen immer die Rede ist. Das Ding schwebt noch und es wird möglicherweise noch andere Wendungen nehmen können. Das kann sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hoffentlich!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber für eines werde ich da nicht zur Verfügung stehen, das habe ich immer gesagt. Ich lasse mir nicht, weil es momentan vielleicht gerade keiner braucht, das Vorwärtsstadion ruinieren und für den Sportbetrieb unbrauchbar machen. In 5 Jahren wird sicher jemand aufstehen und zu Recht nach dem Vorhandensein eines Stadions, in so einer Stadt wie unserer, schreien und es werden ihn viele unterstützen. Wenn wir es jetzt ruinieren, müssen wir nachher ein neues Stadion bauen. Wir stehen jetzt mit 9 Millionen Schilling in einer Haftung und ein neues Stadion kostet wie viel? Na, wie viel? Hundert Millionen? Das wird sich nicht reißen. Also, da brauchen wir nicht lange nachdenken, was wir tun. Wir werden schauen, dass der Vorwärtsplatz spielfähig bleibt. Wir werden nicht den Fehler begehen, in irgendeiner Panik irgendetwas tun, was uns nicht auch zukunftsorientiert und weitsichtig erscheint. Es werden die Herren von der Raika, auf der anderen Seite des Tisches, an unseren Tisch kommen und werden also hier auch mit uns darüber diskutieren, wie das Ding weitergehen kann. So kann es sein. Es bleibt aber auch selbst der Konkurs billiger. Jetzt schreckt er uns auch nicht mehr. Damals hat er uns geschreckt, weil damals wollten wir ja, dass die Vorwärts weiterhin in einer hohen Klasse spielt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So ist es!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, unsere Karten sind noch so viel schlechter geworden. Das Spiel ist also offen! In einem Punkt habt ihr Recht gehabt. Die Frau Frech hat gesagt, wir werden uns mit der Vorwärts noch länger beschäftigen müssen. Da habe ich eigentlich geglaubt, wir können das auf die Art zustande bringen. Aber jetzt geht es eigentlich nur darum, dass wir S 300.000,-- als quasi Briefträger vom Land zur Vorwärts und zum Masseverwalter transportieren, und da glaube ich sollten wir zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Danke,

der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Konsulent Max Bernegger. Herr Bernegger hat sich enorme Verdienste um das Chorwesen in der Stadt Steyr erworben und überregional als Präsident des Sängerbundes OÖ und Salzburg und daher soll ihm die Ehrenmedaille verliehen werden. Der Stadtsenat hat bereits beschlossen und stellt den Antrag an den Gemeinderat.

6) Präs-467/00

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Konsulent Max Bernegger.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 30. August 2000 wird Herr Konsulent Max Bernegger gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner jahrzehntelangen über die Grenzen der Stadt Steyr hinaus anerkannten Tätigkeiten auf dem Gebiet des Chorwesens.“

Ich ersuche sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der posthumen Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Franz Josef Hartlauer.

Der Antrag lautet:

7) Präs-468/00

Posthume Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Franz Josef Hartlauer.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 30. August 2000 wird Herr Franz Josef Hartlauer gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, posthum mit dem Ehrenring

der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die posthume Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner großartigen unternehmerischen Leistungen hinsichtlich des Ausbaus der Handelskette zu einem österreichischen Großkonzern sowie für seine Identifikation und sein ideelles und materielles Engagement für die Stadt Steyr.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmig Annahme. Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung.

Ich würde jetzt eine ½ Stunde Pause vorschlagen, wenn der hohe Gemeinderat zustimmt. Danke.

GR Ing. Hack Wolfgang verlässt um 16.20 Uhr die Sitzung.

PAUSE VON 16.20 UHR BIS 17.05 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir setzen die Sitzung fort und ich bitte die Kollegin Mach, ihre Anträge zu formulieren.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Werte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um eine Resolution betreffend Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz. Ich möchte da vorher ein paar Punkte erwähnen, warum diese Resolution gemacht worden ist. Es waren da im Stadtsenat verschiedene Anschauungen und es liegt mir einfach am Herzen, dass ich das erkläre. Es ist so, die Einbeziehung des Rettungs- und Krankentransportdienstes des Roten Kreuzes sowie auch des Blutspendedienstes in die Regelung der unechten Steuerbefreiung im Jahr 1996, hätte für das österreichische Rote Kreuz und seine Landesverbände eine wesentlich finanzielle Belastung dargestellt, wäre nicht gleichzeitig das österr. Rote Kreuz in den begünstigten Kreis des Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz aufgenommen worden. Allerdings läuft nach dem derzeitigen gesetzlichen Stand diese Beihilfe mit Ende dieses Kalenderjahres aus. Eine Nichtverlängerung dieser Beihilfenregelung würde alleine in OÖ das oberösterreichische Rote Kreuz mit rund 40 bis 50 Millionen Schilling jährlich zusätzlich belasten. D. h., dass dieser Betrag entsprechend den Bestimmungen des öö. Rettungsgesetzes zusätzlich zum bisher bereits zu leistenden Rettungsbeitrag wiederum gemeinsam, je zur Hälfte vom Land OÖ und den öö. Gemeinden, getragen werden müsste. Der von den Gemeinden zu leistende Rettungsbeitrag würde sich dadurch für die Zukunft gewaltig erhöhen. In seiner gesamtphysikalischen Auswirkung betrachtet würde dies bedeuten, dass der Bund durch den Wegfall der Beihilfengewährung entsprechende Mehreinnahmen zur Gänze auf Kosten der Länder und Gemeinden erzielen würde,

die diese erhöhten Aufwendungen, wie erwähnt, durch einen erhöhten Rettungsschilling zur Gänze zu tragen hätten. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies also, dass der Bund sein Budget dadurch entlastet, dass er ohne vorher entsprechende Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden aufzunehmen, diese Belastungen 1:1 in die Budgets der Länder und Gemeinden transferiert. Da diese einseitige, den Bund begünstigte und im gleichen Ausmaß die Stadt bzw. das Land belastende, Vorgangsweise von der Stadt Steyr keinesfalls unwidersprochen hingenommen werden kann, ist es daher aus Sicht der Stadt Steyr besonders notwendig, mit dieser Resolution auf die daraus entstehenden Nachteile für die Stadt ausdrücklich hinzuweisen. Dass eine derartige Resolution die derzeit in dieser Angelegenheit beim Finanzministerium laufenden Verhandlungen nicht stören, sondern eher fördern und unterstützen könnte, wurde in einem persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten des Landesverbandes OÖ, Herrn Präsident Leopold Pallwein-Prettner, auch bekräftigt. Er war ja vergangenen Samstag einen ganzen Tag in Steyr. Der Herr Präsident wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die laufenden Verhandlungen zwar nach wie vor im Gange seien, ein endgültiges Ergebnis aber bis dato noch nicht erzielt wurde. Er erachtet es daher als durchaus hilfreich, Unterstützung von betroffenen Städten und Gemeinden in Form der vorliegenden Resolution zu erhalten.

Ich möchte jetzt zu meiner Resolution kommen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) Präs-438/00

Gesundheits- und SozialbereichBeihilfengesetz (GSBG-Resolution).

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

Den laufenden Berichterstattungen ist zu entnehmen, dass die restriktive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand dem Roten Kreuz massive Finanzierungsprobleme beschert. Die mit Ende des Jahres 2000 befristete umsatzsteuerliche Sonderbehandlung im Rahmen des GSBG (Gesundheits- und Sozialhilfenbereich-Beihilfengesetz) ist in Oberösterreich mit ca. 50 Mio. Schilling ergebniswirksam, d.h. im Falle eines ersatzlosen Auslaufens dieser begünstigenden Regelung würde sich der jährliche Finanzierungsbedarf alleine in Oberösterreich um diesen Betrag erhöhen. Dies hätte eine signifikante Anhebung des Rettungsbeitrages, der letztendlich von den Gemeinden zu tragen ist, zur Folge.

Die Umstellung der Erlöse des Rettungs- und Krankentransportdienstes sowie aus den Blutspendediensten auf die sogenannte unechte Steuerbefreiung im Katalog des § 6 Umsatzsteuergesetz 1994 brachte dem Österr. Roten Kreuz und seinen Landesverbänden eine wesentliche finanzielle Belastung, welche durch Aufnahme in den begünstigten Kreis des Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfen-gesetz (GSBG) teilweise kompensiert wurde.

Nach dem derzeitigen Text des § 2 Abs. 2 GSBG läuft diese Beihilfe für die Leistungen aus dem Rettungs- und Krankentransport und das Blutspendewesen Ende d.J. 2000 aus.

Würde es diese Beihilfenregelung künftighin nicht mehr geben, hätte sich der Verlust beispielsweise für das Jahr 1998 beim Österr. Roten Kreuz von ATS 255.600.000,-- um die Beihilfe von ATS 208.900.000,-- auf ATS 464.500.000,-- erhöht. Dies würde eine derart dramatische Steigerung des Rettungsbeitrages für die Gemeinden mit sich bringen, dass das gesamte Rettungs- und Krankentransportwesen an die Grenze der Unfinanzierbarkeit gedrängt würde.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr richtet daher an Herrn Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser, an

Herrn Staatssekretär Univ.-Prof. Prim. Dr. Reinhard Wanek und Herrn Staatssekretär Dr. Alfred Finz das dringende Ersuchen, die erwähnte Bestimmung des Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetzes (GSBG), wie dies bereits einmal im Jahr 1996 geschehen ist, auch über das Jahr 2000 hinaus weiter zu verlängern.

Ich ersuche daher um Zustimmung und Annahme der vorliegenden Resolution.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben (SPÖ, ÖVP, GAL, LIF). Danke. Wer ist gegen den Antrag? FPÖ. Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr, Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2000.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

9) K-60/00

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses - Sitzung vom 19. September 2000 und aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 11. 9. 2000 - wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze** - für 15jährige Mitarbeit:

Dr. Gernot Dopplinger, Walter Garstenauer, Wolfgang Köhler, Friedrich Putz, Peter Weinmayr

Rettungsverdienstmedaille in **Silber** - für 20jährige Mitarbeit:

Franz Kölzer

Rettungsverdienstmedaille in **Gold** - für 25jährige Mitarbeit:

Günter Edlinger, Engelbert Fleck, Franz Neuhauser

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke, das ist einstimmig beschlossen. Ich danke der Frau Vizebürgermeisterin. Nächster Berichterstatter ist Herr Dr. Leopold Pfeil. Bitte sehr.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren im Gemeinderat. In meinem Antrag geht es um die Verkehrsstudie im Bereich des innerstädt. Verkehrsrings zwischen dem sehr sensiblen Bereich Eyblknoten und Schwimmschulstraße. Dieser Abschnitt im innerstädt. Verkehrsring zwischen dem Eyblknoten und Schwimmschulstraße weist insbesondere hinsichtlich der Führung von Fußgänger und Radverkehr, aber auch hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von einigen Kreuzungen große Probleme auf. Insbesondere sind an diesem Straßenstück mehrere massive Verkehrserreger geplant. Ich erinnere an den geplanten Neubau des Styria Verwaltungsgebäudes, ich erinnere an die derzeit völlig unmöglich und gefährlich gelöste Ausfahrt des Gymnasiums, ich erinnere an die Verkehrsverhältnisse, die neuen Verkehrsverhältnisse, im Bereich des entstehenden City-Points und ich erinnere auch an das geplante Kinozentrum in diesem Bereich. Wir haben also hier einen sehr, sehr massiven Planungsbedarf um alle Verkehrsbeziehungen, die jetzt schon sehr, sehr überbelastet sind, in den Griff zu bekommen. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten diesen Antrag, wie schon mehrfach beantragt gewesen, vor zwei Jahren gehabt, bevor man eben diese Gebäude errichtet bzw. in ihre Planung kommt. Ich bin aber trotzdem froh, dass er jetzt zustande kommt. Ich darf ihnen nun damit den Antrag vorbringen.

10) Präs-404/99

Verkehrsstudie im Bereich des innerstädtischen Verkehrsrings zwischen Eyblknoten und Schwimmschulstraße.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA f. Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 5. 7. 2000 wird das Zivil-Ing.-Büro Dipl.-Ing. Klaus Girking, Steyr, Schlüßlmayrstr. 61, mit der Erstellung einer Verkehrsstudie für den innerstädt. Verkehrsring zwischen Eyblknoten und Schwimmschulstraße beauftragt und zu diesem Zweck ein Betrag von S 556.000,-- bei VSt. 5/612000/00728000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 556.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Keine Gegenstimme, keine Stimmenthaltung, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich will auch kein Schlusswort halten.

Im nächsten Antrag geht es um die Änderung von Parkgebühren und Einbau von Chipkartenlesegeräten. D. h., wir haben zwei Anträge, die an sich für sich selbst ein Antrag sein sollten, in einem verpackt, aber sie sind natürlich mit einem Automaten zu sehen, also haben wir das in einem Antrag verpackt. Es ist aber schon ein sehr sensibler Bereich, wenn wir uns jetzt das erste Mal entschließen, die Parkgebühren, die seit Anbeginn, ich glaube 1993 war die Einführung, auf S 5,- für die ½ Stunde begrenzt waren, dass wir jetzt eine Erhöhung auf S 7,- beantragen. Das hat erstens einmal einen Lenkungseffekt, zweitens auch wird die Änderung im Tarifsysteem auch mit der Inflation abgegolten, zum Dritten ist es eine Angleichung an Parkgebühren, die bereits in unseren vergleichbaren Städten, Linz und Wels, vorgenommen worden ist und 5. wird damit jetzt die Eurofähigkeit vorgezogen, sichergestellt, dass wir dann mit einer 50 Cent Münze einwerfen können. Was ganz wesentlich dabei ist, dass wir auch im gemeinderätlichen Verkehrsausschuss verlangt haben, und auch umgesetzt haben, die Firmen können das bringen, dass wir auch einzelne Schillinge verwenden können, d. h., Einzelmünzen können verwendet werden, ab S 7,- aufwärts kann man einen beliebigen Betrag dann einwerfen. Ich denke, das ist ein sehr, sehr großer Fortschritt, die neue Technik kann das. Die Automaten werden dann auch auf Chipkartenleser umgestellt. Es ist lediglich eine kleine Nachrüstung dann im nächsten Jahr erforderlich, wenn die Euromünzen verfügbar sind, dann muss erst ein Euromünzenlesegerät, das soll eine Kleinigkeit sein, eingebaut werden.

Ich ersuche um Diskussion und um Zustimmung.

11) VerkR-8365/92

Änderung der Parkgebühren und Einbau von Chipkartenlesern; Firenvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 14. September 2000 wird der Vergabe für die Gebührenänderung von S 5,- auf S 7,- pro halber Stunde sowie die Umstellung auf Chipkartenleser an die Fa. Neuhauser Verkehrstechnik GmbH., 4053 Pucking, Untere Landstraße 40, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 775.500,- inkl. MWSt. sind für das Budget 2001 bei VSt. 5/640100/050000 (Sonderanlagen) angemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist ebenfalls einstimmig

beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, die Frau Mag. Frech hat nicht mitgestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung. Was machen wir denn? Stimmenthaltung? Das nehmen wir zur Kenntnis, das wird dem Protokoll angefügt. Also, der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (LIF) angenommen worden. Ich danke Herrn Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatter ist Herr Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Im ersten Antrag geht es um den Ankauf einer Alarmierungsanlage für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr. Ich bitte auch in dem Zusammenhang um die Notwendigkeiten, weil dadurch eine Gleichschaltung ermöglicht wird. Es sind andere Stützpunkte von Bezirken schon damit ausgerüstet und daher ist es auch bei uns notwendig, dieses Nachrüsten durchzuführen. Es geht bei der Alarmierungsanlage auch darum, dass es in Übereinstimmung mit dem Landesfeuerwehrkommando auch eine Klarstellung ist. Die Subvention seitens des Landesfeuerwehrkommandos für OÖ. in der Höhe von S 1,200.000,-- wird nach Ausfinanzierung im Budgetjahr 2001 an die Stadtgemeinde Steyr überwiesen. Ich bitte daher, im Zusammenhang dessen, den Antrag heute zu genehmigen.

12) FW-20/00

Ankauf einer Alarmierungsanlage für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25. 09. 2000 wird dem Ankauf einer Alarmierungsanlage für die Freiwillige Feuerwehr Steyr zum Preis von S 2,698.158,-- inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck sind für das Rechnungsjahr 2001 Mittel im Ausmaß von

S 2,698.000,-- inkl. USt. (zweimillionensechshundertachtund-neunzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/163000/050000 vorzusehen.

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird eine Wortmeldung gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher

gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke, das ist einstimmig angenommen. Nummer 13) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In Nummer 13) geht es um den Abschluss eines Baurechts- und Mietvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr über die Räumlichkeiten im ehemaligen Hotel Nagl. Wie im Amtsbericht dargestellt bzw. aufgelistet geht es hier um den Baurechtsvertrag bzw. um einen, von der Zeit her festgelegten, Vertrag einer Miete. Es geht um zwei Bereiche und zwar um die Neueinrichtung der Bücherei und auch um das darüber liegende Obergeschoss wo Wohnungen errichtet werden sollten, die in der Größenordnung zwischen 95, 103 und 105 m² liegen. In dem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, war es auch notwendig im Stadtsenat bzw. dann auch im Aufsichtsrat mit der GWG den Einklang herzustellen. Ich darf auch in diesem Zusammenhang auf die Zahlen ganz besonders hinweisen. Ich möchte vorausschicken, wir haben dieses Objekt ausgeschrieben gehabt, es ist auch im Amtsbericht dargestellt, es haben sich leider nur ein paar Interessierte beworben. Letztendlich wollte aber vom Preis her keiner das geben, zu dem was wir aber eigentlich gezwungen wären einzunehmen, um die Umbaukosten für die Bücherei hereinzubringen. Das war leider nicht möglich. In diesem Zusammenhang haben wir von der GWG aus gesehen einen Durchhänger in den Neubauten, bei den Sanierungen darf ich es nicht sagen, weil da haben wir wirklich viel zu tun, aber bei den Neubauten oder bei den Neuerrichtungen von den Wohnungen, und da ist es möglich, gerade dieses Loch zu nützen, auch für die Umbautätigkeit der Stadtbücherei, die GWG sozusagen in Vorlage zu treten, aber auch mit ihren Möglichkeiten ihrer Bauabteilung bzw. den Fachabteilungen und den Fachleuten auch hier eine Auslastung sozusagen zusätzlich einzubringen. Ich glaube, dass diese Lösung eine der besten Lösungen überhaupt ist. Wenn ich vielleicht zurückblicke, damals, wie man gemeint hätte man nimmt sehr viel Geld ein für diese Liegenschaft, dann hätte man vielleicht ein besseres Geschäft als Gemeinde machen können. Derzeit, oder zumindest seit geraumer Zeit, scheint es nicht so zu sein. Jeder wollte nur wenig Geld für diese Liegenschaft bezahlen, vor allem für das Obergeschoss. Es ist immer schwierig, wenn ein Fremder drüber ist. Auch die GWG ist nicht direkt ein Fremder, weil sie eben sozusagen gesamtheitlich der Stadtgemeinde Steyr gehört. Es ist ein Glücksfall, dass man sozusagen in der Personalunion beim Wohnbau, aber auch den darunterliegenden Umbau für die Bücherei, die GWG damit beauftragen kann. So wie ich es sehe, wir haben eine Aufsichtsratssitzung gehabt und dort ist es auch erklärt worden, ist es auch für die Geschäftsführung der GWG eine gute Lösung, und so haben sie es auch bezeichnet. Ich weiß, dass der Kollege Mayrhofer sich dann wahrscheinlich zu Wort melden wird. Wir sollten aber auch als Gemeinde darauf achten, dass wir eine Lösung auf lange Sicht erreichen, im Zusammenhang dessen, dass wir die 21 Jahre dieses Mietvertrages bzw. Pachtvertrages seitens der Gemeinde zur GWG, aber dann auch umgekehrt, die Möglichkeit im Zusammenhang der Wohnungen im Gesamtausmaß bei den Umbaukosten doch bei der GWG ganz besonders gut untergebracht haben. Die Geschäftsführung wie auch die Mitarbeiter der GWG haben mir das ebenfalls bestätigt. Daher würde ich bitten, auch in diesem Zusammenhang diesen Vertrag zu unterstützen

Ich darf zum Antrag kommen und es geht ja immerhin um viel Geld und vielleicht ein paar Passagen aus diesem Amtsbericht heraus zitieren. Ich glaube, dass das notwendig ist. Es ist auch in der Aufsichtsratssitzung, im Geschäftsführungsbericht drinnen, noch einmal detailliert aufgelistet, sodass wir einen etwaigen Gleichklang haben, was die Beträge anbelangt, vor allem auch den Zeitablauf. Konkret handelt es sich ja um einen Baurechtsvertrag, das ist ja das Wesentliche, dass wir überhaupt einmal zu einer Umbautätigkeit kommen, mit welchem die Stadt der GWG am gesamten Gebäude Kollergasse 1 ein Baurecht im Sinne der Bestimmung des Baurechtsgesetzes auf die Dauer von 50 Jahren beginnend ab 1. 11. 2000 bestellt. Der beiderseits vereinbarte Bauzins beträgt S 15.000,-- monatlich zuzüglich der jeweils gültigen Umsatzsteuer. Der Bauzins wurde so kalkuliert, dass sich eine monatliche Belastung von rund S 8,-- je Quadratmeter Nutzfläche für die

zukünftigen Mieter errechnet. D. h., es ist eine relativ günstige Angelegenheit. Ich habe schon einige Rücksprachen mit anderen Herrschaften gehabt, die sich mit dieser Materie ganz speziell auseinandersetzen. Sie sagen, das ist eine glückliche Sache, dass ihr gerade ein Loch in der GWG drinnen habt und das dadurch machen könnt. So ist es mir berichtet worden. Auch vom LH-Stv. Haider, der ja der Wohnbaureferent ist, ist mir bestätigt worden, bzw. von seinen Mitarbeitern, dass es eine Möglichkeit ist. Eine Frage meinerseits war auch, ob es zulässig ist, dass eine GWG auch solche Bautätigkeiten macht. Wenn sie kostendeckend diese Dinge durchführen, gibt es überhaupt keinen Einwand, noch dazu, dass sie gerade derzeit viele gemeinnützige Wohnbauträger auch für andere Tätigkeiten, wie Behörden und Ämter errichten, sich auch damit beschäftigen. D. h., in dieser Frage war es für mich klar. Die letzte Aufsichtsratssitzung, im Zusammenhang dieses Vertrages, möchte ich doch festhalten, waren wir einstimmig, Entschuldigung, StR Eichhübl hat sich der Stimme enthalten, das muss ich fairerweise sagen, waren wir mehrheitlich dafür, dass diese Lösung so getroffen werden sollte, auch im Sinne der GWG. Für die Gemeinde wird es auch gut sein, weil wir kein Geld in die Hand nehmen müssen, das ist, glaube ich, ein wichtiges Segment und zum anderen, dass es sozusagen vom Wert her erhalten bleibt und nicht zu einem billigen Preis verkauft werden muss. In dem Zusammenhang ist diese Lösung, glaube ich, eine gute Lösung und ich bitte auch um Diskussion und Zustimmung.

13) ÖAG-3/00

Abschluss eines Baurechts- und Mietvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH. über die Räumlichkeiten im ehem. Hotel Nagl.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 20. September 2000 wird dem Abschluss eines Baurechtsvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH., Steyr, Färbergasse 7, über die Liegenschaft EZ 248, KG Steyr, Grundstück .1134 Baufläche, mit dem darauf errichteten Objekt Kollergasse und eines Mietvertrages über die spätere Anmietung der von der GWG sanierten Städtischen Bücherei entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Erste Wortmeldung, Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Neugestaltung der Bücherei Steyr geht nun bald in die 10-Jahres-Feier über. Ich bin froh, dass eine Lösung gefunden worden ist, aber mit dieser Lösung kann ich derzeit nicht einverstanden sein, und ich muss sie auch etwas korrigieren, auch ich habe mich im Stadtsenat diesbezüglich der Stimme enthalten, aus Gründen, die ich auch hier noch näher erläutern werde. Ich gebe meine Meinung, die ich im Stadtsenat mitgeteilt habe, auch hier zur Kenntnis. Die Bücherei Steyr wurde im Jahre 1992, das ganze Objekt, mit einem Schätzgutachten, welches die Stadt Steyr bezahlt hat, mit einem sehr, sehr hohen, für mich nicht nachvollziehbaren Wert angegeben. Es hat sich auch damals, als man noch das gesamte Objekt verkaufen wollte, kein Käufer für diese Summe gefunden. Man wollte ja die Bücherei wo anders dafür um dieses Geld ansiedeln, aber dieses Projekt ist damals gescheitert. Dann kam die Idee auf, dieses Haus zu parifizieren. Nachdem das Objekt Nagl, d. h., das Hotel, gekündigt worden ist zu parifizieren, diese parifizierten Anteile im ersten Geschoss und ehemalige

Hotelobjekte zu verkaufen, um mit dem Erlös dann die Bücherei umzubauen. Ich habe damals schon gesagt, es ist für mich nicht nachvollziehbar, weil der Bauzustand dieses Objektes in einem derartig schlechten Zustand war. Das haben wir 1994 gesehen, als wir im Sommer Kanaldurchbrüche hatten und auch teilweise einige Wände aufgestemmt werden mussten. Da wurde festgestellt, dass auch Decken sehr brüchig, schadhaft und wahrscheinlich ausbesserungswürdig sind. Es hat sich auch hier gezeigt, dass eine Parifizierung in diesem Objekt nicht möglich ist, weil man keinen Käufer hat, weil natürlich niemand ein Objekt oben kauft, wenn er zu erwarten hat, dass man dann bald die Decke unter seinen Füßen wegriß und durch eine neue Decke ersetzt, was sich auch gezeigt hat, dass das notwendig war. Als dann gesagt worden ist, wir wollen das Budget schonen, jetzt den Ball an die GWG weiterreichen, habe ich vor einem ½ Jahr dann mit den GWG-Leuten gesprochen und die sagen: „Keinesfalls, da machen wir nicht mit.“ Es war vor einem ½ Jahr, und davon wissen sie noch nichts. Aber wenn so etwas kommt, das ist nicht unsere Aufgabe. Ein ½ Jahr später, ich bin Eigentümerversorger für die GWG, ein kleiner Vertreter zwar, aber ich bin Eigentümerversorger der GWG, und es wäre doch rechtens gewesen, wenn so eine massive Kritik auch seitens der Geschäftsführung da wäre, dass man das zumindest den Eigentümerversorgern mit einer Plausibilitätsrechnung, mit einer Kostenrechnung, die Wertigkeit des Vorhabens darstellt. Das ist bis dato nicht passiert. Es ist, soweit mir Kollege Eichhübl das erzählt hat, in der Aufsichtsratssitzung am Dienstag, in der notdürftig eingeschobenen Sitzung, dann besprochen worden. Nur ich kann von meiner Seite her die Plausibilität noch nicht nachvollziehen. D. h., ich werde mich hier, wie im Stadtsenat, der Stimme enthalten. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe in den vorangegangenen Abstimmungen ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten an den Tag gelegt. Ich habe mich im Stadtsenat der Stimme enthalten und bei der GWG-Aufsichtsratssitzung zugestimmt. Ich möchte das auch wirklich erklären. Bei dieser ao. Sitzung haben wir diese Kostenrechnung vorgelegt bekommen und auch ausreichend Erklärungen, aus denen ersichtlich war, dass es für die GWG kein Verlustgeschäft ist, dass es nicht nur neutral ist, sondern sie mit der Bauaufsicht und der Verwaltung einen geringen Ertrag daraus lukrieren. D. h., für die GWG ist dieser Vertrag kein Nachteil. Ich sehe nur nach wie vor keinen Vorteil für die Stadt. Man hat zu hohe Preisvorstellungen für die Bücherei, für den ersten Stock gehabt, die waren nicht zu erzielen. Nur jetzt zu sagen, weil ich diese Preisvorstellungen nicht erzielen kann darum ist es besser ich behalte und vermiete es 50 Jahre fix an einen Wohnbauträger zu einem Preis von S 8.000,- und zwar 1.000 Quadratmeter Wohnfläche, das sind S 8,- pro Quadratmeter, das ist ebenfalls kein guter Ertrag. Wenn wir das höchste Angebot, das wir für diesen ersten Stock erhalten hätten, genommen hätten und hätten es mit einer langfristigen Durchschnittsverzinsung angelegt, dann hätten wir bitte einen um fast zwanzig Prozent höheren Ertrag, d. h., ungefähr S 9.300,- pro Monat erzielt und hätten das Kapital trotzdem nicht angegriffen, sondern wir haben es bekommen. Das ist über die 50 Jahre immerhin ein Betrag von einer ¾ Million Schilling und damit wären wir wieder auf dem Schätzpreis, den wir uns sowieso als hohes Level gesetzt haben. D. h., ich sehe nach wie vor keinen Sinn darin, dass wir einen Baurechtsvertrag auf 50 Jahre für das obere Stockwerk machen. Der Ausbau der Bücherei ist unbestritten, weil der geht sowieso kostenneutral herunter. So ist auch der Vertrag abgefasst. D. h., das, was der Umbau kostet, wird bezahlt und zwar von der Stadt. Er wird von der GWG vorfinanziert aber mit einem monatlichen Betrag, das ist eine reine Finanzierungsvariante, wird er von der Stadt rückerstattet, auf Schilling und Groschen genau. D. h., die GWG geht kein Risiko ein,

aber die Stadt hat auch keinen Vorteil. Ich glaube nach wie vor, dass es besser gewesen wäre, das obere Stockwerk zu verkaufen, auch wenn wir nicht diese hohen Erwartungen erfüllt bekommen hätten, weil es lässt sich nachrechnen, dass es günstiger für die Stadt gewesen wäre. In der momentanen Situation, und die ist vom Kollegen Tatzreiter ausgeführt worden, dass wir in der Bücherei das wirklich kaum mehr vertreten können, was da passiert, weil das Provisorium ist alles andere als kundenfreundlich und die Umbauzeit dauert auch sehr lange, glaube ich, ist es nicht zu verantworten, den Umbau jetzt noch weiter hinauszuzögern. Ein Umbau kann nur in der momentanen Situation gleichzeitig erfolgen mit dem Obergeschoss. Darum werde ich, im Interesse für die Bücherei und damit der Bevölkerung für Steyr, zustimmen, obwohl ich wirklich nicht glücklich bin, weil ich glaube, die Stadt hätte es anders besser und billiger haben können. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Presse. Als Vorsitzender des Kulturausschusses begrüße ich diesen Antrag, weil ich einfach denke, die schier endlos scheinende Geschichte der Bücherei soll nun doch einem Ende zugeführt werden. Ich denke, wenn die GWG zustimmt, die ja anfangs Bedenken hatte und erst nach langem Rechnen und Überlegen zustimmen konnte, dann denke ich einfach, dass wir alle hier im Gemeinderat zustimmen sollten. Wenn der Herr StR Mayrhofer sagt, er sieht die Vorteile für die Stadt, so mag das vom kaufmännischen Denken eher richtig sein. Ich bin kein Kaufmann und habe mich mit diesen Summen auch nicht beschäftigt, aber ich denke, man könnte den Vorteil der Stadt auch auf der ideellen Seite sehen und einfach sagen, die Bücherei, die Neugestaltung der Bücherei, ist für die Stadt etwas Wichtiges. Ich denke auch, unsere Leserinnen und Leser, wenn die wieder zufrieden sind, wenn die wieder ihre alte Bücherei neu aufgewertet und modernisiert sehen, dass das sehr wohl ein Vorteil für die Stadt Steyr ist. Daher bitte ich einfach auch alle anderen, die noch Bedenken haben, es so zu machen wie der Herr Stadtrat, im Sinne der Bücherei einfach zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Ich habe ursprünglich nicht die Absicht gehabt, mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden, aber der Appell vom Kollegen Lengauer an den Gemeinderat in seiner Gesamtheit diesem Antrag die Zustimmung zu geben, veranlasst mich doch, ein paar Worte zu sagen. Ich weiß jetzt, und das darf ich eingangs sehr deutlich sagen, dass es ein bisschen eigenartig aussehen mag, wenn jetzt der Dritte aus den Reihen des Stadtsenates hier herausgeht und sein Abstimmungsverhalten erklärt. Es zeigt aber sehr deutlich auf, meine sehr geehrten Damen und Herren, das werden sie aus meiner Wortmeldung erkennen,

dass man, wenn man einerseits im Aufsichtsrat tätig ist, deren Interessen, also der GWG-Interessen, zu vertreten hat, andererseits sich aber im Stadtsenat und im Gemeinderat befindet, dort wiederum die Interessen vertreten sollte, man sich in eine sehr zwiespältige Situation begeben kann und auch befindet. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, als in der vergangenen Sitzung, in der letzten Sitzung des Stadtsenates, dieser Antrag zur Diskussion und auch zur Abstimmung vorgelegen ist, wurde ja unter anderem bemängelt, dass eigentlich die richtige Abfolge die gewesen wäre, dass man erst den GWG-Aufsichtsrat mit dieser Thematik befassen hätte sollen, dann den Stadtsenat und in weiterer Folge den Gemeinderat. Vor allen Dingen ist es da aber auch darum gegangen, und da hat ja auch schon der Kollege Tatzreiter und meine Vorredner darauf hingewiesen, dass die wirtschaftliche Darstellung vonseiten der GWG daher nicht erkennbar war. Tatsächlich war es dann so, dass eine Aufsichtsratssitzung, am Dienstag in dieser Woche, also vor dieser Gemeinderatssitzung, stattgefunden hat, wo ein Bericht der Geschäftsführung vorgelegt wurde, der, ohne dass ich da jetzt näher darauf eingehen möchte, sehr deutlich zum Ausdruck bringt, dass es sich bei diesem Abschluss eines Baurechts- und Mietvertrages mit der GWG vonseiten der Stadt und den Räumlichkeiten im ehem. Hotel Nagl miteinbezogen, um keinen Nachteil handelt, aber anders, das hat auch der Kollege Mayrhofer hier erklärt, schaut es aus der Sicht der Stadt aus, aus der Sicht des Gemeinderates und aus der Sicht eines Stadtsenatsmitgliedes, der jetzt zur Abstimmung aufgerufen ist. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, war auch der Grund, warum ich mich bei der GWG-Aufsichtsratssitzung der Stimme enthalten habe und ich werde das auch jetzt bei der Abstimmung machen. Danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, es ist schon angesprochen worden, der Kollege Mayrhofer und der Kollege Eichhübl dürften sehr stark dieses Dilemma in dieser Doppelfunktion erlebt haben. Ich denke mir, es wäre wahrscheinlich längst an der Zeit, diese Doppelfunktion aufzulösen. Jetzt haben wir 6 Aufsichtsratsmitglieder in der GWG und alle 6 sind zugleich Mitglieder des Stadtsenates. D. h., sie sind in einer Funktion, die kann einen nur zerreißen. Man kann nicht zugleich die Interessen der Stadt wahren und zugleich auch die Interessen der GWG. Das geht, wenn beide deckungsgleich sind. Das wird aber nicht immer der Fall sein. Ich denke mir, es wäre längst an der Zeit, diese Konstellation einmal zu überdenke, weil sie macht nicht wirklich Sinn und sie bringt, denke ich mir, auch die Mandatare in eine Situation, die für sie nicht befriedigend ist. Zumindest war das jetzt bei diesen Wortmeldungen für mich spürbar.

Ein anderer Punkt ist für mich, wo ich schon die Frage stellen muss: „Wer von ihnen hat wirklich geglaubt, dass man mit den Erlösen aus dem Verkauf des Hotel Nagls den Umbau der Bücherei finanzieren kann?“ Das war diese Geschichte, von der man am Anfang ausgegangen ist, wo ich mich erinnern kann, dass es Vorstellungen gegeben hat, Preisvorstellungen von ungefähr 20 Millionen Schilling ...

Zwischenrufe: 5 Millionen!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Im Gespräch mit der GWG habe ich sogar die 20 Millionen gehört, die man sich wünschen würde. Ob 5 Millionen oder 20 Millionen, ich denke mir, jedem hätte klar sein müssen, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist aber schon ein Unterschied!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... dass einfach bei Betrachtung dieser Bausubstanz es wahrscheinlich sehr schwer sein wird, einen Käufer zu finden. Ich glaube, das ist relativ offen auf dem Tisch gelegen. Die Schwierigkeit hat sich letztlich bewahrheitet, es hat sich niemand gefunden, oder halt nur einer, und die Preisvorstellungen waren halt nicht die, die sich mit der Stadt gedeckt haben. Ich persönlich bin in dieser Geschichte gespalten, aber nicht in dieser Spaltung, in der sich die beiden Herren befunden haben, im Stadtsenat und im Aufsichtsrat der GWG, da ich weder in dem einen noch in dem anderen Gremium bin. Ich sehe mich eher gespalten in der Geschichte, dass ich finde, die Bibliothek gehört unbedingt endlich umgebaut, gerade als kulturelles Anliegen, also von da her bin ich selbstverständlich für den Umbau der Bibliothek. Nur, mit dem vorliegenden Vertrag habe ich allerdings meine Probleme. Das ist für mich ein Dilemma. Also, diesen Baurechtsvertrag finde ich nicht unbedingt optimal für die Stadt Steyr.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren. Dem ersten Teil der Wortmeldung von der Frau Mag. Frech kann ich absolut nicht zustimmen. Die Eigentümerversprecher der GWG der Gemeinde Steyr ist der Gemeinderat der Stadt Steyr. Die Stadtsenatsmitglieder sind quasi die Regierungsglieder und haben den Eigentümer im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft zu vertreten. Das ist ein rein wirtschaftliches Faktum. Der Besitzer einer anderen Firma, einer Aktiengesellschaft oder GmbH., ist im Aufsichtsrat dieser ihm gehörenden Firma vertreten. Also ist das keine Doppelfunktion, keine Multifunktion, sondern eine Aufgabe. Auch in der freien Wirtschaft kann ein Aufsichtsratsmitglied in die Zwickmühle kommen, für die Tochterfirma oder für die Mutterfirma zu entscheiden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich möchte kurz den Vorsitz abgeben, weil ich möchte mich auch an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Richtig ist, dass die Bücherei uns viel zu lange schon beschäftigt. Richtig ist allerdings auch, dass wir jetzt das 3. Jahr, glaube ich, jeweils 5 Millionen im Budget drinnen stehen haben und dass wir trotz dieser 5 Millionen Schilling eigentlich nie dazugekommen sind, diese Umbauarbeiten durchzuführen. Richtig ist auch, dass viele Diskussionen unserer Kulturpolitiker, im Kulturausschuss und darüber hinaus und andere auch noch, sich mit dieser Materie beschäftigt haben und dass sich die Kosten für diesen Umbau also sehr in unterschiedlichen Höhen während dieser Zeiträume bewegt haben. Der Spitzenwert ist mir noch in Erinnerung, den bringt wahrscheinlich die Frau Frech bei ihren Zahlenspielen, die sie da angestellt hat, mit ins Spiel. Also, die teuerste Form des Umbaues ist einmal mit 28 Millionen beziffert worden. Da habe ich seinerzeit als Finanzreferent abgewunken und habe gesagt, das kann doch wohl nicht sein. Wir haben selbst einmal in einer Budgetklausur des Stadtsenates gemeint, dass es mit 7 Millionen Schilling vielleicht darstellbar sein müsste. Aber es kommt natürlich darauf an, was man sich alles vorstellt. Es ist in der Diskussion dazu gekommen, dass wir bedeutend mehr Platz benötigen. Es ist hier vom Verbau des Hofes usw. geredet worden, es sind auch andere Medien unterzubringen, also, die Debatte wird in so einer Situation fast ohne Grenzen zu führen sein. Fest steht, dass wir endlich zur Tat schreiten müssen. Ich habe auch massiv Druck gemacht, schon vor zwei Jahren, als wir bei der Beschau des Busbahnhofes, da hat es noch einen Plan von dem Busbahnhof gegeben, herunter gegangen sind zur Sitzung, wo wir damals beim Minichmayr den Bauausschuss geführt haben, ihr erinnert euch, habe ich festgestellt, dass Herbst war und dort noch immer keine Bautätigkeit herrscht. Dann hat die Diskussion neuerlich ergeben, da sind wir dann draufgekommen, dass auch diese Decken schadhaft sind und auch noch erneuert werden müssen usw. Also, ich habe mir eigentlich nie vorgestellt, Frau Kollegin Frech, dass man mit dem Erlös der Obergeschosse die Bücherei sanieren kann. Aber es hat immerhin ein Gutachten eines beeideten Sachverständigen gegeben, der das Gesamthaus auf einen Wert von 12 Millionen Schilling geschätzt hat. Es handelt sich beim Obergeschoss nicht um ein Obergeschoss, sondern um Obergeschosse, also zwei. Wenn man das von der Fläche her betrachtet, kann man doch zu der Auffassung kommen, dass ein Drittel, dieses geschätzten Preise von 12 Millionen Schilling, zumindest die Obergeschosse wert sein könnten, was dann 4 Millionen wären. Also, 4 Millionen, wenn das Ganze 12 Millionen wert ist, könnte also ein Ansatzpunkt sein, der so falsch nicht sein könnte. Und mit 4 Millionen und mit den 7 Millionen, die wir einmal erwartet haben, das uns der Umbau kostet, hätten wir immerhin mehr als 50 % dieses Umbaues finanzieren können. Das war ein Ansatz. Der Ansatz ist nicht zustande gekommen, weil eine Reihe von Interessenten an dem Gebäude, das zwar gerne möchten, aber halt fast geschenkt. Das ist menschlich verständlich, aber wir können das nicht tun, weil da treffen ja auch die wirtschaftlichen Überlegungen, die ununterbrochen ins Spiel gebracht werden, zu. Wir können halt die Häuser nicht einfach verschenken. Nun haben wir auch festgestellt, dass wir auch mit den 5 Millionen, die 15 Millionen, was ungefähr jetzt die ganze Bücherei kostet, mit den Decken und so fort, nicht finanzieren können. Wenn wir das in drei Etappen machen, dann bauen wir an dem Ding drei Jahre. Wenn wir fertig sind, dann wird das Obergeschoss von irgendeinem Privaten, der das übernimmt, dann auch in Angriff genommen. Zu dem kommt, dass unsere Bauabteilung gesagt hat, ihr müsst mir zuerst sagen, wo ich die Auslässe und Durchlässe in die Decke hineinmachen muss, weil sonst müssen wir im Nachhinein wieder stemmen, was die Bücherei und den Betrieb wieder beeinträchtigen würde. Es war also nicht ganz so einfach. Jetzt haben wir uns sehr bemüht und da haben sich wirklich Leute im Haus und in der GWG angestrengt, um eine Konstruktion zu entwickeln, die natürlich einige Fantasie erfordert und die den Vorteil hat, dass wir um dasselbe

Geld die Baustelle in einem erledigen können, dass wir uns der Ressourcen unserer GWG bedienen, dass die selbstverständlich nicht dazu führen können, weil das auch gesetzlich gar nicht möglich wäre, dass vielleicht irgendwelche Mieter der GWG uns die Bücherei bezahlen. Also, diese Überlegung, wenn die in irgendwelchen Köpfen vorhanden ist, möchte ich bei der Gelegenheit auch weggeräumt haben. Wir können also in einer Hitze sozusagen beide Bauvorhaben, Obergeschosse und Bücherei, erledigen. Wir haben nicht das Problem mit dem Budget der Stadt, weil die GWG das vorfinanzieren kann und bekommt das Geld auf Heller und Pfennig zurück, kann Wohnbauförderungsmittel hier ordern und kann auch in dem Innenstadtgebiet dort Qualitätswohnungen hier herstellen und auch zur Verfügung stellen. Also, ich sehe eigentlich nur Vorteile. Es hat nur lange gedauert um diese schwierige Konstruktion zustande zu bringen. Aber mir ist es schon lieber, wenn wir die Bücherei nächstes Jahr haben, oder ich hoffe, dass wir das in einem guten Jahr schaffen oder 1 ½ Jahre zumindest, als wie wenn wir noch drei Jahre damit herumdoktern und dann sagen können, wir haben nichts zustande gebracht oder viel zu spät.

Aus diesem Grund möchte ich wirklich bitten, diesen Gedankengängen zu folgen und hier diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Herr Bürgermeister, den Salto den sie jetzt geschlagen haben, der ist wirklich einmalig. Deshalb hat es ja so lange gedauert, weil sie landauf, landab immer gesagt haben, wir verkaufen die oberen Geschosse und mit diesem Erlös bezahlen wir dann oder errichten wir dann die Bücherei. Sie können sich an unsere Diskussion erinnern, deshalb ist jahrelang hier nichts passiert. Wenn sie heute sagen, der gerichtlich beeedete Sachverständige hat das damals falsch eingeschätzt, das ist schon interessant, weil damals hat es ja auch Interessenten für dieses Objekt gegeben. Nur, das war ein Zehntel von dem, was geschätzt worden ist, weil sie...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Um 1,2 hätte ich es auch gerne gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... damals schon gesagt haben, dieses Haus ist fertig und gehört grundsaniert. Ich gebe nur in einem Recht, dieses Haus kann man nur sanieren, wenn man das in einem umbaut. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Nur, die Vorgangsweisen, die Kurven die da eingelegt worden sind, das waren alle leere Kilometer. Ich erinnere mich auch noch sehr gut an das erste Schätzgutachten, das vorgelegen ist, 28 Millionen Schilling, diese sogenannte Weber-Studie, die nachher dann plötzlich nicht mehr auffindbar war. Wir sind alle, denke ich, und da habe ich bis jetzt keinen Auffassungsunterschied gesehen, der Meinung, dass schon viel zu lange bei der Renovierung, bei der notwendigen Renovierung dieses Objektes, herumgetan worden ist und insbesondere unserer Bücherei. Nur, die Probleme haben wir weiterhin verschoben, weil wenn das so passiert, wird wohl den Umbau der

Bibliothek natürlich die Stadt zahlen müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eh klar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir verschieben das Problem an unsere nächstfolgende Generation, an unsere Kinder, und die müssen das natürlich bezahlen. Natürlich wird die GWG uns das nicht schenken. D. h., es ist eine reine Budgetkosmetik, die hier betrieben wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sehe das nicht als Budgetkosmetik, weil wir haben das Budget ja gemeinsam beschlossen und die 5 Millionen sind drei Jahre drinnen. Wenn wir 15 Millionen brauchen, können wir es mit 5 nicht „daheben“. Jetzt kommen wir zu einem schnelleren Abschluss dieser Bauarbeiten, die dann eben eine zeitgemäße Bücherei mit sich bringt. Das wollen wir eigentlich, es ist nur eine etwas ungewöhnliche Vorgangsweise. Eines habe ich übrigens noch vergessen. GWG's leben davon, dass sie bauen. Der Wohnbau ist momentan nicht sehr gefragt, weil die Wohnungsnot haben wir nachhaltig beseitigt und alle GWG's, nicht nur die der Stadt, bei der Stadt ist es nur intelligent, wenn sie es auch tut, was die WAG, die Styria tut und was alle anderen tun, eben etwas zu bauen, noch dazu wenn es in unserem eigenen Bereich ist, weil sie damit Bauverwaltungskosten bedecken kann und Deckungsbeiträge verdient. Schaut euch nur einmal an, ich spreche von der Styria, weil es eine namhafte Steyrer Wohnungsgenossenschaft ist, die bauen Amtshäuser und alles mögliche rund um den Gemüsegarten. Die WAG macht dasselbe, die baut für uns einen Kindergarten, wenn wir wollen ein Amtshaus, und alles tut sie. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn unsere eigene GWG so etwas macht, fängt der ganze Gemeinderat zu beben an. Das kann ich mir ja wirklich nicht vorstellen. Also, ich finde den Vorgang an und für sich korrekt und in Ordnung. Ich möchte noch etwas sagen, um auch letzte Bedenken zu zerstreuen. Alle Jahre wird die GWG von 2 Behörden geprüft. Von der Aufsichtsbehörde der GWG's in Österreich, einer Wiener Behörde, und von der OÖ Landesregierung. Die Vertreter des Aufsichtsrates und die Kapitalvertreter, wie sie Herr Dr. Pfeil, können sich die Kritik dort anhören. Wenn z. B. das so sein würde, dass dort Kosten verschleiert werden, dann würde natürlich sogar der Staatsanwalt eingeschaltet werden und die Geschäftsführer werden sich hüten, so einen Vorgang zu machen. Daher sehe ich eine ganz korrekte, einigermaßen fantasievolle und eigentlich intelligente Vorgangsweise, um das Ziel zu erreichen. Ich bitte, nachdem du noch den Vorsitz hast, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, ich habe dir den Vorsitz schon wieder übergeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe den Vorsitz auch schon, aber wenn das Herz voll ist, geht der Mund über.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird noch ein Schlusswort gewünscht? Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich stimme den meisten Rednern zu, mit einigen wenigen Ausnahmen. Ich bedanke mich bei jene, die gesagt haben, wir stimmen dem Umbau zu und weil es in einem geht, ist es richtig und wichtig. Ich bin dankbar, Gabath Walter, dass du darauf hingewiesen hast, dass nämlich in der Personalunion oder in der zweifach Funktion, wie auch immer, die Funktionäre tätig sind, Aufsichtsratsmitglieder in anderen Bereichen, haben natürlich das gemeinsame Herz in einer Brust. In dem Zusammenhang sollte es uns ja nicht stören, wenn wir gemeinsam wo drinnen sitzen bzw. in einer Doppelfunktion sind. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir dieses Problem, nämlich Hotel Nagl, Umbau Bücherei, Vertrag mit der GWG, ja schon einmal gehabt haben, nämlich am 26. Juni bei einer Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung. Da haben wir schon darüber diskutiert. Eigentlich ist es mir da nicht aufgefallen, dass jemand dagegen gewesen wäre. Wenn es einen Sinn macht, haben wir gesagt, dann sollten wir es so machen. In dem Fall ist die beste Lösung überhaupt daraus entstanden. Wir sollten es so machen, dass die Kosten, das sage ich jetzt ganz bewusst, relativ niedrig erhalten werden, was die Umbauten betrifft, bzw. wenn es schon wer macht, dann sollte es die eigene GWG machen, die es bitter notwendig hat, nämlich einen gewissen Ausgleich bei den schlechteren Neubauquoten. In dem Zusammenhang liegt uns das ganz besonders am Herzen. Noch dazu, wo wir einen Preis für die GWG erzielen und die GWG auch für die Gemeinnützigkeit das Obergeschoss miterrichten kann. In dem Zusammenhang glaube ich, haben wir zwei Fliegen mit einem Schlag erledigt. Ich darf um Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben (SPÖ, 5 FPÖ, ÖVP, GAL). Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 4 (3 FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Reznar - 1 LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke sehr, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um eine, wie wir meinen, wichtige Resolution. Es ist auch bei einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung bzw. Konferenz ein gemeinsamer Abänderungsantrag für die Resolution herausgekommen und ich darf mich dafür recht herzlich bedanken. Ich möchte doch den Amtsbericht auch vorlesen und dann die Resolution. Wir wissen ja, dass die Steyr-Daimler-Puch, und ich habe auch in meinen Unterlagen die 26. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyram Donnerstag, 5. Oktober 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal. Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard BremmRoman, Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. MichaelChvatal

ENTSCHULDIGT:-PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der ProtokollprüferBeantwortung von allfälligen Anfrar mich, für uns, Feuer am Dach. Die erste Aussage, die er dann damit bestätigen wollte oder aufgesagt hat, dann soll die Wohnung halt der Nachbar kaufen. Wir wissen aber, wie viele da drinnen sind, die vielleicht schon das Geld hätten, sich die Wohnung zu kaufen, aber natürlich kann dann gleich das „Mutterl“ als Mieterin ausziehen und das vielleicht mit 85 Jahren, weil sie dann die Wohnung vielleicht nicht mehr bezahlen kann, weil die Miete ansteigen wird. So diese Überlegungen. In dem Zusammenhang bin ich froh, dass wir einen gemeinsamen Nenner gefunden haben.

Ich darf vielleicht noch auf den Amtsbericht zurückkommen. Ich lese ihn vor, weil er vom System und von der Sympathie her so wichtig ist. Es geht immer davon aus, dass sich irgendwer einmal auf den Weg macht und die Medien informiert. Daher hat man das aus den Medien herausgehört. Ich möchte wirklich sagen, viele, viele Betroffene, haben sich auch bei uns, bei den Sprechtagen angestellt und haben mich gefragt, was sollen wir jetzt tun, haben sie eh eine Wohnung für mich, wenn ich dann ausziehen muss? Der Amtsbericht hat da entgegengewirkt. Zum Antrag selbst darf ich sagen, dass diese gemeinsame Lösung gefunden wurde freut mich ganz besonders und ich verlese ihn:

14) Präs-552/00

Verkauf der Wohnungen der GWG der Steyr-Daimler-Puch AG; Resolution

Gemeinsamer Abänderungsantrag

der Fraktionsvorsitzenden der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen gem. § 9 (GOGR) Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse

Der Gemeinderat möge beschließen:

„RESOLUTION“

Aus Medienberichten der letzten Tage ist zu entnehmen, dass die in der Verwaltung der

Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der „Steyr-Daimler-Puch“ GmbH stehenden Wohnungen an einen Immobilienhändler veräußert werden sollen.

Wir wissen ja, das ist bekannt aus den Medien, der Name ist Strasser, aus Kufstein.

Die Mieter dieser Wohnungen befürchten, dass im Zuge einer Veräußerung an einen Immobilienhändler ihre Wohnungen zu Spekulationszwecken verkauft werden könnten.

Die Sorgen der Mieter teilt der Gemeinderat der Stadt Steyr und appelliert an die Eigentümer der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der „Steyr-Daimler-Puch“ GmbH und der Steyr-Daimler-Puch Landholdings-GesmbH diese im Sinne der bisherigen Unternehmenspolitik der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der „Steyr-Daimler-Puch“ GmbH zu erhalten.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr schließt sich der Meinung der zuständigen Stellen des Landes Oberösterreich an, dass ein Verkauf an andere Gemeinnützige Wohnungsgesellschaften Vorrang vor einem Verkauf an einen Immobilienhändler haben muss.

Eine Veräußerung bedeutet für die Mieterinnen und Mieter der in der Verwaltung der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der „Steyr-Daimler-Puch“ GmbH stehenden Wohnungen eine absehbare Verteuerung des künftigen Wohnungsaufwandes.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ersucht daher die Eigentümerversorger der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der „Steyr-Daimler-Puch“ GmbH sowie der Steyr-Daimler-Puch Landholdings-GesmbH von einem Verkauf an einen Immobilienhändler Abstand zu nehmen und im Gegenzug die Wohnungen in eine Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft einzubringen.

Ergeht an:

Herrn LH-Stv. DI Erich Haider, als Wohnbaureferent

Steyr-Daimler-Puch Landholdings-GesmbH, zH Hr. Anton Prossliner

GWG der „Steyr-Daimler-Puch“ GmbH, zH Hr. Prok. Klaus Gstöttner

MAGNA Europa, zH. Hr. Ing. Siegfried Wolf

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung. Ich bedanke mich noch einmal, weil es um viele Mieter geht, die es bitter notwendig haben, nicht nur bei der GWG, sondern auch in allen anderen Wohnungen der Steyr-Daimler-Puch, dass wir sie unterstützen. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. In der Debatte hat sich als 1. Kollege Payrleithner zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Dieser, uns vorliegende, gemeinsame Abänderungsantrag, der ja entstanden ist auf Basis des Amtsberichtes, verfasst vom Mag. Zineder, wo ja keiner so richtig gewusst hat, wer dahinter gesteckt hat,

offensichtlich hat die Mehrheitsfraktion zu diesem Thema schon ein bisschen eigene Probleme, offensichtlich drückt sie da ein bisschen das schlechte Gewissen. Kollege Tatzreiter, wenn wir uns heute darüber unterhalten müssen, in einer Resolution, diesen Menschen, wie du richtig gesagt hast, die schon seit Jahrzehnten in diesen Wohnungen leben, helfen können und die Angst nehmen können, was in Zukunft mit diesen Wohnungen geschieht, muss man schon ein Blatt in der Geschichte zurückblättern, wie es überhaupt dazu gekommen ist und wie eigentlich diese Wohnungen den Besitzer gewechselt haben. Heute dem Herrn Stronach das vorzuwerfen, ist etwas an der Realität vorbeidiskutiert. Herr Stronach wäre dumm gewesen, wenn er sich dieses Schnäppchen entgehen hätte lassen. Beim Verkauf der Steyr-Daimler-Puch und beim weiteren Verkauf der SAT an ZF, war uns allen bewusst, dass, wenn man die Wohnungen die dem Gemeinnützigkeitsgesetz unterliegen, und auch die Werkswohnungen natürlich von dem neuen Eigentümer, mit aller Wahrscheinlichkeit, wirtschaftlich verwertet werden. Das ist halt so, das sind die Regeln der freien Marktwirtschaft. Heute darüber zu lamentieren, wird uns wahrscheinlich nicht mehr viel bringen. Ich wünsche dieser Resolution wirklich alles Gute und dass sie auch Erfolg hat, aber da hätten wir früher wahrscheinlich etwas machen müssen, uns Gedanken machen sollen, wie damals die Steyr-Werke, der Restbetrieb um 3 bzw. nach dem Nachbesserungsanbot des Herrn Genossen Androsch auf 3,5 Milliarden Schilling dann um ein Aktienpaket verschleudert worden ist, weil bezahlt hat der Herr Stronach eh nicht recht viel, wenn man sich das genau ansieht. Eigentlich hätten wir da schon aufschreiben müssen. Ich vermisse auch heute in diesem Zusammenhang die Diskussion, was mit allen anderen Dingen noch geschehen soll. Mit den wertvollen Gründen im Reithofferareal, mit der Schwimmschule usw. wo es ja heuer großartige Diskussionen gegeben hat. Das gehört ja eigentlich da auch alles noch dazu. Ich habe vor kurzem gelesen, ich glaube von dir, Herr Bürgermeister, dass sich jetzt ein Verein in Zukunft um die Schwimmschule kümmern soll, und der Erhalt gesichert ist und dieser Verein die Schwimmschule in Zukunft betreiben soll. Dein Wort in Gottes Ohr, glauben werde ich das erst, wenn es schriftliche Vereinbarungen gibt. Ob der Herr Stronach jetzt auf diese Resolution sagen wird: - „Na, wenn der Steyrer Gemeinderat das wünscht, dann werden wir das sofort berücksichtigen!“ - das wage ich wirklich zu bezweifeln. Schön wäre es, aber es ist etwas spät, Herr Kollege Tatzreiter, diese Entscheidungen sind früher getroffen worden, wenn sich die Parteifreunde von euch heute im Museum treffen, da waren eh ein paar dabei von diesen Totengräbern, ...

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Da waren aber auch von euch Leute dabei.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... diese ehemaligen Traditionsunternehmen der Steyr-Daimler-Puch. Da unten sind sie eh gesessen. Freilich, der Herr Gusenbauer und seine Freunde, wie sie damals die Steyr-Werke zugrunde gerichtet haben. Das war der Anfang vom Ende. Heute feiert er den Herrn Kreisky als großes Vorbild. Er war der, der damals mitgeholfen hat die Steyr-Werke in den Ruin zu treiben ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Die haben damals die Exporte der Steyr-Werke verhindert, das wissen wir alle. Aber es ist Geschichte, es bringt nichts mehr darüber zu diskutieren und ich muss sagen, das wollte ich heute einmal ins richtige Licht rücken, wie das Ganze eigentlich entstanden ist. Heute hat man offensichtlich Probleme, man möchte noch schnell die Kurve kratzen, auf gut Deutsch gesagt, und das ist wahrscheinlich der gute Grund dieser Resolution. Ich würde mir wünschen, dass es etwas bringt, aber ich befürchte fast, dass es zu spät ist. Das wird wahrscheinlich der freie Markt regeln. Leider.

Wir haben aber natürlich vor, nicht nur diesen Antrag, nachdem er ja auch von den Fraktionsvorsitzenden unterschrieben ist, zu unterstützen, sondern ich werde mir auch erlauben, noch einen Zusatzantrag einzubringen. Und zwar, wer sich noch erinnern kann, wie man den Herrn Stronach einmal im Fernsehen so die Maske vom Gesicht gerissen hat, was er eigentlich so wirklich jetzt vor hat mit diesen Betrieben usw., die man ihm geschenkt hat, hat er ja, um sein Image als großer Gönner wieder einmal ins rechte Licht zu setzen, damals in der ZiB 2 verkündet, er wird jetzt die Wohnungen ganz billig in Steyr an die Arbeiter verkaufen. Du hast es sicher auch gehört und ich bin überzeugt, der Großteil des Gemeinderates hat das auch mit staunen vernommen, welcher großzügiger Mensch der Stronach ist. In Anbindung an diese Aussage habe ich hier einen Zusatzantrag, dass du auch, im Zusammenhang mit dieser Resolution, beauftragt wirst, Verhandlungen zu führen, dass auch diese Wohnungen zu dem von ihm versprochenen günstigen Preis an die jetzigen Mieter zum Verkauf angeboten werden. Ich glaube, dass wir da gut unterwegs sind und ich kann mir gut vorstellen, dass das auch die Leute möchten. Man kann ja da den Herrn Stronach beim Wort nehmen. Es ist ja keine Aussage von uns, vom Bürgermeister oder vom Gemeinderat, sondern von ihm selbst. Komischerweise hat man nachher dann nie mehr wieder etwas vom Herrn Stronach gehört. Das war wahrscheinlich nur im Moment, damit er da ein bisschen besser in den Medien dasteht. Ich werde dir jetzt diesen Zusatzantrag überreichen und ich bitte dich, ihn dieser Resolution hinzuzufügen. Danke.

ZUSATZANTRAG

zum vorliegenden Antrag lt. Pkt. 14) der Tagesordnung für den Gemeinderat gemäß § 9 der Geschäftsordnung.

In die vorliegende Resolution soll nachstehender Absatz aufgenommen werden:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr beauftragt den Bürgermeister, Verhandlungen mit den Eigentümern der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der ehemaligen Steyr-Daimler-Puch AG sowie der Magna-Steyr-Landholding AG aufzunehmen mit dem Ziel, den derzeitigen Mietern die Möglichkeit einzuräumen, diese Wohnungen zu erwerben, wie dies auch Herr Frank Stronach öffentlich angekündigt hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Ein Zusatzantrag ist mittlerweile eingelangt. Der Bürgermeister ist beauftragt, mit den Eigentümern Verhandlungen zu führen. Wir werden diese Verhandlungen nicht führen brauchen, weil der Geschäftsführer, der Herr Ing. Prossliner, schon erklärt hat, dass sie nicht an einzelne Mieter verkaufen, mit denen nicht verhandeln, das trifft auch auf die Schrebergärten zu, sondern sie werden das im Paket verkaufen und sie sind mit mehreren Partnern im Gespräch, was die Wohnungen anbelangt, aber es sei nicht so aktuell. Allerdings haben sie dann gleichzeitig beim Landeshauptmann-Stellvertreter angefragt, ob sie es nach Tirol an einen Makler verkaufen können und deswegen ist das eigentlich in den Medien. Ich bin da nicht in die Medien gegangen, weil ich immer den Standpunkt der Stadt so vertreten habe, in drei Gesprächen, dass gemeinnützige Wohnungsgesellschaften oder -genossenschaften diese Wohnungen übernehmen, also kaufen sollten,

wenn die sie schon verkaufen, damit die Dinge in diesen Bahnen etwa weitergehen, wie es bisher war. Sie haben gesagt, sie reden mit mehreren Partnern, das sei nicht so aktuell. Es war aber offenbar schon aktuell. Also, die haben nicht die Absicht, an Einzelne etwas zu verkaufen. Das wird man sich auch nicht antun, mit 344 Schrebergärtner zu verhandeln. Aber ich werde dann vielleicht noch eine kleine Erklärung abgeben.

Zu Wort gemeldet ist schon Herr StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Werte Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich glaube hier geht es darum, das betrifft ja über 1.000 Wohnungen, dass sich der Gemeinderat mit jenen Mietern solidarisch erklärt, dass wir hier auch zum Ausdruck bringen, dass Wohnungen nicht als Spekulationsmasse verwendet werden sollen. Wir können die Diskussion schon vor dem Kollegen Payrleithner und ein bisschen in die Geschichte zurück forschen. Ich meine, du bist bei uns schon am richtigen Platz, weil da wird dich die Vergangenheit sehr schnell einholen, weil sie meistens kurze Beine hat. Heute da so locker vom Hocker zu diskutieren, den Verkauf der Steyr-Daimler-Puch, da war der Großteil, zumindest von unserer Fraktion, vehement dagegen. Wir haben uns gegen diese Privatisierungswelle, die hier eingeläutet worden ist, immer massiv dagegen geäußert und haben versucht, uns zu wehren. Das ist in der Öffentlichkeit nicht immer goutiert worden. Erinnerung dich an die Diskussion, die stattgefunden hat. Es war gerade dein Parteivorsitzender, ich habe das als Steyr-Werke-Arbeiter, ich meine jetzt das einfache Parteimitglied, seinerzeit Parteivorsitzender, noch so im Ohr, wie er gesagt hat, da war die Partei noch nicht so groß, ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie können es eh sagen, der Jörgl!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist eh nicht deine Fraktion!

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

... der gerade derjenige Rufer für die Privatisierung war, ein großer Betreiber der Privatisierung. Gerade da in Steyr, zur Steyr-Werke-Situation, du kannst dich erinnern, wir sind Sozialschmarotzer, wenn das Werk nicht wirtschaftlich arbeiten kann, dann gehört es zugesperrt. Das war seine Position. Heute da herzugehen und groß politisch zu agieren, ich glaube, dass das nicht in Ordnung ist. Ich glaube, dass es uns darum gehen muss, dass wir uns für die Mieter in diesen Wohnungen, und nicht nur die, die in den gemeinnützigen Wohnungen sind, sondern auch die, die in den reinen Werkswohnungen sind, auf ihre Seite stellen und dass wir versuchen, gemeinsam zu einer sinnvollen Lösung zu kommen. Ich glaube, dass das auch ein Zeichen über diese Grenzen hinaus sein soll und sein muss. Wenn man sich die Debatte auf Bundesebene über die Gemeinnützigkeit anhört, dann sieht man, dass dort auch gewisse Aufweichungen im Gange und in Überlegung sind. Ich glaube,

auch in diesem Bereich gehört hier ein Schranken vorgemacht. Es kann nicht so sein, dass jetzt die Gesetze bei den Wohnungen, das Gemeinnützigkeitsgesetz udgl., privatisiert werden und alles zu Spekulationsmassen betreibt. Man sieht ja an praktischen Beispielen, wo der private Wohnungsmarkt sehr stark ist, dass dort die Mieten am teuersten sind. Es gibt viele Vergleiche in Österreich, wo der private Markt hier federführend ist, da sind die Mieten oft, gerade für den kleinen Mann, unerschwinglich.

Die beiden Bereiche, die du angeschnitten hast, die Schwimmschule und die Schrebergärten gehören auch dazu, und da hat der Bürgermeister schon Gespräche geführt. Wir haben vor Ort auch schon, in den Bereichen wo die Schrebergärten angesiedelt sind, Vorkehrungen getroffen. Es sind Gartenvereine gegründet worden, die haben sich mittlerweile konstituiert. Auch dort finden intensive Gespräche statt, damit dieser Bereich für die Zukunft, und das trifft ja in Steyr im Wesentlichen auf Münchenholz zu, in einem hohen Ausmaß aber auch im übrigen Stadtgebiet, da sind auch eine Reihe von so Kleingartenanlagen im Besitz der Magna und dort sind wir auch dabei und unterstützen die Schrebergärtner, damit sie ihre Anlagen auch in Zukunft betreiben und benützen können. Also, hier ist schon viel vorbereitet und die Gespräche und Verhandlungen finden in dem Bereich auch schon statt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlaubt mir vielleicht noch zwei, drei Sätze auf die Wortmeldung vom Kollegen Payrleithner. Also, wenn du unserem Parteivorsitzenden der sozialdemokratischen Partei zutraust, dass er mit seinen 17 Jahren, wie er es damals war, bei der Demonstration wie es gegen die Panzer war, und ich glaube, das hast du gemeint, verhindert hat und er das bewerkstelligt hat, dass die Steyr-Werke zerschlagen worden sind, verkauft worden sind, denke ich mir, ist das auch eine sehr gewagte Behauptung. Aber ich möchte eigentlich in erster Linie auf deine Aussage zurückkommen, dass wir offensichtlich ein schlechtes Gewissen haben, dass wir die Resolution da jetzt verfasst haben. Wir haben uns tatsächlich fraktionsintern natürlich intensiv mit dieser Problematik befasst, weil sie uns wirklich am Herzen liegt. Aber ich denke mir, wir haben seinerzeit, wie das bei den Kategoriemietzinsen gewesen ist, auch keine Hemmung gehabt. Wie die Kategoriemietzinse beschlossen worden sind, sind wir auch aufgestanden und haben gesagt, dass das nicht in Ordnung ist. Wir haben immer gesagt, und der Kollege Bremm hat es auch gesagt, dass wir nicht der Auffassung sind, dass das nicht in Ordnung ist, wie die Steyr-Werke an den Stronach verkauft worden sind. Wir haben damit als Sozialdemokraten überhaupt kein Problem und wir haben überhaupt kein schlechtes Gewissen. Wenn wir der Meinung sind, dass das nicht in Ordnung ist, auch wenn es von den eigenen Leuten kommt, dann stehen wir auf und artikulieren uns. Ich hätte mir das zuerst beim Antrag der Kollegin Mach gewünscht, wie es um das Rote Kreuz gegangen ist. Da habt ihr alle dagegen gestimmt, ohne einer Begründung, ohne allem. Offensichtlich darf der Karl-Heinz da nicht beleidigt werden, oder ist es das einfache Parteimitglied, das die Vorgabe gemacht hat, dass ihr nicht mitstimmen dürft. Das betrifft ja im eigentlichen Sinn uns alle da, was das Rote Kreuz betrifft. Ich bin neugierig, und der Kollege Bremm hat es ja schon angedeutet, es gehen ja die ganzen Tendenzen da hin, dass das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz aufgehoben wird. Was das dann für die ganzen Wohnungen, für die ganzen Mieten heißt, da brauchen wir, glaube ich, nicht darüber reden. Da kann ich mir nicht vorstellen, dass sich wir als Gemeinderat verschweigen und sagen, ja, ja, das ist in Ordnung, wenn die ganzen WAG-Wohnungen um Milliardenbeträge verkauft werden ect. Um das geht es nämlich

im Endeffekt, dass auf Bundesebene dann Geld hereinkommt, dass sie das angepeilte Ziel des Nulldefizits erreichen. Da haben sie dann überhaupt keine Hemmung und da sind die Bestrebungen gegangen, dass das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz aufgehoben wird. Aber was das dann heißt, das sieht man ja jetzt schon in Deutschland. Da sind durchwegs die Mieten exorbitant gestiegen. Da bin ich dann auf euch gespannt, wie euer Stimmverhalten ist, weil da wird sicherlich ein Protestschrei auch von uns kommen und wir werden da 100.000 %ig eine Resolution einbringen. Da bin ich gespannt, aber ein schlechtes Gewissen haben wir nicht. Im Gegenteil.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Dieser Eiertanz, den nun die Sozialisten aufführen, ist schon interessant, weil gerade ...

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das ist kein Eiertanz!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... das Desaster rund um das, ...

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Außerdem sind wir Sozialdemokraten!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sozialisten zu diesem Zeitpunkt, wie die Steyr-Daimler-Puch kaputt gemacht worden sind. Da haben ihre Gewerkschaften einen Gutteil Schuld auf sich geladen, gemeinsam mit dem politisch eingesetzten Pseudomanager dort. Ansonsten könnte die Steyr-Daimler-Puch heute hier ganz anders dastehen.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Wir sagen es ja!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wie dann in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von ihrem sozialistischen Bundeskanzler, Franz Vranitzky, die ganze Geschichte um 3,5 Milliarden verscherbelt worden ist. Wir haben eine Diskussion im GR gehabt, sie können sich erinnern. Wir haben gesagt, aber mit einem Schlag wird es ein großes Problem mit den Grundstücken in der Stadt Steyr und mit den vielen Wohnungen geben. Da waren viele von ihnen und von euch noch in der Euphorie des Verkaufs. Auch weil sie von dem Desaster dieser Lösung überzeugt waren, ein Teil war überzeugt und ein Teil nicht. Nur, dann zu sagen, und da habe ich von ihnen oder von ihrer Partei noch nichts gehört, es war ein politischer Fehler, damals, von der höchsten Regierungsstelle. Es ist ja unverständlich, wenn dann plötzlich ein Bundeskanzler im Beraterteam von Frank Stronach sitzt. Ja wo gibt es denn so etwas, außer in einer Bananenrepublik. So war es.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bremm, gut dass sie mich daran erinnern, dass unser derzeitiger, ich glaube sehr guter, Finanzminister, der war damals ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... - der hat das Problem von 1.700 Milliarden Schilling, die sie hinterlassen haben, auf der andere Seite, der hat gut verhandelt. Na, machen sie ihm einen Vorwurf, wenn er gut verhandelt hat für seinen Dienstgeber? Machen sie ihm da heute einen Vorwurf? Jetzt ist er in Diensten der Republik. Ich bin überzeugt, er bringt dasselbe Engagement, dasselbe Wissen und dasselbe Geschick, das er damals beim Frank Stronach gemacht hat. Damals habe ich hier, an dieser Stelle, gesagt, und er hat damals schon beim Frank Stronach gewerkt wie das verkauft worden ist, er war damals kurzzeitig für die Liegenschaft zuständig, die ja dann ausgegliedert worden ist, aber die Situation war eben zu kurz, aber es war ein fataler Fehler von der großen Politik, dass mit dem Verkauf der Steyr-Daimler-Puch auch alle Wohnungen, alle Schrebergärten, alle Liegenschaften mitgegangen sind, wie wenn das alles nichts Wert gewesen wäre. Heute so tun, jetzt müssen andere das ausbaden, das ist mehr als pharisäerhaft.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kolleginnen und Kollegen. So leicht wie ihr euch das vorstellt, nämlich die Steyrer SPÖ, die Kurve zu kratzen, ist es natürlich nicht. Damals, als das Ganze verkauft worden ist, ihr habt heute gesagt ihr wart dagegen, aber viel habe ich da nicht vernommen bzw. ich muss sagen, ich habe da gar nichts vernommen. Vielleicht habt ihr in der Fraktion das nicht gut geheißsen, das mag schon sein, das spreche ich euch nicht ab, aber in der Öffentlichkeit aufgetreten und gesagt, nein, dieser Verkauf ist nicht in Ordnung in dieser Form, darüber hat man in der Öffentlichkeit nichts vernommen. Ich will nicht in den Parteizeitungen schauen, im SPÖ-Stadtmagazin, oder wie immer das heißt, aber ich glaube nicht, dass da ein Artikel drinnen ist, wo ihr den Verkauf kritisiert habt. Da kann man ja nachsehen.

Der Punkt ist aber der; durch die Resolution ist es ohnehin schon angesprochen worden, daher möchte ich es gar nicht so viel wiederholen, man kann ohnehin nichts ändern. Selbst wenn sie damals dagegen gewesen wären, es hätte sowieso nichts geholfen. Ich glaube nicht, dass durch diese Resolution irgendetwas bewegt werden kann. Daher meine ich nicht, dass es allzu sinnvoll ist, solche Resolutionen zu machen, wenngleich ich sie unterstütze.

Einen Punkt möchte ich aber schon aufgreifen, denn der Herr Vizebürgermeister Tatzreiter hat geschildert, es besteht Gefahr für die Mieter, das Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz könnte geändert werden. Das mag vielleicht unter Umständen sein, das wird immer wieder novelliert, alle paar Jahre, nur in bestehende Verträge kann nicht eingegriffen werden. Das muss schon klar sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist schon klar.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, aber das haben sie nicht erwähnt. Das 85-jährige Mutterl, das sie angesprochen haben, da kann nicht einseitig einfach die Miete erhöht werden, was weiß ich, statt Hausnummer S 2.500,-- S 6.000,-. Das spielt es nicht. Sind wir uns da einig? Zum anderen, auch wenn das Gemeinnützigkeits-Gesetz ganz aufgehoben werden würde, haben wir immer noch das Mietrechtsgesetz, den Mieterschutz, und wie euer Mietrechtsexperte, der Stephan Keiler, weiß, braucht man zur Kündigung eines Mieters einen wichtige Grund, im Gesetz im § 30 taxativ sind sie aufgezählt bzw. demonstrativ, aber im Grunde, wie du weißt, der wichtigste Kündigungsgrund ist, wenn einer die Miete nicht bezahlt. Solange die Miete von den Mietern bezahlt werden bzw. wird, wird auch nie ein Mieter die Wohnung verlieren. Wenn natürlich dann Wohnungen in weiterer Folge frei werden, dann werden die natürlich mit den Mieten raufgehen, das ist schon klar und deswegen ist die Resolution im Prinzip auch richtig, nur sie wird leider nichts bewirken. Aber in bestehende Verträge, und deswegen ist es glaube ich nicht richtig wenn man da irgendwie Angst macht, kann mit Sicherheit nicht eingegriffen werden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Der Bürgermeister hat sich zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Philosophieren können wir sehr lange und Geschichtsforschung können wir auch betreiben und vielleicht sehen wir dann ein bisschen klarer. Es stimmt natürlich, dass hier in wichtigen Funktionen damals Sozialdemokraten in der Regierung waren. Keine Frage. Nur bitte sehr, da dürfen wir nicht gerade bei dem Zeitpunkt stehen bleiben, als Steyr-Daimler-Puch verkauft wurde. Da müssen wir auch alles ansehen was vorher war und da müssen wir auch internationale Entwicklungen und Megatrends beobachten. Man kann sich nämlich sehr schwer da herstellen und auf einmal tun, wie wenn die paar kleinen „Sozis“, die da herinnen sitzen, Schuld wären, weil die Steyr-Daimler-Puch AG verkauft wurde. Wenn eine internationale Entwicklung eingeleitet wurde zu privatisieren und wenn ihr Träger dieser Bewegung in Österreich seid, übrigens im Verein mit der ÖVP oder vielen davon, dann könnt ihr euch jetzt nicht herstellen, das unter dem Druck der Ereignisse, den ihr miterzeugt habt und was vorher Amerika, England, ganz besonders auch in Deutschland gelaufen ist, auch bei uns dann gelaufen ist, Einige heraussuchen aus dem Blumentöpfchen und sagen, die haben das gemacht. Natürlich ist das gemacht worden. Es war auch die Steyr-Daimler-Puch in einer außerordentlich prekären Situation. Jetzt natürlich den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften die Schuld zu geben, das entspricht der üblichen Ausdrucksweise zu so einem Thema. Ich muss allerdings sagen, Manager, die sie zum Reden gehabt haben, waren erst zum Schluss Sozialdemokraten. Das muss ich ehrlich sagen, mit Ausnahme vom Feichtinger, aber der war nur in der zweiten Reihe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na, na.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In der zweiten Reihe, ja. Ein Generaldirektorstellvertreter ist in der zweiten Reihe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber das ist ein sehr gewichtiges Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Generaldirektor war schon der Herr Malzacher.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja ein Teil des ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, der Herr Malzacher war der Generaldirektor, wenn ich mich nicht täusche, und ich saß ihm gegenüber. Wissen sie, sie können mir schon glauben, dass ich noch weiß, wer mir gegenüber gesessen ist und das war der Herr Malzacher. Natürlich hat der Herr Generaldirektor im Auftrag von Leuten wie den Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Herrn Dr. Schmidt-Chiari, und anderer, dort die Politik gemacht. Er ist allerdings dann abgelöst worden, weil er auch nicht sehr erfolgreich war. Letzen Endes ist ja auch leider nichts übrig geblieben, als dass dieses Werk auch den Weg gegangen ist, wie viele andere Werke auch. Und von Elefantenhochzeiten können sie fast jeden Tag in der Zeitung lesen und da brauchen wir nicht so tun, wie wenn wir eine besondere Ausnahme wären. Das hat uns nicht gefreut. Es ist auch nicht angenehm, aber wir hätten ohnehin nicht mit 3.000 LKW übrig bleiben können, wenn gleichzeitig Daimler-Benz 70.000 produziert hat. Wer das heute noch glaubt, der ist ja sowieso im wirtschaftlichen Bereich nicht besonders fortgebildet. Das möchte ich bei der Gelegenheit schon sagen. Dass diese Entwicklung Weltbad läuft ist keine Frage, dass damit Auswirkungen verbunden sind, in vielen Bereichen, an die manche nicht gedacht haben, die laut vom Privatisieren geschrien haben, ist ein anderer Fakt. Mir war klar, dass dieser Verkauf an Stronach gut oder schlecht gehen kann, für ein Restunternehmen, das damals pro Jahr um die 150 Millionen Verlust gebaut hat, nämlich die SAT. Stimmt das Herr Kollege Vizebürgermeister? Dass das nicht so weiter gehen kann, war uns, mir, klar. Es hätte gut sein können, es hätte aber auch schlecht sein können. Meine Aussagen zu dem Thema, die können sie beim ORF abberufen, weil mich haben sie gleich gefragt, was ich sage. Ich habe gesagt, ich werde mich erst dazu äußern, wenn ich mit dem Herrn Stronach gesprochen habe und von dem neuen Eigentümer höre, was er im Sinn hat da in Steyr. Mein Einschätzung war damals schon eine skeptische Einschätzung, was die Zukunft von Steyr anbelangt, weil wenn man die Magna international betrachtet, dann weiß man, dass die im PKW-Bereich tätig sind, dass sie hier ein völlig anderes Kerngeschäft betreiben und dass die Nutzfahrzeugkomponenten nicht dazu passen. Es hätte einer Strategieänderung im internationalen Magnakonzern bedurft, dass das was gewesen wäre. Es ist von Haus aus unwahrscheinlich gewesen, nach meiner Einschätzung, und es war mir klar, dass sie sich eher nach einem Kooperationspartner umsehen oder das weiterreichen. Wenn das der Fall ist, dass sie sich dann auch von dem Immobilien in Steyr verabschieden, dieser Schluss, da braucht man nicht unbedingt besonders intelligent zu sein, war naheliegend für mich. Daher habe ich mich dort nicht geäußert und habe den Herrn Stronach eingeladen, der allerdings nie hergekommen ist, obwohl ich ihm so einen freundlichen Brief geschrieben habe. Er ist auch nicht gekommen, obwohl ich meinen Freund, den Bundeskanzler a.D., Vranitzky gebeten habe, darauf Einfluss zu nehmen. Er hat sich auch bemüht, er hat mir den Generaldirektor Wolf geschickt. Das haben sie vielleicht bis jetzt nicht gewusst. Er war da und hat mir eigentlich alles bestätigt, was ich da an Einschätzungen gehabt habe. Jetzt haben wir natürlich die Nachfolgespiele, von dem was mit Steyr-Daimler-Puch passiert ist. Das war abzusehen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich möchte aber schon erinnern, dass auch hier im Gemeinderat eine Debatte stattgefunden hat, im Frühling 1998, und dass da manche so geflötet haben, als ein neuer Werndl ist ins Land gezogen. So ähnlich haben die Töne geklungen. Da könnt ihr euch eh erinnern, es waren alle dabei. Ein neuer Werndl, mein Gott wie schön, und jetzt wird es uns gut gehen. Erinnert euch selbst, ich will keine Namen nennen. Ich muss euch heute sagen, ich war da nicht dabei. Aber wir sehen, dass wir es heute mit drei schwerwiegenden Problemen zu tun haben. Das sind die Wohnungen die momentan zur Debatte stehen. Wir brauchen nicht Geschichtsforschung betreiben. Dass es, wenn ein falscher Eigentümer kommt, für manche Mieter gefährlich werden könnte, das glaube ich, ist für jeden klar. Wenn ich nur da hinüberschaue und dieses wunderschöne alte Haus sehe, da gebe ich ihnen Recht Herr Dr. Wetzl, die in der GWG befindlichen Wohnungen werden wahrscheinlich nicht gleich so betroffen sein, dass dort was passiert, weil die durch dieses Gesetz geschützt sind, über das die Regierung allerdings nachdenkt es zu ändern und den Schutz für die Mieter aufzuheben oder zu liberalisieren. Aber wir müssen ja zuerst einmal wissen, dass es 1.400 Wohnungen in Steyr gibt, d. h., 1.400 Familien sind betroffen. Nur ein Drittel davon gehört zur GWG und sind durch dieses Gesetz geschützt. Die anderen Wohnungen sind Werkswohnungen, die nicht diesen Schutz haben und wo vor allen Dingen hier, im Bezug auf die Preisbildung beim Verkauf, völlig andere Regeln gelten. Wenn sie mich fragen, ist die GWG bloß die Zuwege zum Deal mit den anderen Wohnungen. Wenn das eintritt und ein Makler in Steyr das erwirbt, dann wird

er sich anschauen, was ist das denn genau für eine Substanz, ich glaube, er wird es sich vorher schon angesehen haben, bevor er überhaupt den Deal macht und wird sagen, ich trenne jetzt die Spreu vom Weizen, da gibt es Wohnungen, Substandard, gar nicht wichtig, viel zu investieren usw. Da macht er vielleicht sogar so etwas, dass er das denen um ein billiges Geld verkauft. Das könnte durchaus sein. Dann wird es andere Wohnungen geben wie z. B. dort drüben den Hessenplatz und dahinter. Wunderschöne Wohnungen in einem schönen Baustil, mit großen Wohnungen in einer sehr guten Lage. Einem Makler könnte vielleicht die Idee kommen, dass das spannend wäre, im Erdgeschoss eine Ladenzeile zu machen, in guter Lage, im Bahnhofsviertel und oben die Wohnungen umzubauen, Eigentumswohnungen in guter Lage, teuer, mit dem Innenhof und alles sehr schön. Das könnte wirtschaftlich schon spannend sein. Das kann ich mir vorstellen. Jetzt sitzen aber da Leute drinnen, zum Teil ältere Leute, ehemalige Werksangehörige, oder auch jüngere Leute, und die bezahlen dort nicht so viel Miete und das ist halt nicht unbedingt ein Geschäft, dort diese Mieter mit der kleinen Miete drinnen zu haben. Dann wird er nach einem Schema Überlegungen anstellen, oder könnte er, das ist ja die Befürchtung und darum machen wir ja diese Resolution, dass er halt die Mieter hinausmobbt, durch verschiedene, sehr diffizile Methoden, die andere schon entwickelt haben, in anderen Ländern und auch bei uns. Das wäre natürlich unangenehm, wenn das für 1.400 Familien in Steyr passiert. Daher glaube ich, ist es wirklich nicht zu viel verlangt, dass wir auch auftreten, zumindest so weit wir das stimmungs- und meinungsmäßig beeinflussen können, und sagen, bitte verkauft doch die Wohnungen, wenn ihr sie schon verkauft, an gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften oder -gesellschaften. Wenn sich dieses Gespräch ergibt, dann müssen wir auch überlegen, welche das sein könnten. Das könnte unsere GWG sein, das könnte z. B. die WAG in Steyr sein, das könnte die Styria sein, das könnte die 1. GWG sein. Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften die hier in Steyr tätig sind, und dann wäre der Brocken nicht so groß für die einzelne Gesellschaft und wir könnten die regional zuteilen, wo halt schon ein größerer Wohnungsbesitz dieser einzelnen Wohnungsgesellschaften vorhanden ist. Das wäre schön, wenn wir das so lösen könnten. Da sind wir noch lange nicht so weit, aber zur Meinungsbildung und für das Gefühl unserer Bürgerinnen und Bürger, dass wir uns bemühen, würden wir damit ein klares Signal und Zeichen setzen. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt, weil der Kollege Payrleithner das angesprochen hat. Schrebergärten. Es gibt 400 oder genau 344 Schrebergärtner, die eine Gestattung haben, was eine sehr dürftige Rechtskonstruktion ist, und wo sie mit dem „Blauen Brief“ sozusagen verschickt werden können. Aber die hängen an diesem Fleckerl Grün, weil sie meistens in einem Wohnblock drinnen sind und dieses Grün ist ihre Freude. Sie verbringen dort auch ihre Freizeit und sind gerne dort und hängen emotionell an diesem kleinen Fleckerl. Wir haben das als Stadt auch immer unterstützt und daher, weil sie sich auch von diesen Gründen trennen wollen, geht es darum, das auch rein technisch darzustellen. D. h., 80.000 bis 90.000 Quadratmeter werden in diesem Gestattungsverhältnis sein. Das entspricht ungefähr einem Aufwand, wenn das wer kaufen soll, von vielleicht 25 oder noch mehr Millionen Schilling. Wenn die anderen Schrebergärten, die jetzt zwar durch längerfristige Verträge geschützt sind, wie Kematmüllergründe, oder Buckelige-Wiese, dazu kommen, dann rede ich von 200 oder noch mehr tausend Quadratmeter. Und das zu erwerben, sind 50 oder 60 Millionen. Die wollen nicht mit einem einzelnen Schrebergärtner darüber reden, eine 200 m² Parzelle zu verkaufen, sondern das geht in einem. Wir haben natürlich Hilfestellung angeboten. Einmal vermessen, wissen wie viel Quadratmeter, Zentralverband eingeschaltet, bemüht, auch hier eine Rechtskonstruktion zu finden, die überhaupt als Vertragspartner bei einem Deal über 50, 60 Millionen gegenüber der Magna auftreten kann. Das ist auf dem Weg, und ich hoffe, dass es uns auch gelingt, Schritt um Schritt diesen Überlegungen näher zu kommen.

Das 3. ist die Schwimmschule. Schau Hans, die Geschichte ist auch noch nicht ausgewogen. Aber sie haben gesagt, der Herr Prossliner hat gesagt, es ist nicht unsere Intention, in Steyr eine Badeanstalt zu führen und Schrebergärten zu verwalten. Aber es ist unsere Intention, habe ich ihm gesagt, dass diese Schwimmschule nicht zugesperrt wird, weil das auf den Josef Werndl zurückgeht, 1874, und weil sie das erste Werksbad Europas ist und weil die Steyrer emotional mit ihr verbunden sind. Er hat gesagt, wie das im freien Markt ganz normal ist, aber es ist doch unser Bad, und wenn wir es zusperren, dann sperren wir es zu. Dann habe ich ihm das genauer erklärt, dass das nicht so

einfach und so gut ist. Jetzt haben wir uns geeinigt, dass sie das Bad nicht zusperren, aber die Badesaison ist zu Ende, weil wir haben Oktober. Er war da und hat gesagt, so, was machen wir jetzt, wir sperren es jetzt zu. Sollen wir es für ganz zusperren oder wie geht es weiter. Dann habe ich ihm gesagt, ich kann mir vorstellen, dass wir als Stadt diese Einrichtung für nächstes Jahr mieten, dass wir in der Zwischenzeit bemüht sind eine Rechtskonstruktion, Verein oder Stiftung zu errichten, dass wir versuchen, auch Nachfolgebetriebe von Steyr-Daimler-Puch ins Boot zu bekommen, die Stadt wird sich hineinbegeben müssen, dass wir dieses Bad rekonstruieren, dass wir es erweitern, um auch hier den Freibadcharakter, den modernen zeitgeistigen Entwicklungen zu entsprechen, und dass wir ein Kulturprojekt vom europäischen Rang, dann auch mit Hilfe dieses Vereines auf die Welt stellen. Da wird auch der Herr Landeshauptmann, als Kulturreferent, bereit sein zu fördern und da wird auch die EU vielleicht nicht umhin können, uns auch zu unterstützen. So möchte ich mit Hilfe des gesamten Gemeinderates versuchen, eben diese Schwimmschule, diese traditionelle Badeanstalt, die so alt und beliebt ist, auch heute noch, in die Zukunft hinüber bringen.

Das vierte Problem ist die Betriebsansiedlung. Da wird momentan sozusagen scharf gepokert. Und zwar in der Zielgeraden zwischen Valentin und Steyr. Da ist es gelungen, auch den Herrn Landesrat, den Wirtschaftslandesrat, dazu zu gewinnen, hier Verhandlungen gemeinsam mit der DMG zu führen. Dort verhandelt der Mag. Eder mit dem Generaldirektor Dr. Wolf. Ich glaube, dass wir zumindest noch intakte Chancen haben. Jedenfalls werden wir uns damit, wenn es etwas wird, auch beschäftigen müssen, weil da geht es auch wieder um Förderungen, ohne dem geht heute gar nichts mehr, aber es könnte das Galionsprojekt auf unserem Hightechpark sein, und wir werden, glaube ich, gut beraten sein, alles zu tun, dass uns diese hochqualifizierten Mannschaften in diesen beiden Bereichen nicht abhanden kommen, weil sie weltweit erfolgreich unterwegs sind, weil sie Geld verdienen und weil in der Folge von Entwicklungsaufgaben und -arbeiten auch immer Arbeit anfällt, die wir sehr gut in unserer Region gebrauchen können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Bürgermeister. Gibt es noch eine Wortmeldung? Ich gebe dir den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Ich möchte noch einmal auf die Wohnungen zurückkommen. Es haben einige Vorredner schon angeschnitten, mir ist es am Anfang ein bisschen zu wenig definiert gewesen, in welchem Zustand generell diese Wohnungen sind. Wir haben immer nur von der Anzahl gehört. Ich glaube, dass der Zustand von diesen Werkswohnungen nicht alles Kategorie A sein wird, sondern auch Kategorie B. D. h., eben ohne Zentralheizung. Hier kann natürlich ein Besitzer einlenken und kann sagen, ich möchte ihnen eine Zentralheizung einbauen und dann erhöht sich halt die Miete von S 25,-- auf S 34,-- pro Quadratmeter. Ansonsten haben wir es auch schon gehört, kann er nicht die Miete erhöhen. Sie haben angeschnitten, dass ein Mobbing passieren kann. Ich meine, das kann man nicht voraussehen, oder einfach sagen, das wird gemacht.

Wir müssen auch die Miete generell ansehen, woraus setzt sie sich zusammen. Sie setzt sich aus der Grundmiete zusammen, also aus diesen Sätzen Kategorie A, derzeit S 34,-- und Kategorie B, S 25, Kategorie C, S 17,-- und D auch S 17, das sind ja Wohnungen ohne Wasser drinnen. Dann kommt die Summe der Betriebskosten dazu. Da sind wir, glaube ich, schon gefordert, da können wir wirklich das bestimmen. Die Grundsätze, die Kategoriemietsätze sind fix, aber die Betriebskosten, die setzen sich einmal zusammen aus Wasser, Kanal, Müll, da wissen wir sehr wohl, dass das angehoben worden ist und dass das jetzt einen großen Anteil der Miete schon ausmacht. Das ist oft schon die Hälfte bei solchen Wohnungen. Wenn ich jetzt höre, dass es hier vielleicht Mieter gibt, die nur S 1.500 oder S 2.000,-- bezahlen, dann machen eh die Betriebskosten wahrscheinlich schon S 2.000,-- in so einer 60, 70 m2 Wohnung aus. Also hier zu sagen, jetzt die Grundmiete ist das Gefährliche, das ist es nicht, es sind die Betriebskosten, die gefährlich sind. Hier müssen wir aufpassen und das können wir selbst steuern, mit unseren eigenen Institutionen. Ob das jetzt das Wasserwerk oder der Kanalbau ist. Das kostet uns nichts, das ist das Interessante. Das Wasser brauchen wir nicht einkaufen wie das Heizöl. Das Gas müssen wir aus Russland einkaufen. Das sind, glaube ich, die Unterschiede. Wir müssen uns unsere eigenen Sachen ansehen, was wir bestimmen können und was wir nicht bestimmen können. Wir können nicht in Besitzverhältnisse eingreifen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich eine Frage stellen?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ja bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nehmen wir an, sie sind ja Makler und sie wissen wovon sie reden, das haben wir ja gerade gemerkt, wenn sie hingehen und legen 1,3 bis 1,5 Milliarden Schilling auf den Tisch, das ist so ungefähr die Preiserwartung von Magna, tun sie das, damit es den Mietern dort gut geht, fahren sie nach Tirol und kaufen sie in Innsbruck eine GWG zusammen oder machen sie das, um Erträge zu erzielen? Das ist nämlich der Punkt. Das Wasserwerk Innsbruck hat das teuerste Wasser, das habe ich euch eh heute schon gesagt.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ja, der Markt richtet sich, das ist ein Grundsatz, nach Angebot und Nachfrage. Dass sie sich hier vielleicht um diese Steyrer-Werke-Wohnungen reissen ist, das setzt sich eben deswegen zusammen, weil hier die Wohnungen eben billig sind und in einem unteren Kategoriemietsatz vorhanden sind und ein zukünftiger Käufer kann das anheben.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das ist Faktum, das können wir nicht wegreden. Das können wir mit dieser Resolution aber auch nicht verhindern. Denken wir jetzt auch an die Mieter, weil hier doch auch so Beispiele gefallen sind. Es ist doch auch ein Mieter recht froh, wenn er von B auf A angehoben wird, weil er eine Zentralheizung bekommt. Ich glaube, das soll ja das Ziel sein, dass jeder in einer Kategorie A Wohnung und nicht in einer billigsten Wohnung, vielleicht sogar ohne Wasser, lebt. Das kann ja nicht das Ziel von uns sein, dass wir das so lassen. Da muss ich jetzt wirklich die Werkwohnungsbesitzer, die früheren Besitzer, ansprechen, warum haben sie das nicht schon früher angehoben. Warum haben sie nicht mehr renoviert und die Wohnungen besser ausgestattet? Dann hätten wir jetzt gar nicht diese Nachfrage, weil dann sieht ja keiner einen Profit. Noch dazu möchte ich sagen, auch eine Genossenschaft wird ja versuchen, die Wohnungen zu renovieren. Die werden genau so versuchen, eine Zentralheizung hineinzubauen, Gasthermen ect. Auch die werden das machen. D. h., unter dem Strich, ich glaube, die Mieten sind dann ungefähr im gleichen Level, also so viel Unterschied zu einer privaten Wohnung ist da nicht. Wieso schütteln sie den Kopf? Im Resthof zahlen sie S 7.000,-- oder S 8.000,--.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Aber für eine 100 m² Wohnung. Fahren sie nach Salzburg und schauen sie sich den privaten Wohnungsmarkt an. Das ist ein Vielfaches im Vergleich zu Steyr.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wir bringen die Wohnungen in Steyr nicht an. Sie können ruhig mehr verlangen, es wird keiner mieten. Er muss den Preis nehmen, den die Leute bezahlen. Es hat sonst keinen Sinn. Sie können es schon verlangen, nur dann werden sie keinen für diese Wohnung finden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na gut, jetzt bringen wir es aber ein bisschen weiter. Ich ersuche, keine allzu großen Zwiegespräche zu betreiben

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie haben mit der Fragestellung angefangen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, stimmt eh.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Es kommt unter dem Strich heraus, dass sich trotzdem die Mieten erhöhen werden, egal wie es aussieht, ob es jetzt eine Genossenschaft oder ein Privater macht, es wird zu einer Anhebung kommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da werden sich die Mieter aber freuen. Kollege Keiler bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Werter Vorsitzender, werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen. Ich möchte nicht auf die Worte meines Vorredners, Kollegen Fürweger, eingehen, sondern ein paar andere Fakten ins Spiel bringen. Es wird befürchtet, dass das Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz abgeschafft wird. Das ist aber gar nicht nötig. Es handelt sich da lediglich um zwei Sätze in diesem Gesetz, nämlich um die Ziffer 3 des ersten Absatzes des § 20, in dem drinnen steht, was passiert wenn eine GWG oder eine gemeinnützige Bauvereinigung Wohnungen an eine nicht Gemeinnützige verkauft und was dann zu gelten hat, nämlich was dann zu gelten hat, bestimmte Artikel des WGG. Nur genau diese zwei Zeilen müssten geändert werden und Folgendes würde dann nicht mehr gelten, nämlich das Kostendeckungsprinzip, das Grundprinzip des Gemeinnützigkeitsprinzips, wo nämlich drinnen steht, dass eine Gemeinnützige keinen Gewinn und auch keine Verlust machen darf und sich daraus sozusagen die Mieten errechnen. Es steht auch drinnen, wie dieser Mietzins errechnet wird und wie viel dieses Entgelt, heißt es konkret, ausmachen darf. Es ist aber auch, und darüber haben wir schon diskutiert, geregelt, wie der Mietkauf in seinen zwei Arten zu erfolgen hat, diese Eigentumsübertragung im Nachhinein. Das unterscheidet sehr wohl das WGG vom Mietrechtsgesetz und deswegen ist es kein Argument wenn man sagt, nachdem das WGG abgeschafft worden ist gilt ja eh immer noch das Mietrechtsgesetz, weil genau das, was ich jetzt aufgezählt habe, steht nicht im Mietrechtsgesetz drinnen und vor allem ist die Frage, was von unserem bestehenden Mietrecht für die neuen Wohnungen denn anwendbar wäre, weil die könnten ins Eigentum übertragen werden. Für Eigentumswohnungen, je nachdem wann sie gebaut wurden, bestehen andere Regelungen, mietrechtliche Schutzbestimmungen, als für Wohnungen in Zinshäusern oder in Einfamilienhäusern, die vermietet werden. Das ist auch schon klar, dass man nicht in bestehende Verträge eingreifen kann, aber wenn wir uns ansehen, die Mitglieder des Wohnungsausschusses werden es wissen, wie schnell die Mieter in unseren Wohnungen wechseln, dann kann man sich ausrechnen, dass ungefähr in 10 Jahren ein wirklich erheblicher Anteil die Wohnungen den Mieter gewechselt haben und dass also nach 10 Jahren nicht mehr sehr, sehr viele bestehende Verträge vorhanden sein werden und alle neu gemacht worden sein werden und die dann natürlich auch einen anderen Inhalt haben werden. Auch die Eigentumsverhältnisse in einem Haus spielen dann eine Rolle. Nicht nur ob es jetzt eine Eigentumswohnung ist, die einem Einzelnen gehört, sondern die Struktur der Eigentümer in einem Haus spielt eine sehr große Rolle, denn wie man weiß ist der Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag z. B. durch die Wohnungseigentümergeinschaft regelbar und auch so kann auf bestehende Mieten, auf bestehende Verträge eingegriffen werden. Zum Glück muss man ja sagen, gibt es im Parlament keine freiheitliche, absolute Mehrheit, sondern es ist auch zur Abänderung des WGG immer noch die Zustimmung der ÖVP erforderlich und da hoffe ich doch sehr auf die Wirtschaftsvertreter, vor allem auf die Immobilienkaufleute und Eigentümer der ÖVP im Parlament oder die, die sie vertreten, denn die ÖVP hat natürlich auch einiges zu befürchten, wenn das WGG abgeschafft wird. Erstens würde der Markt mit Eigentumswohnungen überschwemmt werden, und dadurch natürlich der Markt einigermaßen zerstört werden. Ich habe Hoffnungen, es gibt ja auch sehr viele der ÖVP nahestehende gemeinnützige Bauvereinigungen und es ist für die auch nicht absehbar, wie so eine gesetzliche Änderung ausgehen wird, und ich hoffe auch auf diese Vertreter im Parlament, dass die diesen Plan nicht gutheißen und ihm nicht zustimmen werden. Ich darf also die

Freiheitliche Partei ersuchen, auf ihre Bundesvertreter einzuwirken, das WGG nicht zu ändern, sondern es, in unsere aller Sinne, so bestehen zu lassen, wie es ist, weil die Folgen nicht absehbar sind, und weil das Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz im Gegensatz zu Deutschland bei uns ein schönes Beispiel dieser bekannten Private-Public-Partnership-Finanzierung von Infrastruktur ist und das sind uns viele Länder in der EU neidig. Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech und dann Kollege Gabath.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nach all den Exkursen zu politischer Schuld und Sühne, Gemeinnützigkeitsgesetz usw. möchte ich ganz kurz wieder zur vorliegenden Resolution zurückkommen. Ich bin ja schon sehr gespannt, ob diese Resolution tatsächlich einstimmig über die Bühne gehen wird, nachdem sie ja von den Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet worden ist, weil ich ja sehr oft und viel schon durchgehört habe, na ja, was bringt es eigentlich, oder wenn ich den Kollegen Fürweger zitieren darf, sie haben gemeint, ich kann ja einen Privaten eh nicht vorschreiben, was er mit seinem Vermögen macht. Also, wozu machen wir das Ganze? Sie werden sich vorstellen können, als Liberaler tut man sich nicht unbedingt leicht, oder täte man sich nicht leicht bei einer Resolution, wo steht, ich schreibe einen Privaten vor, was er mit seinem Vermögen zu tun hat. Im vorliegenden Fall ist es aber nicht so der Fall. Ich hätte auch sicherlich nicht mitgestimmt, oder mich bereiterklärt auch hier zu unterschreiben, bei diesem Abänderungsantrag, wenn tatsächlich irgendetwas in diese Richtung gegangen wäre. Das hier ist nichts anderes als ein Zeichen das wir setzen. Ich denke mir, ein sinnvolles Zeichen, indem wir signalisieren, dass der Steyrer Gemeinderat sich um die Mieter in der Stadt sorgt und dass es auch ein Zeichen der Geschlossenheit ist, wenn es von allen Fraktionen unterstützt wird, weil es ja dann eine gewisse Wirkung haben kann. Letztlich ist es, denke ich mir, auch ein Zeichen der Prävention, weil worunter wir wahrscheinlich am meisten leiden ist, nach den Mieter, dass wir über sehr wenig Information verfügen. Was passiert tatsächlich mit diesen Wohnungen, was soll geschehen? Kollege Fürweger, an sie gerichtet, es steht in dieser Resolution nirgendwo, dass wir dagegen sind, dass diese Wohnungen dann renoviert werden und auf einen ordentlichen Stand gebracht werden. Das wünschen wir uns selbstverständlich auch.

Wie gesagt, dieser gemeinsame Abänderungsantrag, da sind alle klassenkämpferischen Töne, denke ich mir, die vielleicht zu Beginn drinnen waren, verschwunden. Da sind auch irgendwelche Eigeninteressen der Stadt hinaus verschwunden und mit diesem Vorliegenden denke ich mir, müsste eigentlich jeder leben können. Es ist eine Resolution, es ist nichts, wo wir jemanden auffordern können, dass er es tatsächlich auch tut, es ist eine Gutwillgeschichte und zu der, denke ich mir, sollten wir uns bekennen. Dessen ungeachtet, wo ich nicht zustimmen hätte können, ist dieser Amtsbericht, aber über den stimmen wir Gott sei Dank nicht ab. Ich denke mir, so polemische Töne haben eigentlich in einem Amtsbericht nichts verloren. Dieses semantische Gustostückchen wo steht: „Eine privatwirtschaftliche Verwertung würde bedeuten, dass sich die derzeitigen Mieter mit den Usancen der freien Marktwirtschaft auseinandersetzen müssten.“ Da verteufelt man die freie Marktwirtschaft. Ja, selbst wenn man sie verteufeln will, sind sie fehl am Platze, wir haben in Österreich gar keine freie Marktwirtschaft, wir haben eine soziale Marktwirtschaft, die soziale Härten abfedert, wir haben eine Reihe von Gesetzen, und das ist auch gut so, aber das wirkt so ein bisschen in diesem Amtsbericht, wo man schon ein bisschen merkt, Privat ist ein bisschen etwas

Schlechtes und Marktwirtschaft ist auch nicht so geheuer. Wie gesagt, mit dieser Resolution kann ich leben und ich würde mir wünschen, dass sie wirklich auch einstimmig vom Gemeinderat beschlossen wird und nicht irgendwo sonstige Dinge zum Tragen kommen, wie irgendwelche Fäden, die auf bundespolitischer Ebene so laufen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren. Wir von der ÖVP sind natürlich für diese Resolution, weil ich glaube ich habe es oft genug behauptet, für mich steht der Mensch im Mittelpunkt und das sind Menschen in diesen Wohnungen. Ich glaube, ich brauche es nicht mehr beweisen, ich habe genügend Freunde da herinnen, die es wissen, dass ich immer möglichst auf den Menschen achte. Aber ich möchte die Empfänger dieser Resolution um zwei Personen erweitern. Und zwar möchte ich, dass diese Resolution an den Aufsichtsratsvorsitzenden Magna Austria, den Herrn Ehrenvorsitzenden Dr. Vranitzky, geht und die zweite Person ist der ehemalige Magnabedienstete Finanzminister Grasser. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kann ich mir gut vorstellen. Gut, gibt es eine weitere Wortmeldung? Wünscht der Herr Berichterstatter auch noch ein Schlusswort? Nein!

Frage, Herr Kollege Payrleithner: „Was machen wir mit deinem Zusatzantrag?“

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Abstimmen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ja schon erklärt, dass der Vertreter von Magna gesagt hat, dass das nicht zur Debatte steht, und dass er solche Verhandlungen nicht führt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich habe das eh klar gesagt und ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich stelle ja nur vor dem hohen Gemeinderat fest, dass mir der Kollege Payrleithner einen Ball zuspielen will, den ich nicht annehme, weil ich bereits von dem Geschäftsführer weiß, dass solche Verhandlungen vonseiten Magnas nicht geführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, der Hauptantrag ist ja ähnlich. Dann sparen wir uns die ganze Geschichte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist anders. Er hat gesagt ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, warum erheitern sie sich Herr Dr. Pfeil.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Herr Prossliner hat mir beim letzten Gespräch, ich glaube am 5. September, erklärt, dass Magna mit mehreren Partnern verhandelt. Ich weiß definitiv, dass z. B. die WAG verhandelt. Ich weiß definitiv, dass es auch Kontakte zumindest zwischen Styria und Magna gegeben hat. Also, das sind bereits Partner, die in unserem Sinne wären und infrage kämen, was wir uns wünschen würden und was wir mit dieser Resolution erwecken wollen, dass solche Partner eben den Deal machen und nicht irgendein uns unbekannter Makler aus dem fernen Land Tirol.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was hindert sie daran mit dem Gemeinderat im Rücken zu sagen: „Aber darüber möchte ich sprechen.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sprechen kann man über alles, aber es ist nicht sinnvoll. Ich meine, ich kann ihnen auch jederzeit einen Ball zuspielen und sagen: „Herr Dr. Pfeil gehen sie in den Hof hinunter, da liegt ein Stein der hat 500 Kilogramm, heben sie den auf.“

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ein schlechtes Beispiel.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber dann heißt es ja wieder, Herr Bürgermeister, da haben sie versagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist kein schlechtes Beispiel, weil warum soll ich mich an die Wand schicken lassen. Ich möchte sagen, ich würde solche Verhandlungen nicht führen. Wenn mich der Gemeinderat beauftragt, werde ich sie führen. Ich sage euch im Vorhinein, es wird ergebnislos sein.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Abstimmen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr, stimmen wir über den Zusatzantrag zur Resolution Payrleithner ab. Wer ist dafür? 9 (FPÖ). Das habe ich noch nie bekommen, einen Pass von 9 Leuten gleichzeitig. Das ist die Minderheit. Der Zusatzantrag ist abgelehnt.

Wir stimmen über den Hauptantrag, Resolution, ab. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, das war einstimmig.

Ich würde eine kurze Pause vorschlagen, so 10 Minuten, ¼ Stunde. Aber in einer ¼ Stunden machen wir schon wieder weiter.

PAUSE VON 19.10 UHR BIS 19.32 UHR

GR Helga Feller-Höller verlässt um 19.22 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte die Plätze einnehmen, wir setzen unsere Sitzung fort. Nächster Berichterstatter Herr Stadtrat Bremm bitte.

BE:STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube, meine beiden Anträge werden eher problemlos sein. Im ersten Antrag geht es um die Weiterführung der Deponieentgasung auf unserer Mülldeponie.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) Umw-19/98

Mülldeponie der Stadt Steyr; Weiterführung der Deponieentgasung; BA 02; Anhebung von Gasbrunnen; Antrag für Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 3. Juli 2000 wird der Auftragsvergabe an die Fa. Alpine Bau GesmbH Taufkirchen/Pram zur Anhebung von Gasbrunnen zum Preis von S 568.982,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VASSt. 5/8521/050000 für das Jahr 2000 vorgesehen.

Zum genannten Zweck werden die Mittel im Ausmaß von S 568.982,-- bei der VASSt 5/8521/050000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 568.982,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen der Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche sie diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Keine Wortmeldung, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Verleihung von Sportehrenzeichen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) Sport-8/00

Sportehrenzeichenverleihung 2000

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 19. September 2000 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „**Sportehrenzeichen der Stadt Steyr**“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1. und 2. der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer **25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit** ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das **50. Lebensjahr erreicht** und in den **letzten zehn Jahren** eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. GEORG BRAUN, Jg. 1940 -

ASV Bewegung Steyr

1975 bis 1980 Beirat

1980 bis 1989 1. Obmann Stv. und geschäftsf. Obmann

1990 bis dato Obmann

1994 bis dato Sektionsleiter Tennis

1991 bis dato Mitglied des ASKÖ-Bezirksausschusses

1996 bis dato ASKÖ Bezirksobmann Stv.

1994 bis dato Mitglied des Stadtsportausschusses

2. GERHARD ÖLLER, Jg. 1941 -

ASKÖ Karate Steyr

1974 bis 1986 Obmann bei HSV Karate Steyr

1986 bis dato geschäftsf. Obmann

3. ALFRED POLAK, Jg. 1919 -

Schützengesellschaft in Steyr

1970 bis dato zuständig für die Schießstätte als 1. Schützenmeister

4. DKFM.DR.HERFRIED WIESMAYR;

Jg. 1937 - Allgemeiner Turnverein Steyr

1971 bis 1981 geschäftsf. Obmann

1981 bis April Obmann

2000

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN SILBER:

Gemäß III A/2. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in silberner Ausführung** für die **dreimalige Erringung eines österr. Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb bzw. für die **fünfmalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen. Der Meistertitel in einem Mannschaftsbewerb wird als halber Einzeltitel bewertet, wenn in dieser Sparte auch Einzelbewerbe ausgeschrieben werden.

1. ULLI BAUMGARTNER, Jg. 1974

ÖAMTC Radsportclub Hrinkow Steyr

Staatsmeisterin 1999 im Radsport-Straße Einzel

Staatsmeisterin 1999 im Mountainbike Cross Country

Vize-Staatsmeisterin 2000 im Radsport-Straße Einzel

Österr. Meisterin 1999 und 2000 Straße-Berg und 2000 bei der Bergmeisterschaft Mountainbike

OÖ Landesmeisterin 1998 und 1999 im Rad-Einzelzeitfahren, sowie 2000 im Bewerb Straße Einzel, MTB und Straße Berg

Das **Sportehrenzeichen der Stadt Steyr für Sportler in Bronze** wurde ihr am **7. Dezember 1999** verliehen bzw. überreicht.

2. JOHANN KÄFERBÖCK, Jg. 1957 -

LAC Amateure Steyr

Staatsmeister 1976 und 1977 im Boxen-Leichtgewicht

OÖ Landesmeister 1975, 1976, 1977, 1978 im Boxen-Leichtgewicht

OÖ Landesmeister 1988 im Berglauf-Einzel, im Berglauf-Mannschaft und mit der Marathon-Mannschaft

OÖ Landesmeister 1990 mit der Marathon-Mannschaft, im Marathon-Einzel, im Berglauf-Mannschaft, sowie im Geländelauf Einzel und Mannschaft

OÖ Landesmeister 1991 mit der Mannschaft im 25 km Straßen-Bewerb

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß III A/3. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr **an Sportler in bronzener Ausführung** für die **Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die **dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die **fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. OTTO LORENZ, Jg. 1958 -

ASKÖ Box-Team Steyr

OÖ Landesmeister 1980 im Boxen Welter-Gewicht

OÖ Landesmeister 1982 im Boxen Halb-Schwer-Gewicht

OÖ Landesmeister 1985 im Boxen Halb-Schwer-Gewicht

2. SILKE TOROS, Jg. 1981 -

SV Forelle Steyr-Sektion Kanu

OÖ Landesmeister-Einzel 1998, 1999 und 2000 Wildwasserregatta

OÖ Landesmeister-Mannschaft 1999 Wildwasserslalom

3. DANIEL TOROS, Jg. 1983 -

SV Forelle Steyr-Sektion Kanu

2-facher Staatsmeister-Mannschaft 2000 - Wildwasserslalom und -regatta

OÖ Landesmeister-Mannschaft 1998 Wildwasserregatta

OÖ Landesmeister-Mannschaft 1999 Wildwasserslalom

2-facher OÖ Landesmeister-Mannschaft 2000 Wildwasserslalom und -regatta

Alle Beantragten erfüllen die Voraussetzungen entsprechend der Richtlinien der Stadt Steyr, sie sind auch im Stadtsportausschuss diskutiert worden und werden auch von dort empfohlen. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung. Wer dem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Bremm. Der nächste Berichterstatter bitte.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeister, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ausgehend von einem einstimmigen Nationalratsbeschluss im Juli d. J. auf Einrichtung eines Versöhnungs- und Solidarfonds für ehemalige Zwangsarbeiter in der NS-Zeit, ist die Regierungsbeauftragte Fr. Schaumayer auch an die Stadtwerke herangetreten, sie mögen einen Betrag von 0,2 % des Umsatzes vom Jahr 1999 in diesen Solidaritäts- und Versöhnungsfond einbringen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf sie ersuchen den Amtsbericht zu korrigieren, da steht nämlich die Jahreszahl 1994 und es soll heißen, „die 0,2 % betragen bei einem Umsatz von ATS 184,9 Mio. in 1999“.

Das war der Grund, dass sich die Direktion der Stadtwerke im Einvernehmen mit mir dazu entschlossen hat, aus humanistischer und politischer Sicht in dieser Bezahlung einen geeigneten Weg zu sehen, an den Stadtsenat heranzutreten, welcher diesen Antrag genehmigt hat und ich darf ihnen daher diesen Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Kenntnis bringen.

17) Stw-72/00

Versöhnungsfond für ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 08. 08. l. J. wird der Auszahlung von ATS 370.000,-- an den Versöhnungsfond für ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge entsprechend dem Schreiben der Regierungsbeauftragten, Präsidentin i. R. Dr. Maria Schaumayer und Generaldirektor Dr. Heinz Kessler, Ehrenpräsident, datiert mit 10. Juli 2000, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel werden aus Mehreinnahmen aller Teilbetriebe der Stadtwerke Steyr gedeckt und aus der laufenden Gebarung erbracht.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Der nächste Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der nächste Antrag den ich ihnen zur Beschlussfassung vorzulegen habe, betrifft den Städt. Verkehrsbetrieb, genauer gesagt die Anschaffung neuer Fahrscheinausgabegeräte und die damit in Zusammenhang stehende Auftragsvergabe.

Abgesehen davon wie im Amtsbericht ausgeführt wird, dass es mit den derzeitigen Fahrscheinausgabegeräten und Fahrscheinentwertungsgeräten, die uns vom OÖ Verkehrsverbund im Jahre 1994 zur Verfügung gestellt wurden, Probleme gibt, ist vor allen Dingen festzustellen, dass diese in Verwendung befindlichen Geräte nur sehr schwierig und mit hohen Kosten eurofähig gemacht werden können. Daher hat die Verbundorganisation des Landes OÖ an die Firma B. I. M., Graz, den Auftrag erteilt, zur Beschaffung neuer Fahrscheinausgabegeräte und -entwertungsgeräte ein Ausschreibungsverfahren in Gang zu setzen. Bei diesem neu einzuführenden System geht es doch um einige sehr wichtige technischen Neuerungen. Abgesehen davon, dass diese Geräte natürlich eurofähig sind, ist es so, dass die Fahrgastströme, nur um ein paar Beispiele zu nennen, genau erfasst werden können und dass es vor allen Dingen dann nach der Umstellung in die Eurowährung möglich sein wird, dass dieses Gerät bei mehreren Fahrten die ein Kunde am Tag durchführt, erkennt, welchen günstigen Tarif es ermöglichen kann und bucht dann tatsächlich den günstigsten Tarif von dieser Karte ab, die im übrigen wie eine Bankomatkarte funktioniert. Es geht darum, dass 28 Fahrscheindrucker, Karten und Zubehör angeschafft werden sollen, wobei der Förderungsbetrag S 3.965.333,40 (exkl. Ust) beträgt. Der Aufwand für diese 28 Fahrscheindrucker für die Stadtwerke ist S 440.592,60 (exkl. Ust). Weiters ist es notwendig 35 mobile Fahrscheinautomaten, Quick-Card-Bewerter, Funk, Montage ist da inbegriffen, zu einem Betrag von Seiten der Stadtwerke von S 2.310.204,-- (exkl. Ust) anzukaufen. Da beträgt der Förderungsbetrag ebenfalls S 2.310.204,-- (exkl. Ust). Schlussendlich, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wird die Dringlichkeit im Amtsbericht noch damit begründet, dass die Firma, bei der diese Geräte bestellt werden, einen Produktionszeitraum von rund 10 Monaten benötigt, dass aber im Juni 2001 diese Geräte bereits benötigt werden. Ich darf ihnen daher diesen Antrag zur Verlesung bringen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) Stw-77/00

Städt. Verkehrsbetrieb; Beschaffung neuer Fahrscheinausgabegeräte; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 30. 08. 2000 wird die Auftragsvergabe für die Lieferung von Fahrscheinausgabegeräten (Chipkarten-Bewerter und Fahrscheinentwertungsgeräte) an die Firma Krauth Apparatebau GmbH & Co KG, Eberbach, Deutschland, gem. Anbot vom 28. 06. 1. J. zum Anbotspreis von S 9.026,334,-- (exkl. Ust) übertragen.

Für diese Auftragsvergabe wird vom Land OÖ. gem. Schreiben vom 24. 08. 1. J., BauZ-VK-120062/1685-2000, ein Förderungsbetrag von S 6.275.537,40 (exkl. Ust) gewährt, sodass der Nettoaufwand für die Stadtwerke lediglich S 2.750.796,60 (exkl. Ust) beträgt.

Die erforderlichen Mittel werden aus den im Jahre 1999 in anderen Teilbetrieben gebildeten Rücklagen erbracht.

Wegen der im Amtsbericht geschilderten Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Stadtstatutes 1992 zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, diesen Antrag zur Diskussion zu stellen, bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich entspreche der Bitte, wer wünscht zu diskutieren? Niemand. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag ist sozusagen eine Premiere. Es ist allen Beteiligten sicherlich nicht angenehm, gerade mit dem ersten Antrag von Seiten des neu gegründeten Verwaltungsausschusses an sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, mit einem Erhöhungsantrag heranzutreten, aber es ist einfach die Notwendigkeit, die ja im Amtsbericht angeführt wird, dass eine Anhebung der Eintrittspreise der Kunsteinsbahn ab Oktober 2000 Platz greifen möge. Die letzte Preisanpassung bei der Kunsteinsbahn erfolgte 1993, wobei die Eintrittspreise 1999 nur mehr 31,5 % der Kosten ausmachen. Die Preisanpassung, die Preisanhebung würde Mehreinnahmen von etwa S 100.000,-- p. a. bedeuten. Es ist aber so, dass in diesem Antrag nicht nur eine Wertanpassung angeführt wird, sondern es gibt auch neue Tarife. Konkret 2, im Bereich der Erwachsenen- und Kindertarife soll auch ein Kurzzeittarif damit beschlossen werden.

Ich darf ihnen den Antrag des Verwaltungsausschusses an den Gemeinderat zur Verlesung bringen.

19) Stw-84/00

Wertanpassung der Eintrittspreise Kunsteinsbahn an die geänderten Wertverhältnisse ab Oktober 2000

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 20. 09. 2000 über die Wertanpassung der Eintrittspreise auf der städt. Kunsteinsbahn mit Wirksamkeitsbeginn Oktober 2000 und zufolge des Beschlusses des Verwaltungsausschusses am 11. 09. 2000 wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise gemäß Beilage zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Was ich sicherlich positiv finde, ist diese Änderung, wo man im Verwaltungsausschuss eigentlich so ziemlich einstimmig der Auffassung war, dass es gut ist, das in einen Vormittags- und Nachmittagsbetrieb zu

trennen, und dass es da jetzt so einige Verbesserungen gibt. So sehr ich es befürworte, dass man jetzt nicht den Euro als Argument hernimmt, um seine Preise zu erhöhen, denke ich mir auf der anderen Seite, sind wir jetzt bei Preisen, die so gestaltet sind, dass man sicherlich davon ausgehen kann, dass die nächste Erhöhung nicht allzu lange dauern wird, sie sehen ja in der zweiten Spalte jetzt neu, wie viele Euro das jetzt sind, weil man wahrscheinlich mit 1,81 Euro oder 1,09 Euro nicht wirklich arbeiten wird können. Meine Befürchtung dabei ist, dass das eine Erhöhung ist, die wahrscheinlich 1 Jahr gelten wird und dann wird man noch einmal hinaufgehen. Insofern bin ich nicht sehr glücklich darüber, generell macht es mir auch nicht sehr viel Freude zu sehen, dass die öffentliche Hand immer mehr als Preistreiber agiert und wenn ich mir anschau, was wir im letzten Jahr eigentlich an Preiserhöhungen gehabt haben, so sind wir eigentlich schon ziemlich weit. Gerade in ihrem Ressort, Herr Kollege Eichhübl, haben wir so ziemlich alles erhöht, was man erhöhen kann, Hallenbad, Freibad, Eislaufplatz, Tarife, Parkgebühren usw. Ich denke mir, irgendwann einmal ist die Zumutbarkeitsgrenze erreicht und es sind ja nicht gerade geringe Erhöhungen. Mir ist schon klar, dass ich den Kostendeckungsgrad erhöhen muss, aber was mir ein bisschen abgeht, Herr Kollege Eichhübl, das ist auch, gerade wenn ich mir den Verwaltungsausschuss, vorher den Kommunalausschuss, anschau, dass die Diskussion kaum in die Richtung geht, den Aufwand zu senken, oder was kann man tun, um die Kosten einzusparen, sondern es geht immer nur in die Schiene, wir lassen den Bürger ein bisschen mehr zahlen. Also da würde ich mir in Zukunft ein bisschen mehr Kreativität wünschen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Kollegin Frech, die vorgeschlagene Kreativität werde ich gerne an den Verkehrsverbund weitergeben. Im Übrigen haben wir ja sehr ausführlich im zuständigen Ausschuss darüber diskutiert, wie sie ja selber gesagt haben. Was die Preisanhebungen betrifft, so unterstelle ich niemanden, und das habe ich auch immer im Ausschuss betont, dass er mit Freude daran geht, Tarifierhebungen zu machen. Aber weil sie gerade das Hallenbad angesprochen haben, Frau Kollegin Frech, ich glaube, da brauchen alle miteinander am wenigsten ein schlechtes Gewissen haben, wenn man daran denkt, dass rund 80 Mio. Schilling in dieses Hallenbad gesteckt wurden, um der Bevölkerung entsprechende Freizeitvergnügungen zu bereiten, die einen entsprechenden Rahmen haben. Also da erscheint mir ihre Kritik nicht ganz angebracht, aber wie gesagt, wir haben bereits ausführlich darüber diskutiert.

Herr Bürgermeister, darf ich sie bitten die Abstimmung darüber durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Dafür sind SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Die enorme Preisentwicklung beim Rohöl und die damit in Verbindung stehenden Preisanhebungen bei den Treibstoffen, beim Heizöl, aber auch der Einkauf des Erdgases, im Bereich der Stadtwerke ist das im Jahre 2000 ein Mehraufwand von etwa 16 Mio. Schilling, war ein Anlass für die Stadtwerke und für die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sich dieser Thematik anzunehmen und an sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, heranzutreten, die Preise um 12,5 % anzuheben. Das ist der eine Teil der Problematik. Der andere Teil ist der, dass wir zwar zur Zeit noch einen Betriebsverbund Gas und Verkehr haben, der uns einerseits aufgrund der Gewinne und andererseits aufgrund der steuerlichen Vorteile, die daraus erzielt werden, die Möglichkeit bietet, den Verkehrsbetrieb im derzeitigen gewünschten Umfang aufrecht zu erhalten. Wie lange allerdings diese Möglichkeit eines Betriebsverbundes noch sein wird, das ist in Frage gestellt. Sie wissen alle, meine Damen und Herren, es wurde bei allen Anlässen ja auch immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass diese Regelung, die wir zur Zeit noch haben, nicht EU-konform ist und es so sein wird, dass in einiger Zeit diese Verbundfinanzierungen nicht mehr möglich sein werden. Eine weitere Situation, die uns ebenfalls ins Haus steht, ist die Gaspreisliberalisierung nach dem neuen Gaswirtschaftsgesetz. Zur Zeit schaut es so aus, dass ab August d. J. alle jene die 25 Mio. m³ Gas und mehr beziehen, sich ihren Gaslieferanten aussuchen können. In einem Zwischenschritt ist es dann so, dass ab 1. 10. 2000 eine völlig freie Bezugsmöglichkeit für die Kunden besteht. Das heißt, auch der Kleinkunde, der Haushaltskunde kann sich seinen Gaslieferanten dann aussuchen. Das bedeutet sicherlich auch im Bereich des Gaswerkes einige Mindereinnahmen. Vor dieser Situation stehen wir und daher haben wir im Ausschuss über 3 Möglichkeiten diskutiert, sehr ausführlich darüber diskutiert. Es wäre nämlich so, wenn man die Preisentwicklung weiter rückverfolgt und sich die Entwicklung aus dem Jahre 1981 ausgehend anschaut, haben wir viermal eine Preisreduzierung durchgeführt und einmal eine Anhebung. Es waren immer Schwankungen drinnen, die aufgefangen werden konnten und zu keiner Gaspreisverteuerung für unsere Kunden geführt haben. Jetzt ist es aber tatsächlich anders, das hat ja auch die Situation bei SBL gezeigt, die auch jetzt den Gaspreis entsprechend anheben werden, aber bei der letzten Diskussion im Verwaltungsausschuss noch nicht bekannt gegeben haben, ihren Gaspreis anzuheben. Wir haben also über 3 Varianten diskutiert. Wenn wir eine völlige Abdeckung dieser von mir genannten etwa 16 Mio. Schilling Mehraufwendungen im Jahr 2000 berücksichtigen würden, so wäre eine Anhebung von nahezu 20 % des derzeitigen Gaspreises notwendig. Das wollen wir aber unseren Kunden nicht zumuten, daher haben wir uns geeinigt, meine Damen und Herren, ihnen die Variante mit 12,5 % vorzuschlagen und ich darf sie gleich vorweg bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

20) Stw-83/00

Erdgasversorgung - Anhebung der Erdgasabgabepreise aus dem Versorgungsnetz Gaswerk Steyr ab 6. 10. 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 20. 09. 2000 wird der Anhebung der zuletzt mit Stadtsenatsbeschluss vom 12. 12. 1991 und Gemeinderatsbeschluss vom 17. 12. 1991 genehmigten Erdgasabgabepreise um 12,5 % für die Tarifabnehmer entsprechend der diesem Amtsbericht beigeschlossenen Anlage zugestimmt. (Beilage)

Ich bitte den Herrn Bürgermeister die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich eröffne die Diskussion, wer wünscht das Wort? Herr Apfelthaler bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Wenn man sich den Amtsbericht durchliest, dann kann es aus rein wirtschaftlicher Sicht durchaus erfreulich sein, wenn man 1999 rund 20 Mio. bzw. 19,2 Mio. Schilling aus dem Gasgeschäft lukriert hat. Aufgrund der internationalen Entwicklungen kommt es aber anders und wir haben einfach mit einem erhöhten Rohölpreis zu rechnen und damit verbunden ist für viele Kommunen auch ein erhöhter Gaspreis. Nun ist es aus wirtschaftlicher Sicht durchaus klar, dass hier die Stadt die notwendigen Schritte unternehmen muss, für den Verbraucher ist das aber nicht klar. Es ist hinten auch sehr schön aufgeschlüsselt, für den Verbraucher ist mit einem erhöhten Aufwand zu rechnen und wenn wir uns den nur wirtschaftlich in Steyr betrachten, ist es auch für die einzelnen Kleinen durchaus eine erhöhte Belastung, die zusätzlich zu den Gemeindeabgaben für Müll, Wasser etc. wiederum zu einer Steigerung führen. Ich verstehe nur eines nicht, dass man über Jahre oder Jahrzehnte mehr oder weniger Millionengewinne machen kann, weil auch aus sozialer Sicht der Querverbund über die Verkehrsbetriebe durchaus lukrativ und klar war. Auf der anderen Seite reagiert man auf die Veränderung mit einer sehr harten, kapitalistischen Vorgehensweise. Warum? Weil man immer wieder glaubt, dass man die Gewinne, die man aus dem guten Gasgeschäft lukrieren kann, in Betriebe wiederverwerten kann, wo eben keine besonderen Gewinne bzw. Verluste gemacht werden können. Der Herr StR Eichhübl hat es ja schon erwähnt, dass diese Querfinanzierungen nicht mehr opportun sind, wahrscheinlich müssen wir in den nächsten Jahren damit rechnen, dass das nicht mehr stattfinden kann. Was machen wir dann? Kriegen wir dann vergoldete Gaszähler oder wie auch immer. Es wird uns auf jeden Fall nicht mehr gelingen, dass wir diese Millionen, die wir aus dem Gasgeschäft lukriert haben, zu den Verkehrsbetrieben hinüber schaufeln. Das heißt, diese Kreativität, die unsere Kollegin Frech immer wieder einfordert, wird wahrscheinlich in diesen Dingen, besonders bei den Verkehrsbetrieben und dem öffentlichen Verkehr verstärkter gefragt werden. Stichwort Anrufsammeltaxi etc. Diese Erhöhung um 12,5 % - es steht in diesem Amtsbericht überhaupt kein Hinweis, was passieren würde, wenn der Rohölpreis in dem nächsten halben oder dreiviertel Jahr wieder sinkt, da steht überhaupt nichts drinnen. De facto beschließen wir jetzt eine Erhöhung um 12,5 %, was in Zukunft sein wird, weiß kein Mensch. Ich kann mir vorstellen, nachdem es weltwirtschaftlich nicht besonders gut ist und weil es auch das Defizit enorm antreibt, dass der Rohölpreis wieder heruntergeht, nur unsere Gaspreise bleiben. Oder? Der Herr Mayrhofer schüttelt den Kopf. Haben sie einen anderen Amtsbericht? Aha, Spezialbericht für den Herrn Mayrhofer. Da drinnen steht es auf jeden Fall nicht und das ist jetzt mein Ansatz, wo ich sage: 1. Ist zu bemerken, dass in letzter Zeit auch aufgrund der Rohölentwicklung und der Preise die dort bestehen, sehr viele Leute überlegen auf das Gas umzusteigen, weil es immer noch günstiger ist als das Rohöl. Was tun wir? Wir steigen mit dem Gaspreis fast im gleichen Verhältnis mit dem Rohöl hinauf.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Danke, dass sie mich belehrt haben, also ist es nicht so viel. Nur interessant ist es, dass bei den Autofahrern anscheinend die Schmerzgrenze noch nicht erreicht ist, aber bei jenen, die zentralheizen oder kochen, vielerorts schon. Da ist es nämlich spürbar. Ich habe weitaus mehr Privatmenschen getroffen, die sich über den Gaspreis aufregen, als über den Benzinpreis. Aber anscheinend ist der Wissensstand da unterschiedlich. Was ich sagen wollte, der Anreiz hier in Steyr auf Gas

umzusteigen, mit einer halbwegs moderaten Steigerung, ist weitaus größer, als hier sofort zu reagieren und genauso hinaufzusetzen. Also, diese 9,5 % wären für uns insofern noch erträglich gewesen, weil dann bremsen wir das zumindest noch ein bisschen aus und in einem halben Jahr reden wir wieder über den Preis. Weder das Eine noch das Andere kommt hier vor, es ist auch in den Überlegungen, selbst im Spezialbericht des Herrn Mayrhofer, nicht vorhanden. Also sagen wir, das geht nicht so! Liefern sie uns bitte bessere Vorschläge.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Apfelthaler, diesen Unsinn kann man natürlich nicht stehen lassen. Seit 1996 sind die Gaspreise nahezu unverändert und der Ölpreis, ich spreche jetzt vom internationalen Wert und nicht vom Heizölwert, hat sich von \$ 22 das Barrel auf \$ 45 hinaufkatapultiert. Wir haben es im Heizölpreissektor selbst gesehen, jeder der eine Ölheizung zuhause hat weiß, dass der Liter von S 3,15 auf derzeit über S 8,- gehandelt wird. So schaut die Welt aus und man kann natürlich diskutieren, ob jetzt eine Querfinanzierung noch zeitgemäß ist und ob man dadurch auch noch den Verkehrsverbund finanziert, das ist eine andere Geschichte. Aber, dass man zumindest die Inflationsbereinigung in diesem Bereich nachvollzieht, ich glaube das ist nicht nur notwendig, sondern auch richtig. Sonst macht man mit Recht den Vorwurf, dass man nicht rechtzeitig auf eine Entwicklung im Energiesektor reagiert hat. Ich denke, wenn jetzt viele Heizungseigentümer überlegen, dass sie jetzt umstellen weil der Gaspreis jetzt relativ billiger als das Heizöl ist, und wenn dann der Gaspreis in 3 bis 4 Jahren im Vergleich zum Öl wieder relativ teuer wird, dass dann ihre Gasheizungen nicht abgeschaltet werden können, also das wäre ein verlorener Aufwand. Ich denke, man sollte den Bürgern auch sagen, dass es notwendig ist, solche - auch gestiegene - Gaseinstiegspreise weiterzugeben. Aber ich gebe ihnen Recht, die Energiepreise werden uns sicherlich in den nächsten Jahren sehr intensiv beschäftigen, ganz egal ob wir eine Kommune sind, ob wir ein Land oder ein Bund sind. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, als Nächster Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Vorweg möchte ich einmal sagen, dass wir uns die Entscheidung in diesem Verwaltungsausschuss überhaupt nicht leicht gemacht haben, weil ich glaube, dass gerade jetzt, in einer Zeit wo die Preise auf allen Ebenen permanent steigen, wo irgendwelche Steuer- und Gebührenerhöhungen permanent diskutiert bzw. auch umgesetzt werden, es natürlich überhaupt nicht einfach ist, solche Vorschläge zu machen und sie dann letztendlich auch umzusetzen. Eines war uns aber schon klar, eigentlich wäre aufgrund der gestiegenen Einkaufspreise eine 17,17 %ige Erhöhung notwendig gewesen, um die Bilanz in diesem Bereich sozusagen deckend zu halten. Es hat 3 Berechnungsmodelle gegeben. Das eine Modell wäre gewesen, mit 17,17 % relativ kostendeckend

zu agieren. Das zweite Modell wäre dann die 12,5 %ige Erhöhung, für die wir uns letztendlich dann gemeinsam entschieden haben, und dann die 9,5 %ige Erhöhung, die von den Grünen gewünscht wird. Grundsätzlich muss man dazu sagen, dass es lange Zeit keine Erhöhung gegeben hat, seit dem Jahr 1996 und dass es auch zu keiner Erhöhung gekommen wäre, wenn nicht der Einkaufspreis so rasant gestiegen wäre. Man muss sich letztendlich vorstellen, dass aufgrund dieser Situation, dass die Einkaufspreise gestiegen sind, in etwa 14 Mio. Schilling verlustig gehen würden. Jetzt kann man natürlich über diese Querfinanzierungen diskutieren. Wenn wir diese Querfinanzierungen nicht machen, dann ist es ja nicht so, dass das Geld völlig verlustig geht, sondern dass man es zuerst versteuert, irgendwie an den Eigentümer zurückführt, und der gibt dann das übriggebliebene Geld, das vom Finanzamt sozusagen minimiert wurde, dann trotzdem weiter. Also ganz so ist es nicht, dass aus den Gewinnen, die hier passieren, nichts mehr zu den Verkehrsbetrieben fließen könnte, es ist halt nur steuertechnisch so abgewickelt, dass uns weniger Geld bleibt, um die Verluste abzudecken. Wenn wir das überhaupt nicht mehr können, weil wenn wir z. B. jetzt keine Tarifierhöhung durchführen würden, dann würden uns letztendlich 14 Mio. Schilling fehlen und die müsste dann die Stadt de facto dazuschießen, um den öffentlichen Verkehr zu finanzieren. In der Diskussion an diesem Tag war ja der StR Mayrhofer anwesend, der selbst auch gesagt hat, dass es zwar wünschenswert wäre, wenn man den Aufwand in den Verkehrsbetrieben minimieren könnte, nur letztendlich ist es so, dass das ohne Leistungsrücknahmen nicht geht. Wir alle müssen uns dessen bewusst sein, de facto wollen wir auf der einen Seite keine Leistungsrücknahmen und auf der anderen Seite ein halbwegs vernünftiges Finanzierungsmodell haben, damit wir trotz allem diese ganzen Angebote für unsere Bürger aufrecht erhalten können. Daher könnten wir uns überlegen, was wir sonst machen, wenn wir auf der einen Seite den öffentlichen Verkehr beibehalten wollen und dieses dann aus dem Budget finanzieren müssten. Das heißt, wenn uns dann 14 Mio. Schilling abgehen, weil wir den öffentlichen Verkehr stützen, da man sagt, man will diese Tarifierhöhung so nicht durchführen, dann können wir uns ausrechnen, was wir dann anderes um 14 Mio. Schilling nicht tun können. Daher haben wir versucht, halbwegs sozial verträglich, den Mittelwert von 12,5 % zu nehmen und es ist natürlich nicht so, dass sich der Verwaltungsausschuss keine Gedanken gemacht hat und einfach gesagt hätte, das erhöhen wir jetzt und sollte dieser Rohölpreis wieder sinken, dann passiert nichts. Die Vergangenheit hat bewiesen, dass der Erdgaspreis wieder abgesenkt wurde und der Verwaltungsausschuss hat natürlich auch gesagt, sollte der Rohölpreis wieder sinken, dann sind natürlich auch die Tarife wieder zurückzufahren. Da können sie sich darauf verlassen, auf das wird der Verwaltungsausschuss auch achten. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lieber Kollege Apfelthaler, ich habe keinen anderen Amtsbericht, sondern ganz offensichtlich eine bessere Information. Ich orte hier einen Informationsdefizit in der eigenen Fraktion, weil der Kollege Kupfer war bei diesem Verwaltungsausschuss anwesend und ich darf darauf hinweisen, dass hier diese Frage nach der Preissenkung sehr genau erörtert und uns mitgeteilt wurde, dass es in der Vergangenheit vier Preissenkungen gegeben hat. Das heißt, wenn der Barrelpreis heruntergeht, ist es nicht nur eine Absichtserklärung, dass man auch hier wieder eine Reduktion durchführen wird, wie der Kollege Hauser gesagt hat, sondern wir haben es auch schon in der Vergangenheit bewiesen, dass das auch geschieht.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das heißt, davon zu reden, dass wir bei einer Verdoppelung des Heizölpreises von S 3,50 auf jetzt über S 7,- und bei einer fast 40 %igen Erhöhung des Benzinpreises praktisch Preis treiben und dann zu sagen, wir erhöhen die Preise beim Erdgas, wenn wir um 12,5 % hinaufgehen, das ist zuviel. Also da muss ich schon sagen, da verstehe ich sie jetzt wirklich nicht mehr. Wenn sie sagen, dass dies den Autofahrern immer noch nicht hoch genug ist, dann dürfen sie halt nicht nur die Radfahrer fragen, sondern dann müssten sie auch die Autofahrer fragen, was sie vom Benzinpreis halten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Schlusswort bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nachdem mir die Kollegen Mayrhofer und Hauser einiges vorweg genommen haben, nur ein kurzes Schlusswort. Ich möchte aber doch einige Anmerkungen zu den Ausführungen vom Kollegen Apfelthaler sagen, weil diese, um das vorsichtig auszudrücken, nach meinem Gefühl doch etwas überzogen waren. Herr Kollege Apfelthaler, wenn sie davon sprechen, dass wir den Gewinn vom Gaswerk in den Verkehrsbetrieb umschauflern, dann muss ich ihnen schon sagen, dass das teilweise auch erfolgt. Wie gesagt, man kann über diese Verbundsituation diskutieren, wobei ich aber immer noch sage, dass das in der derzeitigen Situation das Vernünftigste ist, weil wir nämlich aus dieser Konstellation heraus einen Steuervorteil haben, den wir nutzen können. Der Gewinn von Seiten des Gaswerkes wurde nicht nur in den Verkehrsbetrieb geschauflert, sondern es ist uns, aufgrund dieser Tatsache in den letzten Jahren, Gott sei Dank gelungen, das Gasversorgungsnetz der Stadt Steyr um ein Wesentliches zu erweitern. Ich bitte das auch zu berücksichtigen, Herr Kollege Apfelthaler. Diese 17,7 % Preisanhebung, die jetzt auch in der Diskussion aufgeflammt sind, die notwendig gewesen wären, um sozusagen Bare auszusteigen, sind aber auf Berechnungsbasis 28 \$ pro Barrel. Wir waren bereits auf 38 \$, sind jetzt auf 30 \$ pro Barrel, aber soweit die Experten diese Situation sehen, wird es sich sicherlich nicht verbessern, recht viel weiter wird der Rohölpreis nicht mehr nach unten gehen. Ich darf hier noch einmal sehr deutlich zum Ausdruck bringen, ich habe es bereits einmal gesagt, dass es in den letzten Jahren vier Preissenkungen und eine Preiserhöhung gegeben hat und dass die jetzige Preiserhöhung, die der Gemeinderat, wie ich hoffe, mehrheitlich beschließen wird, die Inflationsrate der letzten Jahre bei weitem nicht abdeckt. Herr Kollege Apfelthaler, in einem kann ich sie noch beruhigen, weil sie gemeint haben, sie hören da großen Unmut von Seiten der Gasbezieher. Es ist so, dass sich am Gaspreissektor etwas tun wird, es ist ja nicht unbekannt, dass seit Monaten in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird, die Zeitungsmeldungen beweisen es. Trotz diesem Wissen, dass der Gaspreis teurer wird, hat es aber dazu geführt, dass wir hunderte Anrufe erhalten haben, die einen Neuanschluss wollen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe das in dem Zusammenhang gesehen, Herr Kollege Apfelthaler, weil sie sich dauernd

widersprechen. Sie haben gemeint, dass sich die Gaskunden über den Gaspreis beschweren. Aber sei es wie es sei, ich mache nochmals, nicht erfreut, zum Abschluss die Feststellung, dass es erforderlich ist, den Gasbezugspreis linear um 12,5 % anzuheben und darf sie bitten, Herr Bürgermeister, über den von mir eingebrachten Antrag die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. 3 Gegenstimmen (2 GAL u. 1 LIF). Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter Herr StR Mayrhofer bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um die Belagsarbeiten auf der B 122, das ist die Haratzmüllerstraße, und zwar vom Bereich Kreisverkehr bis zur Grenzgasse.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

21) BauStr-9/00

Belagsarbeiten auf der B 122 (Haratzmüllerstraße) zwischen km 30,172 und km 30,490; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Juli 2000 wird der Auftrag zur Asphaltierung der B 122 (Haratzmüllerstraße) zwischen dem Kreisverkehr (km 30,490) und der Kreuzung zur Grenzgasse (km 30,172) an den Billigstbieter der beschränkten Ausschreibung, Fa. Ilbau, St. Peter/Au, zu Gesamtkosten von S 1.218.550,15 inkl. MWSt. übertragen.

Die Finanzierung erfolgt von der Bundesstraßenverwaltung direkt an die bauausführende Firma.

Die Bauarbeiten sollen im August 2000 durchgeführt werden.

Infolge Dringlichkeit, *da er in der Sommerzeit durchgeführt werden sollte*, wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Antrag geht um die Errichtung des Kinderspielplatzes am Wieserfeldplatz. Dieser Kinderspielplatz ist eine langjährige Forderung der Bewohner von Steyrdorf.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

22) BauT-48/00

Errichtung eines Kinderspielplatzes am Wieserfeldplatz; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. August 2000 wird der Errichtung des Kinderspielplatzes am Wieserfeldplatz auf der Grundstücksparzelle 1039/1, KG Steyr, sowie dem Ankauf des erforderlichen Materials und Spielgeräten in Höhe von S 130.680,--, der Wasseranschlusskosten von S 35.400,--, der Vergabe der Planung und Ausführungsbetreuung an die „Werkstatt für Naturnahe Freiraumgestaltung“, Wieserfeldplatz, im Ausmaß von S 29.520,--, der Vergabe der Grabungsarbeiten zur Herstellung der Wasserleitung inkl. Anschlusschacht an die Fa. Ploier & Hörmann in Höhe von S 47.950,-- und der Vergabe der Durchführung von Transporten, Baggerungen und Bepflanzungen im Ausmaß von S 50.400,-- an den GB VII/städtischer Wirtschaftshof, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel werden durch eine Kreditübertragung in Höhe von S 294.000,-- von VSt. 5/612000/002260 „Gemeindestraßen; Straßenbau Wieserfeldplatz“ auf VSt. 5/815000/050000 „Park- und Gartenanlagen; Kinderspielplätze“ aufgebracht.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 294.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Stimmt jemand dagegen? Gegenprobe. Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im dritten Antrag geht es um die Vorplatzgestaltung der Christkindlkirche und den Rest der Abwasserbeseitigung in diesem Bereich. Hier erfolgten zusätzliche Arbeiten, die sich kurzfristig ergeben haben, da die Diözese und das Land OÖ, durch die Intervention von Pfarrer Diemböck und unserem Dr. Kaiser, das mitfinanziert haben und wir dadurch in die Lage versetzt wurden, eine sehr schöne Vorplatzgestaltung in Christkindl zu machen, das für uns doch einer der Hauptmagnete für den Tourismus in der Vorweihnachtszeit darstellt. Insgesamt sind dafür S 850.000,-- notwendig, die an die Firma Koller, Grein, zu bezahlen sind, zusätzlich dazu S 48.500,-- an die Firma Knoblich-Licht. Aufgebracht werden sie mit S 500.000,-- von Diözese und Land und mit S 350.000,-- von der Stadt Steyr.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

23) Bau T-4/99

Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Vorplatzgestaltung Christkindlkirche, Antrag um Vergabe zusätzlicher Arbeiten im Wege einer Bürgermeisterverfügung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 20. Juli 2000, mit der wegen Dringlichkeit gemäß § 49, Abs. 7, des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20. Juli 2000 werden die **Straßenbau-** und **Pflasterungsarbeiten** zur **Vorplatzgestaltung** der **Christkindlkirche** als Anschlussauftrag zu den Kanalbauarbeiten Christkindl-Unterhimmel, zum Preis von **S 850.000,--** (S 350.000,-- excl. MWSt., S 500.000,-- incl. MWSt.) an die **Firma** Dipl. Ing. Dr. techn. Robert **Koller**, 4360 Grein, Ufer 11, übertragen.

Zusätzlich wird der Beauftragung der Firma Knoblich-Licht, Pilweinstr. 30, 4020 Linz, zur Lieferung von E-Material in Höhe von **S 48.500,--** incl. MWSt. für die Erneuerung der bestehenden **Anstrahlung** der Christkindlkirche zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel für die Anstrahlung der Kirche werden bei der VSt. 5/816000/050000 (Sonderanlagen öffentliche Beleuchtung) in Höhe von S 48.500,-- inkl. MWSt. freigegeben. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt **S 48.500,-- inkl. MWSt.** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Von der Pfarre Christkindl bzw. Diözese Linz und dem Land OÖ. Abt. Dorf- u. Stadterneuerung wird ein Kostenbeitrag zur Abwicklung der Gestaltungsmaßnahmen in Höhe von gesamt S 500.000,- - inkl. MWSt. geleistet. Dieser Beitrag wird bei der VSt. 6/612000/871000 (S 300.000,--) und 6/612000/874000 (S 200.000,--) vereinnahmt.

Gleichzeitig erfolgt die Mittelfreigabe (Zwischenfinanzierung) ebenfalls in Höhe von S 500.000,-- inkl. MWSt. bei der VSt. 5/612000/002220 (Straßenbau u. Gestaltung Vorplatz Christkindlkirche) im Wege einer Kreditüberschreitung.

Für den restlichen Betrag von S 350.000,-- excl. MWSt. ist keine gesonderte Mittelfreigabe erforderlich, da mit den bereits mit GR-Beschluss vom 23. September 1999 freigegebenen Mitteln aufgrund von Einsparungen im Kanalbau das Auslangen gefunden wird.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Danke.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf den Kreisverkehr Gußwerkstraße. Hier geht es um das übliche Übereinkommen mit der Bundesstraßenverwaltung für die Baukosten und die anschließenden Erhaltungskosten. Wie sie sich erinnern können, war das Land nur bereit 2 Mio. Schilling für diesen Kreuzungsbereich zu finanzieren, der Rest musste von der Stadt Steyr aufgebracht werden. Ich darf dazu noch bemerken, dass am heutigen Tag die ersten Grobasphaltierungsarbeiten stattgefunden haben, und dass es hier in diesem Bereich zu Stauungen gekommen ist. Damit ist aber der Stau ziemlich erledigt, d. h. die Hauptarbeiten sind gemacht und es wird in den nächsten Tagen zu einer merklichen Verbesserung in diesem Bereich kommen, und vor allen sind wir zeitgerecht, vor der Eröffnung der Nordspange, mit diesem Baulos fertig.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

24) BauStr-12/99

Abschluss eines Übereinkommens mit der Republik Österreich, Bundesstraßenverwaltung über die Errichtung, Erhaltung, den Winterdienst und die Kostentragung an der Kreisverkehrsanlage Gußwerkstraße

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 9. August 2000 wird dem Abschluss eines Übereinkommens mit der Republik Österreich, Bundesstraßenverwaltung, zur Errichtung der Kreisverkehrsanlage Gußwerkstraße, entsprechend dem in der Anlage beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Antrag geht es um die Straßenbenennung nach Friedrich Uprimny. Diese Straßenbenennung bzw. diese Wegbenennung hat schon eine längere Geschichte. Es sind

verschiedene Straßenzüge und Plätze genannt worden, als der Antrag gekommen ist, sie nach Friedrich Uprimny, einen jüdischen Mitbürger von Steyr, zu benennen. Wir sind im Ausschuss zur Überzeugung gelangt, dass der ideale Ort für so eine Benennung diese sogenannte Friedhofsstiege ist, die Verbindung zwischen Wieserfeldplatz und Taborweg, wo sich der jüdische Friedhof befindet. Hier geht es nicht nur um Friedrich Uprimny, sondern er steht stellvertretend für die Bevölkerungsgruppe der Juden, denen im Zeitraum des zweiten Weltkrieges großes Unrecht zugestoßen ist, und das soll ein Zeichen der Versöhnung und auch der Erinnerung sein. Ich stelle daher den Antrag, diese Stiege zwischen Wieserfeldplatz und Taborweg auf Friedrich-Uprimny-Stiege umzubenennen.

Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

25) Ges-30/98

Straßenbenennung nach

„Friedrich UPRIMNY“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 26. September 2000 erhält die sogenannte „Friedhofsstiege“, im Lageplan der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung rot lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung

Friedrich-Uprimny-Stiege

(Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist angeschnitten worden, dass es sich hierbei schon um eine unendliche Geschichte handelt. Wenn man böse ist sagt man, manche haben mit dem Ganzen nicht allzu viel am Hut, denn wenn man sich anschaut, dass es nicht einmal möglich ist im Amtsbericht den Namen Uprimny richtig zu schreiben, dann denke ich mir, zeigt das schon ein bisschen etwas von der Sorgfalt, mit der man da umgeht. Ich habe mir heute noch einmal die Akte angeschaut, und wenn man sich das erste Schreiben hernimmt, dann war das bereits im November 1992, solange tun wir daran schon herum. Im November 1992 kam der Wunsch von der Lagergemeinschaft Mauthausen, eine Straße oder einen Platz nach Friedrich Uprimny zu benennen. Es hat dann im Jahr 1996 vom Herrn Tremml wieder ein Schreiben gegeben, es hat vom Verein Mauthausen-Aktiv Erinnerungsschreiben gegeben. Aber wissen sie, was ich beschämend finde? Ich gehe ja davon aus, dass dieser Akt vollständig ist und ich finde es beschämend, dass man es in all den Jahren nicht für notwendig gefunden hat, zumindest zurück zu schreiben. Selbst wenn man nicht gleich eine Entscheidung trifft, aber dass man einfach zurückschreibt, wir haben das an den Kultur- oder Bauausschuss weitergeleitet und werden darüber beraten. Seit 1992 findet sich kein einziges Antwortschreiben im Akt und das finde ich schon eine Vorgehensweise, die nicht passieren sollte. Egal wie und wann man sich entscheidet, aber man sollte

die Leute dazwischen in Kenntnis setzen, dass sie eine Rückmeldung bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber es ist auch mit den Angehörigen gesprochen worden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber es gibt keine schriftliche Reaktion, dass man das behandeln wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber es ist behandelt worden.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Ich sehe das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, kurz. Ich glaube, es ist schon sehr polemisch Frau Kollegin Frech, weil wenn man hier den Amtsbericht anschaut, ist der Name sehr wohl richtig geschrieben, nur bei einem einzigen Mal ist ein Tippfehler, und darauf zu schließen, dass man es nicht einmal der Mühe wert findet, hier den Namen richtig zu schreiben, das finde ich wirklich sehr weit hergeholt und dagegen verwehre ich mich. Ich glaube, dass ein persönliches Gespräch mit den Angehörigen sinnvoller ist, als ihnen nur ein nichtssagendes Schreiben zuzuschicken und ich finde das persönlicher und angebrachter. Außerdem ist es sehr ungewöhnlich, dass man jemanden für eine Benennung eines Straßenzuges vorschlägt und gleichzeitig den Wunsch nach einer bestimmten Straße dazugibt und das war auch der Grund, warum die Findung eines geeigneten Straßenzuges so lange gedauert hat. Alle anderen Anträge, die bisher hereingekommen sind, sind allgemein nur mit dem Ersuchen, eine Straße nach jemanden zu benennen hereingekommen. Auch das ist an diesem Fall ungewöhnlich und fördert nicht gerade das Tempo der Durchführung. Ich glaube aber trotzdem, dass mit diesem Weg eigentlich ein idealer Weg gefunden worden ist und der findet sehr wohl auch die Zustimmung der Angehörigen und auch der einbringenden Fraktion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand (SPÖ, ÖVP, GAL, LIF). Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 9 (FPÖ). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um den Bebauungsplan Nr. 39 - Stadlmayr-Gründe - Änderung Nr. 3. Hier geht es um einen Antrag der Firma Weindl, ihr Objekt, den Baumarkt nach vorne mit einem Zubau zu vergrößern und im rückwärtigen Teil eine Überdachung der Laderampe und einen Anbau vorzunehmen.

Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

26) Bau Gru-7/00

Bebauungsplan Nr. 39 - StadlmayrGründe - Änderung Nr. 3

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 39 - Stadlmayr-Gründe - Änderung Nr. 3 - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 22. Mai 2000 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 27. September 2000 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim letzten Punkt geht es um das Neuplanungsgebiet Nr. 2 „Stelzhamerstraße“. In diesem Gebiet hat sehr lange ein Bebauungsplan existiert, der in den vergangenen Jahren aufgehoben wurde. Etwas voreilig, wie wir festgestellt haben. Dieses Gebiet ist entlang der Stelzhamerstraße von einem Villenbau dominiert und vor allem hinter diesen Villen von einem Grüngürtel, der sich über die Stelzhamerstraße, Krakowizerstraße zieht und der direkt an die Parkanlage des Rüdigerkindergartens angrenzt. Um diesen Bereich zu schützen wird ein neuer Bebauungsplan erstellt, der es ermöglichen soll, dass man die Häuser die dort sind zeitgemäß aus- und umbaut und er wird auch Rahmenbedingungen beinhalten, die es z. B. ermöglichen, eine zweite Familie in einem Haus adäquat dazubauen zu lassen. Was verhindert werden soll, ist eine sehr enge Verbauung auf diesen Einfamilienhausgrundstücken, z. B. durch Bauträger, wo man aufgrund der Stadtnähe versucht, diese wertvollen Gründe bis auf den letzten Quadratmeter auszunützen und damit einen sehr starken Eingriff in diese grüne Lunge mitten in der Stadt und in die Struktur dieser Villengegend zu machen.

Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

27) Bau Gru-15/00

Neuplanungsgebiet Nr. 2

„Stelzhamerstraße“

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 2 - „Stelzhamerstraße“ - beschließen:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 15. Mai 2000 bezeichnete Gebiet der „Stelzhamerstraße“ wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I. Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 15. Mai 2000 bezeichnete Gebiet ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Neuplanungsgebiet umfasst im Wesentlichen den Bereich zwischen Tomitzstraße im Norden, der Stelzhamerstraße im Westen, der Krakowizerstraße im Süden und der Hochhausstraße sowie einer gedachten Verlängerung derselben bis zur Krakowizerstraße im Osten. Weiters wird das Neuplanungsgebiet durch die Grundstücke 1468, 1469, 1470, 1461/4 - /6, 1460/6, 1472/1 und /2 sowie 1477 samt Bauflächen, alle Kat. Gem. Steyr, ergänzt. Die Gebäudehöhe wird indirekt durch die Angabe der maximalen Geschossanzahl über dem Erdboden festgelegt. Diese soll mit max. zwei Vollgeschossen definiert werden. Die Baufluchtlinien sollen so festgelegt werden, dass einerseits aus architektonischen Gründen nur geringfügige Erweiterungen möglich sind, andererseits zur Erhaltung der Siedlungsstruktur Neubauten im erforderlichen Maß eingeschränkt werden. Als Bebauung ist offene Bauweise vorgesehen. Das Maß der baulichen Nutzung wird mit einer Geschossflächenzahl von max. 0,3 festgelegt werden.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungsplan oder Bebauungsplan für diesen Bereich erlassen oder geändert werden soll und wenn dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Der Gemeinderat hat anlässlich der Verordnung die beabsichtigte Neuplanung, die Anlass für die Erklärung ist, in ihren Grundzügen zu umschreiben. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligung, ausgenommen Baubewilligungen für Bauvorhaben gemäß § 24 Abs. 1 Zif. 4 (Abbruch von Gebäuden), nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

Das Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II: Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr

1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Herrn StR Mayrhofer für die Berichterstattung. Ich ersuche als nächsten den Herrn StR Ing. Spanring um seine Berichterstattung und gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um eine Änderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 6. Juli 2000 betreffend TV-Film „Wir bleiben zusammen“. In dem erwähnten Gemeinderat wurde einer Förderung des TV-Filmes in der Höhe von S 945.000,-- zugestimmt. Die Auszahlung dieses Betrages wurde jedoch an die Vorlage eines Vertrages gebunden. Dieser Vertrag wurde schlussendlich erstellt und ergab einen Förderungsanteil von S 950.000,-- für die Stadt Steyr.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat

28) Fin-132/00

TV-Film „Wir bleiben zusammen“ Änderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 6. 7. 2000

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 28. August 2000 wird in Abänderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 6. 7. 2000 eine Förderung in Höhe von S 950.000,-- an die Fa. Satel Fernseh- und FilmproduktionsgmbH zur Realisierung des Fernsehfilmprojektes „Wir bleiben zusammen“ gewährt. Gleichzeitig wird dem Abschluss der beigeschlossenen Förderungsvereinbarung über diesen Betrag zugestimmt.

Zur Auszahlung des vorgenannten Betrages wird neben dem bisher bei der VA-Stelle 1/300000/757000 bereits gewährten Betrag von S 945.000,-- eine weitere Kreditüberschreitung in Höhe von S 5.000,-- bewilligt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 i.d.g.F. zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In diesem Antrag geht es um die Jahresförderung des Museums Arbeitswelt in der Höhe von S 950.000,--, die im Voranschlag 2000 auf der entsprechenden Haushaltsstelle vorgesehen ist.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

29) Fin-134/00

Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2000

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 22. 8. 2000 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Gabriele Heger, für 2000 eine Förderung in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von

S 950.000,--

(Schilling neuhundertfünfzigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2000 auf der **VA 1/360000/757000** - Heimathaus Steyr, Subventionen Museum Arbeitswelt - vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um eine weitere Rate für die Finanzierung der Gesamtinvestition für Adaptierungs- und Umbauarbeiten in der Höhe von 25.000,-- Mio. Schilling, wobei für die Stadt Steyr in diesem Jahr die im Budget vorgesehene Summe von 1 Mio. Schilling freizugeben ist.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

30) Fin-14/97

Museum Arbeitswelt Steyr - Projektförderung 2000

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 22. 8. 2000 wird dem Museum Arbeitswelt Steyr, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch die Geschäftsführerin Mag. Gabriele Heger, die besprochene und genehmigte Rate der Projektförderung für das Jahr 2000 für die Umbau- und Adaptierungsarbeiten in Form einer a.o. nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von

S 1.000.000,--(Schilling eine Million)

aus der VA 5/360000/777000 gewährt.

Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Die Gesamtinvestitionskosten f. Adaptierungs- u. Umbauarbeiten belaufen sich auf:

25.000.000,--

=====

Förderungen:

Land OÖ/Kulturabteilung

pro Jahr S 2,5 Mio.

verteilt auf 6 Jahre (1998 - 2003)

= **gesamt S 15.000.000,--**

Land OÖ/Gemeindereferat

pro Jahr S 1 Mio.

verteilt auf 5 Jahre (1999 - 2003)

= **gesamt S 5.000.000,--**

Stadt Steyr

pro Jahr 1 Mio.

verteilt auf 5 Jahre (1999 - 2003)

(wobei bereits 1998 S 500.000,-- und 1999 S 1 Mio. ausbezahlt wurden)

= gesamt S 5.000.000,--

Den weiteren 3 Raten, fällig in den Jahren 2001, 2002 und 2003 im Gesamtausmaß von S 2.500.000,-- wird hiermit zugestimmt.

Ich ersuche um Freigabe dieser Rate.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Erste Wortmeldung Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wie alle Jahre wieder, Jahressubvention - ja, Projektförderung - nein. Nur dieses Jahr hat sich das Museum Arbeitswelt etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Früher wurden die Projektförderungen immer damit argumentiert, dass es ach so wichtig ist, dass man Ausstellungen macht, zukauf und dass deshalb eine Projektförderung unbedingt notwendig ist. Jetzt heißt es Projektförderung - Umbau, jetzt haben wir zum dritten Mal in unserer Zeit den Eingangsbereich umgebaut, jetzt haben wir alles mögliche andere umgebaut, wie es so schön heißt, um einen Veranstaltungsrahmen zu bauen. Das jetzt als Projektförderung zu verkaufen, das ist schon sehr kühn und sehr weit hergeholt. Es hat noch Zeiten gegeben, da hat sich auch die ÖVP unserer Meinung angeschlossen, ich bin neugierig, wie sie sich heute dazu stellt. Ich denke auch, dass das Museum Arbeitswelt einem Auftrag des Kulturausschusses, der schon sehr lange aus ist, nachkommen sollte. Und zwar 1992 haben wir im Museum Arbeitswelt eine Kulturausschusssitzung durchgeführt und dort wurde einstimmig festgestellt, dass den Mitgliedern des Kulturausschusses der Aufwand, der insbesondere im Personalbereich vom Museum Arbeitswelt dargestellt wird, zu hoch erscheint. Die Einsparungsmaßnahmen die dann angekündigt worden sind, nämlich Sperrtage am Samstag und Sonntag, haben wir damals auch als sehr frivol zur Kenntnis nehmen müssen. Sich jetzt herzustellen und sagen, jetzt bauen wir um eine Projektförderung um, meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann es nicht gehen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Unsere Fraktion hat sehr wohl manches ganz arg kritisiert und immer wieder darauf hingewiesen, wo wir Veränderungen wünschten. Wir haben uns aber für 1999 entschieden dieser Förderung zuzustimmen, weil einfach eine Weiterführung des Museums Arbeitswelt notwendig und dringend war und es damals einfach auch um die Subvention vom Land gegangen ist. Und wenn wir 1999 ja sagten, werden wir nicht jetzt einfach nein sagen, sondern werden diese Förderung bis 2003 durchziehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine werten Kolleginnen und Kollegen. Es ist ein wesentlicher Punkt, wie es der Kollege Lengauer schon gesagt hat, dass es einfach aus dem Amtsbericht zu ersehen ist, dass das eine Förderung ist, die letztendlich nur mehr in Raten abgedient wird, wir diesem aber de facto ja schon zugestimmt haben und es immer wieder die selbe Geschichte ist. Grundsätzlich möchte ich noch eines anmerken, weil der Herr Dr. Pfeil gesagt hat, es tut sich in diesem Museum bezüglich der Aufwände die so sind, nichts. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es bereits 3 Kündigungen gegeben hat und 3 Personen weniger im Museum Arbeitswelt arbeiten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich möchte vielleicht noch sagen, Gesamtaufwand 25 Mio. Schilling, 15 Mio. Schilling vom Land Oberösterreich. Wenn sie sich den Veranstaltungskalender und das Programm einmal ansehen würden, dann sehen sie, wer da aller drinnen ist, nicht nur aus Österreich, europäische Wissenschaftstage und Feuerwehrball. Da möchte ich der lieben F-Fraktion einmal empfehlen, ein bisschen über ihre doch schon einigermaßen altaussehende Position nachzudenken und vielleicht ein bisschen zu modifizieren. Weil ungefähr 180 Veranstaltungen im Jahr, da muss ich schon sagen, wenn mir irgendjemand sagen kann, wo es sich in einem Veranstaltungshaus in Oberösterreich in dieser Frequenz abspielt, der sollte vortreten und vermelden. In Wirklichkeit kann man reden mit wem man will, alle die dort hin gehen, gehen deswegen hin, weil die Veranstalter wissen, dass ihre Veranstaltung nahezu immer allein durch das Ambiente dieses Hauses zum Erfolg wird. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen. Es ist toll und trägt auch sehr zur Belebung der Steyrer Kulturszene bei und wir zahlen ein Fünftel der Investitionen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Dann muss es aber gewinnbringend sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Andere Gemeinden wären sehr glücklich, Frau Kollegin, wenn vier Fünftel für ein Veranstaltungshaus von wo anders herkämen, das sei bei dieser Gelegenheit einmal vermeldet, aber ich will dem Schlusswort nicht mehr vorgreifen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Da machen wir Millionen locker und für andere Kulturvereine haben wir nichts!

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich möchte nur feststellen, dass ich da nicht kühn herausgehe, weil jetzt umgebaut wird, sondern der Umbau erfolgte 1997 infolge.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Es handelt sich demzufolge, wie schon erwähnt wurde, um eine Fortsetzung der von der Stadt vorgegebenen 5 Mio. Schilling vom Gesamtausmaß von 25 Mio. Schilling, wie der Bürgermeister schon erwähnte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die letzte Frage, die noch offen bleibt, brauchen sie in Zukunft noch eine Projektförderung - ja oder nein?

Unverständliche Zwischenruf verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann heißt es wieder, Projektförderung für Veranstaltungen, oder wie ist das?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Für Veranstaltungen hat es keine Projektförderung gegeben, sondern die Projektförderung, die sie jetzt ansprechen, sind für Baumaßnahmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, die Projektförderung war früher für Projekte da.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Die Diskussion erübrigt sich, weil wir dann die Förderrichtlinien haben, und da müssen wir genau nach diesen gehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war nicht zu hören, haben wir dann immer noch eine Projektförderung oder nicht?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das kommt darauf an, wir werden sehen, welche Projekte kommen.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich dazu noch etwas sagen. Weil sie Projektförderung apostrophieren, wir haben früher Projekte gefördert, z. B. Sonderausstellungen. Das von dem wir jetzt reden und worum es in diesem Antrag geht, ist eine Investitionsförderung, das ist ein Investitionsprojekt und kein Ausstellungsprojekt, wenn es ihnen entgangen ist, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Argumentationsschiene ist falsch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das steht ihnen frei, darüber zu befinden, aber wenn es ihnen entgangen ist, man muss doch feststellen, dass die Förderungen des Bundes seit mehreren Jahren zurückgenommen werden, auch schon unter der Regierung Klima zurückgegangen sind und dass die neueste Errungenschaft, offensichtlich versucht sich ja jede Regierung im Sparen, jetzt eine weitere Kürzung der Subventionen, im heurigen Jahr schon um 1, 2 Mio. Schilling, stattgefunden hat und mitgeteilt wurde. In der Zwischenzeit hat man erkannt, dass man für den Betrieb des Museums nicht mehr mit diesen Förderungen rechnen kann und hat sich überlegt, welche Strategie man dort fährt. Als Ergebnis dieser Diskussionen ist herausgekommen, dass man den Bereich Veranstaltungshaus stärker ausbaut, also nicht nur Museum sondern auch Veranstaltungshaus, das Ambiente wird genutzt. Man wird wahrscheinlich auch von Zeit zu Zeit das Museum und die Ausstellungen adaptieren müssen, das glaube ich sicher, und das Veranstalten bringt hier natürlich Deckungsbeiträge, die dafür dienen sollen, das Museum leichter führen zu können; vor dem Hintergrund, dass es dafür in Zukunft weniger Subventionen geben wird. Diese Strategie erscheint mir folgerichtig und plausibel und deswegen haben wir auch beschlossen sie zu unterstützen. Für den Veranstaltungsbetrieb selber, also den Museums- und Veranstaltungsbetrieb, wird ein Zuschuss notwendig werden. Die neuerliche Kürzung bringt mit sich, dass die mit den S 950.000,--, die wir bisher als Standardförderung für den Betrieb gegeben haben, kaum über die Runden kommen werden. Es zeigt sich ein Grundmuster, die Rettung wird nicht mehr auskommen, wir werden im Altersheim ohne die Zivildienstler nicht mehr auskommen, wir werden auch in anderen Bereichen, wenn es hier bei den Subventionen Kürzungen gibt, nicht mehr auskommen, im Kultur-, im Sozial- und sonst einem Bereich wird es dazu kommen, dass die, was sollten sie auch sonst anderes tun, zunächst einmal zur Stadt Steyr, also zur Gemeinde kommen und sagen, bitte helfen sie uns, sonst müssen wir die Segel streichen. Das ist das Problem, mit dem wir zu raufen haben, und leider wird sich das in der Akkumulation dieser Ereignisse möglicherweise so gestalten, dass das beträchtliche Summen sind. Worüber ich mich als Finanzreferent nicht freue, aber wir werden uns entscheiden

müssen, halten wir irgendeine Aktivität am Leben oder nicht, wie wertvoll ist uns ein Projekt in dieser Stadt. Bei Museum Arbeitswelt brauche ich nicht nachdenken.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Vielleicht eines noch in Beantwortung ihrer Frage, Herr Dr. Pfeil. Wenn es den Betreiber des Museum Arbeitswelt, wie bei diesem Beispiel, gelingt, in die Region Steyr 20 Mio. Schilling zu bringen und von ihr wird nur 5 Mio. Schilling gefordert, dann denke ich, dass die Stadt wirklich gut beraten ist, mit diesem Betrag einzusteigen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber es handelt sich schon hauptsächlich um Steuergelder.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Es geht immer um Steuergelder!

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was mich bei diesem Amtsbericht besonders verwundert, dass hier Projektförderung steht, und das ist kein Veranstaltungsprojekt, das ist ein Umbau.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ein Investitionsprojekt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vor drei, vier Jahren haben sie noch gesagt, wir brauchen das Geld unbedingt, dass wir Veranstaltungen machen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, eh.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt ist es nicht mehr notwendig?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schau einmal, wie viele Kongresse unten sind.

Diskussion verschiedener Mandatäre

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Herr Dr. Pfeil, ich habe dieses Gebäude ja entsprechend modifizieren müssen, dass ich Veranstaltungen machen kann.

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Bemerkung? Diskutieren kann allenfalls der, der in der Pütte steht und nicht alle anderen. Machen sie einmal eine Exkursion und fragen sie die Wirte, wieso sie so gut ausgelastet sind. Weil die Leute, die im Museum eine Tagung machen,

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, das ist ja eh wunderbar, aber der Steuerzahler hat was dagegen, wenn etwas in 10 Jahren dreimal umgebaut wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das sei ihnen unbenommen. Jetzt stimmen wir aber ab. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. SPÖ, ÖVP, GAL, LIF. Wer ist dagegen? 9 (FPÖ). Der Herr Dr. Wetzl hat aber eine merkwürdige Haltung bei seiner Abstimmung. Ihr habt es gerade halt nicht verhindern können. Das ist mit Mehrheit beschlossen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um eine wichtige Nachrüstaktion für die Infrastruktur des Stadtteiles Resthof. Es wird dort eine Kirche neu gebaut und dazu ist im Budget 2000 eine erste Rate für den Kirchenneubau in der Höhe von 1 Mio. Schilling vorgesehen.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

31) Fin-129/00

Pfarre Steyr-Resthof; Ansuchen um Subventionierung des Kirchenneubaues am Resthof

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten vom 31. 8. 2000 wird der Pfarre Steyr-Resthof, Siemensstraße 15, 4400 Steyr, vertreten durch deren Pfarrer P. Josef Essl, die bereits im Budget 2000 vorgesehene 1. Rate für den Kirchenneubau am Resthof in Form einer einmaligen nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von

S 1.000.000,--

(Schilling eine Million)

aus der **VA 5/390000/777000** gewährt.

Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Der 2. (letzten) Rate, fällig im Jahr 2001 in der Höhe von S 1.000.000,-- wird hiermit ebenfalls zugestimmt.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin durch Unterschriftsleistung gerade abgelenkt. Pfarre Resthof - Wortmeldung gewünscht, keine christlichen Politiker mehr da? Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Hier geht es um die Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 18 und 19.

Der Antrag lautet:

32) Fin-5/95

Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 18 und 19.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 20. September wird der

Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von S 38.192.000,-- bei der Österreichischen Postsparkasse AG, Georg Coch-Platz 2, 1018 Wien, durch den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung gemäß beiliegendem Schuldschein und der Übernahme der Ausfallhaftung durch die Stadt Steyr gemäß § 1356 ABGB für 70,18 % dieses Darlehens bis zu einem Betrag von S 26.803.146,-- gemäß beiliegender Bürgschaftserklärung - **vorbehaltlich der hierzu erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigung** - zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nummer 33) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Hier geht es um eine Änderung der Zusammensetzung der OÖ Gemeindebediensteten-Schutzkommission.

Antrag des Stadtsenates im Wege des Personalbeirates an den Gemeinderat.

33) Präs-115/00

Änderung in der Zusammensetzung der OÖ Gemeindebediensteten-Schutzkommission

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 31. 7. 2000 wird Herr Ing. Johann Ritt, GB III/FA für Tiefbau, mit Wirkung vom 1. August 2000 auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates zum Ersatzmitglied der OÖ Gemeindebediensteten-Schutzkommission für die Funktion als Vertreter des Dienstgebers gem. § 51 (2) Z. 3 OÖ Gemeindebediensteten-Schutzgesetz 1999, LGBl. Nr. 15/2000, bestellt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir haben S 23.309.450,-- zur Freigabe beschlossen.

Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Gemeinderates auf ein Objekt lenken, das wiederum besonders jetzt in der vorweihnachtlichen Zeit wieder an Bedeutung und Aufmerksamkeit in der Bevölkerung gewinnen wird - sprich Christkindlwelt Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Halleluja!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, auch hier hat sie die Geschichte rascher wieder eingeholt, als wir alle geglaubt haben. Wir haben in einer Gemeinderatssitzung vom 22. Jänner 1998 beschlossen, ohne unserer Stimme so nebenbei, das heißt es sind nicht einmal 3 Jahre, dass mit der Christkindlbetreiber GmbH., die es damals zum Zeitpunkt des Gemeinderatsbeschlusses noch gar nicht gegeben hat, ein Vertrag gemacht wird, wobei ihr damaliger Freund, der Herr Mahringer, von der Stadt sehr gut bevorteilt oder behandelt worden ist. Er hat 3,5 Mio. Schilling bar auf die Hand bekommen, um eine Grundsanierung dieses Hauses darzustellen und einen Betrieb, der gerade im Tourismusbereich von Vorteil wäre, auf die Beine zu stellen. Nebenbei hat er das ganze Haus, wie sie sich erinnern können, auf 3 Jahre mietfrei bekommen. Wir haben damals einen Abänderungsantrag gestellt und haben verlangt, dass ein rechtsgültiger, positiver Bescheid vom Bundesdenkmalamt abzuwarten wäre, was nicht passiert ist, und dass eben eine bessere Kündigungsmöglichkeit eingebaut wird. Das wurde damals von der Mehrheit abgelehnt. Wir haben dann aber auch zu Beginn dieses Jahres im Stadtsenat einen Antrag auf Kündigung des Pachtvertrages mit der Stadt Steyr und der Fa. Christkindlwelt-Betreibergesellschaft eingebracht, weil wir eben damals in diesem einen Vertrag diesen Passus drinnen gehabt haben, wenn über diese Gesellschaft der Konkurs oder ein Ausgleichsverfahren eröffnet wird, dann kann der Vertrag einseitig gekündigt werden. Bestimmt hat die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder nicht gewusst, dass dieser Passus Schall und Rauch und völlig unbedeutend ist. Wie wir diesen Antrag im Jänner im Stadtsenat vorgelegt haben, ist uns kühl lächelnd präsentiert worden, ja das gilt ja sowieso nicht, das hält auf gar keinen Fall, so eine Kündigung kann man nicht aussprechen, es ist halt damals nur so hineingeschrieben worden. So ist es zitiert worden und jetzt ist nicht nur ein Ausgleichsverfahren, jetzt ist ein Konkursverfahren im Gange. Zu dieser Veranstaltung dort drüben kann man stehen wie man will, den einen gefällt es, den anderen nicht, nur alles was der Herr Mahringer versprochen hat, ist nicht eingetreten. Was dort nicht alles versprochen worden ist, er garantiert, auf Jahre hinaus, 2 Autobusse, 5 werden täglich kommen, aber für 2 garantiert er. Ich glaube, es haben sich sehr wenige verirrt. Was uns am meisten

stört, dass das Image der Stadt auch unter der Form der Betriebsführung gelitten hat. Reklamationen in diesem Bereich wurden auch relativ kühl und ablehnend behandelt. Jetzt stehen wir vor einer sehr betrüblichen Situation, es kommt wieder die Weihnachtszeit, wir haben diese Ankündigung in allen Prospekten drinnen, und die ganze Geschichte ist mit einem „Kaszettel“ an der Tür, wo geschlossen darauf steht, erledigt. Jetzt stellt sich wirklich die Frage, was sagen wir den Touristen, wenn sie zur Weihnachtszeit kommen? Gibt es etwas, gibt es nichts, wer soll wie dieses Haus in welcher Form führen, oder diese Veranstaltung? Entschuldigen wir uns bei den Touristen und sagen, leider da hat einer einen Konkurs gemacht? Ich bin auch hier nicht stolz, Herr Bürgermeister Leithenmayr, dass ich auch hier Recht bekommen habe, ich habe diesem Herrn nicht getraut, zum Unterschied von vielen, weil auch bis zum Tag des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. Jänner 1998 überhaupt kein schriftliches Konzept vorgelegen hat. Da waren nur Absichtserklärungen, mündliche Erläuterungen, aber eine wirtschaftliche Begründung oder auch einen wirtschaftlichen Beweis, dass man das mit Absicht erfüllt, was sich der Herr Mahringer und seine Gesellschaft vorgenommen hat, das ist er bis heute schuldig geblieben. Es war teilweise auch die Peinlichkeit überschritten, wenn Kitschfiguren aus dem fernen Osten als heimatliche Puppen verkauft werden. Es gab sehr böse Leserbriefe und auch sehr böse Wortmeldungen aus dem Tourismusbereich auf diese nicht vorhandenen, nicht ausreichenden Toiletten, die Unfreundlichkeit des Personals, das alles spricht ja Bände. Aber jetzt ist alles aus, was machen wir jetzt damit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Kollege Tatzreiter, ich darf den Vorsitz abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich übernehme den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich werde mir erlauben, für die SPÖ-Fraktion einige Bemerkungen und eine Stellungnahme abzugeben.

Erstens einmal, Herr Dr. Pfeil, ihre letzte Bewegung war typisch für sie, bemerkenswert, sie fragen was geschieht jetzt? Also, sie wissen eigentlich auch nicht so genau, was man in so einer Situation tut. Das ist interessant, wenn wer so vehement für die Marktwirtschaft eintritt, für das Risiko und für etwas zu unternehmen und etwas in Gang zu setzen. Wir haben das getan, ich möchte doch in Erinnerung rufen, dass das Bürgerspital, eines unserer ältesten und von der Denkmalswürdigkeit wertvollsten Gebäude darstellt. Ich entsinne mich, dass einige Zeit bevor diese Christkindlerlebniswelt überhaupt zur Debatte stand und wir darüber diskutiert haben, ein heftiger Disput auch in den Medien stattgefunden hat, dass wir dieses wunderbare Haus in den Bach hineinfallen lassen, und was das für ein Versäumnis wäre. Da haben sie uns wegen dem geprügelt, weil wir es nicht gleich irgendwie umgebaut haben. Ich muss ehrlich sagen, es haben sich viele kluge Geister, auch die aus dem Gemeinderat, damit beschäftigt, was wir denn sinnvoller Weise mit diesem Haus tun sollen. Es ist eigentlich nirgends etwas herausgekommen. In dem gesamten Jahrhundert hat sich dieses Haus nie seinen Unterhalt verdienen können. Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen war vielleicht der Stadtplatz-Leo, Apfelthaler-Zitat, der darin auch gelebt hat, was natürlich auch etwas Besonderes war, vielleicht können wir auch noch den Oskar Holub zitieren, der dort einmal kurzfristig sein Atelier gehabt hat. Das war aber auch keine

sehr ertragreiche Aktivität für die Stadt, wenn ich das bemerken darf. Wir haben dann den Herrn Mahringer gehört, der bereit war dort eine Risikoinvestition zu tätigen und ergänzend zum Christkindlweihnachtsangebot in unserer Stadt dort etwas auf die Beine zu stellen. Der Tourismusverband hat sich z. B. sehr positiv dazu ausgesprochen, wir haben nichts mehr diskutiert. Eigentlich hört man auch jetzt, wir haben es ja in den Prospekten, es fehlt uns eigentlich und es sollte doch sein, dass dort Leben stattfindet, auch in dieser Art, zu der man stehen kann wie man will, von der Ästhetik her oder ich weiß es nicht. Ich bejahe das ohne Vorbehalte, wir bemühen uns auch dort, wenn es nicht anders möglich ist, einen provisorischen Betrieb zumindest darzustellen, was nicht so leicht ist, denn der Masseverwalter hat den Konkurs sehr lange nicht ausgesprochen, daher haben wir in Wirklichkeit auch nicht kündigen können. Es nützt uns auch nichts, wenn wir kündigen, es geht ja darum, wenn wir nicht eine neunte Magistratsabteilung namens Christkindlwelt machen, dann brauchen wir dafür einen Investor, der nämlich dort das einkauft und dort den Laden weiterführt, was ich mir sehr wünschen würde. Wir haben auch mit einigen Interessenten gesprochen, aber die Risikofreude der Unternehmer ist auch wieder nicht so ausgeprägt, wie wir festgestellt haben. Aber es wird auch ein bisschen gepokert, da gibt es auch eine Bank als Gläubiger, die natürlich möglichst viel aus dieser Massegeschichte erlösen möchte. Wir bemühen uns darum, zumindest einen provisorischen Betrieb darzustellen. Wir zwei, Herr Dr. Pfeil, haben darüber einmal ein konstruktives Gespräch geführt, wie das gehen könnte, auch zur Not gehen könnte. Ein konstruktives Gespräch zwischen und zwei ist ja nichts Schlechtes, hat zwar ein bisschen Seltenheitswert, aber immerhin.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da haben wir eine mögliche Lösung angepeilt. Wir werden da sehr flexibel und schnell reagieren müssen, aber es wird uns dann wieder den Vorwurf einbringen, dass wir nicht eine Gemeinderatsklausur veranstaltet haben. Es wird schnell gehen müssen, wenn wir da noch etwas zusammenbringen wollen. Wir sind vom Masseverwalter und vor allen Dingen von der Zustimmung der Gläubigerbank abhängig, das ist unser Problem. Wir können uns aber vorstellen, wie man das provisorisch macht und die Perspektive bleibt aber einen Investor zu finden, der das dann auf Sicht führt, vorübergehend muss man unter Umständen mit einem Provisorium arbeiten. Herr Dr. Pfeil, das ist unsere Position zu diesem Thema. Ich persönlich möchte aber nicht hinter die Aktivitäten Christkindlwelt zurückgehen, denn wenn wir uns vor Augen halten, was wäre denn, hätten wir das nicht gemacht? Die 3, 5 Mio. haben wir nämlich nicht, wie sie sagen den Herrn Mahringer in den Rachen geworfen, sondern wir haben damit Baugebrechen, die sie angesprochen haben und andere beseitigt, und unser Kontrollamt und der Bautechniker haben hier genau abgeprüft, dass dieses Geld auch in sehr genau festgelegte Bauaktivitäten und Beseitigung von Baugebrechen investiert wurde. Das steht also eindeutig fest, wir haben keinen Schilling in die Ausstellung oder in diese Weihnachtswelt investiert, sondern lediglich in das Gebäude, das uns gehört und das hätten wir wohl auch ohne Mahringer und ohne Christkindlwelt tun müssen. Ich bin also froh, dass diese Baugebrechen beseitigt wurden, ich bin froh, dass die Christkindlwelt gemacht worden ist. Es ist eigentlich ein angenehmer Nebeneffekt, denn es hat mit der Partnerschaft von Bethlehem zu tun, dort hat das begonnen, als der Botschafter zufällig da war. Ich muss auch sagen, alle sind eigentlich der Meinung, wir sollten das fortsetzen. Nicht alle, vielleicht die Frau Reznar nicht, aber sonst herrscht eine breite Meinung vor, dass wir das fortsetzen sollten und wir werden uns auch darum bemühen. Hätten wir nämlich diese Alternative nicht, dann stelle ich eine ganz einfache Frage. Was täten wir denn dann mit diesem schönen Haus?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich hätte da ganz konkrete Vorschläge.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vom Herrn Dr. Kaiser fast alles abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es gab Vorschläge vom Dr. Kaiser!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meisterschule für Architekten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die dann in Krems passiert ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schon vorher in Krems passiert ist, mein Lieber.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

ÖVP noch eine Wortmeldung dazu?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

GAL?

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Herr Bürgermeister, wie schauen die Alternativen aus, was kann man wirklich machen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mich dürfen sie nicht fragen, ich habe ja gerade gesagt, wenn sie eine wissen, dann melden sie sich. Wenn sie uns begeistern, dann können wir uns vielleicht etwas Neues einfallen lassen. Bis jetzt ist niemandem eine wirtschaftliche Nutzung eingefallen, die zu diesem Haus passt, und die einen Ertrag abwerfen würde, zumindest in dem Ausmaß, dass wir das Haus erhalten können.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ich rede vom Provisorium für heuer!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Provisorium kann ganz einfach ausschauen. Das kann nur so sein, dass mit Leuten die sich zutrauen, das provisorisch zu führen, wieder aufgemacht wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Geht da nicht irgendeiner in Pension?

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir müssen das zuerst frei bekommen, Herr Hoflehner. Diese Bahn, diese Puppen und diese Weihnachtsaccessoires und was dort verkauft wird, stellt einen bestimmten Wert da und der Masseverwalter versucht für die Gläubiger durch einen Verkauf den bestmöglichen Erlös zu erzielen. Unser Problem ist, dass dem die Hauptgläubigerbank natürlich zustimmen muss. Das heißt, wir können nicht einfach hingreifen. Das Haus gehört uns, wir können jederzeit hinein, wir können das auch hinausräumen, aber das bringt uns bitte auch nicht weiter, sondern wir wollen ja den Betrieb sicher stellen. Wenn ein Investor kommt und das kauft, dann kann er sofort anfangen. Unser Angebot steht, dass er in den Vertrag, den der Herr Mahringer hatte, sofort eintreten kann. Aber wir müssen erst den Masseverwalter dazu bringen, das Verfahren zu Ende zu bringen. Das heißt, wir sind abhängig.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Liberal?

Frau Mag. Frech bitte.

Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist das ein neues Thema?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, das gehört noch zu diesem Thema dazu.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Nachdem mir auch eine Wortmeldung zusteht, denke ich mir, dass man das sehr kurz abhandeln kann. Aktueller als in dieser „Aktuellen Stunde“ ist dieses Thema in der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz am Dienstag abgehandelt worden und es hat einen genauen Auftrag an den Magistratsdirektor gegeben und alle Fraktionen die anwesend waren, auch der Vertreter ihrer Fraktion, haben gesagt, wir sollen alles daran setzen, dass wir zumindest für das heurige Jahr einen Betrieb sicher stellen. Darum verstehe ich die „Aktuelle Stunde“ jetzt eigentlich nicht, denn das haben wir in der Fraktionskonferenz genau abgeklärt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP ein Thema?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Frech noch ein Thema?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, vielleicht beim nächsten Mal.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 21.06 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist eh. GR Helga Feller-Höllner eh., Gabriele Obermair eh. GR Dr. Wilfrid Wetzl eh.